



HESSISCHER LANDTAG

21. 09. 2010

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD

für ein Gesetz für Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit in Hessen (Hessisches Schulgesetz)

A. Problem

Jedes Kind hat Anspruch auf bestmögliche Bildung. Um dies zu erreichen, bedarf es grundsätzlicher Änderungen in unserem Bildungssystem. Denn die schulische Bildung in Hessen führt dazu, dass die Kinder von Beginn an in Bildungsgewinner und Bildungsverlierer aufgeteilt werden und der soziale Status der Eltern über die Bildungschancen der Kinder wesentlich mitentscheidet. Es gelingt derzeit nicht, alle Begabungen eines Kindes zu entfalten. Zu viele Kinder werden zu früh auf ihrem individuellen Bildungsweg zurückgelassen. Zu wenige Kinder erreichen einen Abschluss, der ihnen die Chance auf einen hochqualifizierten Berufsweg eröffnet, zu viele bleiben ohne Schulabschluss und in der Folge ohne Abschluss in der beruflichen Ausbildung.

Die schlechten Noten für das deutsche Bildungssystem im internationalen Leistungsvergleich gekoppelt mit sinkenden Schülerzahlen haben in vielen Bundesländern dazu geführt, intensiv über die veränderte Rolle von Kindertageseinrichtungen, die Anforderungen an Schule und Lehrkräfte nachzudenken und neue Lösungsansätze für die Befunde zu entwickeln:

- 25 v.H. der 15-Jährigen in Deutschland können nur auf elementarem Niveau einfache Texte verstehen (OECD-Durchschnitt: 18 v.H.).
- Zwischen besonders hohen und besonders geringen Leistungen besteht eine ungewöhnlich große Streuung. Gleichzeitig bleibt die Leistungsspitze schmal.
- In keinem anderen Land ist der Zusammenhang zwischen Bildungserwerb und sozialer Herkunft höher als bei uns. Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund sind zusätzlich benachteiligt.
- Das Sterben der Hauptschule aufgrund der mangelnden Akzeptanz dieser Schulform und der zusätzlich durch den demografischen Wandel bedingten sinkenden Schülerzahlen setzt sich fort.
- Die demografische Entwicklung erfordert neue Wege, um ein breites schulisches Bildungsangebot für alle Abschlüsse wohnortnah zu erhalten.
- Die Quote der jungen Menschen mit Hochschulzugangsberechtigung ist weiterhin zu niedrig.

In den meisten Bundesländern wächst die Erkenntnis, dass ein Festhalten am tradierten gegliederten Schulsystem ungeeignet ist, um gleiche Bildungschancen für alle Kinder zu erreichen. Insbesondere die drastisch sinkenden Schülerzahlen in der Hauptschule stellen nicht nur Schulstandorte in Frage. Sie sorgen auch dafür, dass die an der Hauptschule verbleibenden Kinder ein immer anregungsärmeres Lernklima vorfinden. Zur gleichen Zeit sind die Anforderungen einer Ausbildung ständig komplexer geworden und erfordern Eigenverantwortlichkeit im Handeln und Lernen. Der Hauptschulabschluss ist

längst kein Garant mehr für eine anschließende Berufsausbildung. Die Diskussion über die fehlenden Perspektiven der Hauptschule hat nicht nur in den ostdeutschen Flächenländern zu deren Abschaffung geführt. Auch die Stadtstaaten Hamburg, Berlin und Bremen sind auf dem Weg zu einem zweigliedrigen Schulsystem.

Mit der Ratifizierung der UN-Konvention für Menschen mit Behinderungen hat die Diskussion darüber, ob für eine individuelle Förderung unterschiedlich anspruchsvolle Schulformen notwendig sind, einen weiteren Schub erhalten. In der Konvention ist das Ziel eines ‚Inklusiven‘ Schulsystems‘ festgeschrieben. Nicht nur die Hauptschule sondern auch die Praxis unseres Förderschulsystems steht in der Konsequenz der UN-Konvention zur Disposition. Somit muss auch die Frage neu gestellt werden, ob eine Aufteilung der Kinder nach Klasse 4 in verschiedene Schulformen für ein leistungsstarkes Bildungssystem notwendig ist und wie eine gesellschaftliche Akzeptanz der Schule für Alle gefördert werden kann.

B. Lösung

Das Hessische Schulgesetz wird einer Neufassung unterzogen, die sich von verschiedenen Grundprinzipien leiten und an diesen messen lässt. Diese Grundsätze sind:

- Kein Kind wird zurück gelassen - Lernen fördern!
- Unterschiedlichkeiten voraussetzen - Lernen individualisieren!
- Verschiedenheiten anerkennen - Respekt vor Besonderheiten!
- Benachteiligungen erkennen und mildern - Erziehungsleistung stärken!
- Selbstverantwortung altersgemäß erproben - Erfahrungsräume schaffen!
- Hohe Ansprüche an das Lernen aller Kinder und Jugendlichen - Lernen fördern!

Der Bildungsauftrag aller Bildungseinrichtungen muss sich mit seinen Zielen an diesen Grundsätzen orientieren. Unsere Gesellschaft hat die Verantwortung für ihre Umsetzung und muss die geeigneten Bedingungen zu ihrer Realisierung herstellen. Die Herstellung von Chancengleichheit ist von zentraler Bedeutung.

Statt auf Auslese und Selektion setzt der Gesetzgeber auf Förderung und Integration in einem inklusiven Schulsystem. Durch die Erschließung aller Begabungspotentiale wird unser Land zukunftsfähig, denn ein hohes Bildungsniveau der Bevölkerung ist die Grundlage für unsere zukünftige Leistungsfähigkeit. Dies gilt erst recht im Lichte des demografischen Wandels, denn nur durch eine möglichst breite und gute Bildung und Ausbildung der jungen Menschen können die Unternehmen ihren Fachkräftebedarf und damit ihre Konkurrenzfähigkeit sichern. Gute Bildung ist für das einzelne Kind ebenso wichtig wie für die wirtschaftliche und technologische Entwicklung unseres Landes. Nur so können wirtschaftliche Prosperität, gesellschaftlicher Wohlstand und die Zukunftsfähigkeit unseres Landes insgesamt dauerhaft gesichert werden.

Dazu benötigt Hessen ein leistungsförderndes Bildungssystem, das auch alle Altersgruppen im Sinne der Forderung nach "Lebensbegleitendem Lernen" erreicht.

Wesentliche Veränderungen zum bisher geltenden Recht sind:

- Stärkung des Diskriminierungsverbotes (§ 1 Abs. 2)
- Schutzvorschrift gegen Missbrauch (§ 3 Abs. 7)
- Weiterentwicklung der Schulen zu inklusiven Schulen (§ 3 Abs. 9, §§ 50 bis 56): Eltern erhalten ein echtes Wahlrecht in der Frage, ob ihr Kind im inklusiven Unterricht an einer allgemeinbildenden Schule oder an einer Förderschule unterrichtet und sonderpädagogisch gefördert werden soll (§ 55 Abs. 3)
- Individuelle Förderung als Grundprinzip in der Schule (§ 3 Abs. 10)

- Verbindliche Einführung von Kerncurricula und Bildungsstandards (§§ 4 und 5)
- Verbindliche Einführung der ersten Fremdsprache in der Grundschule (§ 6 Abs. 1)
- Einführung von Ethik als gleichwertiges Fach zu Religion (§ 6 Abs. 1)
- Wahlrecht zwischen Religionsunterricht und Ethikunterricht (§ 9 Abs. 4)
- Wiedereinführung der Unterrichts in der Herkunftssprache in der Grundschule, Wahlpflichtfach oder 2. bzw.3. Fremdsprache in der Sekundarstufe I (§ 10 Abs. 3)
- Abschaffung der Schulformen der Hauptschule und der Realschule und Begründung der erweiterten Realschule (§ 13 Abs. 3 Nr. 1 in Verb. mit § 26) als Bindeglied im Übergang zwischen dem gegliederten Schulwesen und der gemeinsamen Schule für Alle
- Abschaffung von G8 an kooperativen Gesamtschulen (§ 13 Abs. 6/§ 28 Abs. 7) und am Gymnasium (§ 27 Abs. 2)
- Einführung der Gemeinschaftsschule als organisatorisches und pädagogisches Prinzip der Weiterentwicklung des bestehenden Schulangebots für alle Schulformen auf freiwilliger Basis (§ 14)
- Einführung der Schuleingangsstufe als Regelform des Schulanfangs (§ 21 Abs. 3 und 4)
- Abschaffung der Vorklassen (§ 22, § 59)
- Einfrieren der Förderstufen auf dem status quo (§ 25 in Verbindung mit § 193 Abs. 3)
- Einführung einer flexiblen Oberstufe in einem echten Kurssystem aus Einführungs- und Qualifikationskursen (§§ 32 und 35)
- Aufnahme einer subsidiären vollzeitschulischen beruflichen Ausbildung bei einem Mangel an Ausbildungsplätzen an der Berufsschule (§ 41 Abs. 6)
- Die Rückstellung vom Schulbesuch wird abgeschafft. Vielmehr erhalten alle Kinder einen Anspruch auf Sprachförderung (§ 59 Abs. 3)
- Ausweitung der Berufsschulpflicht bis zum 18. Lebensjahr (§63 Abs. 3)
- Abschaffung der Querversetzung - Streichung aus den Regelungen zu Versetzungen und Wiederholungen (§ 76)
- Klare Regelungen für die selbstständigen Schulen (§§ 132 bis 134)
- Ausweitung der Entscheidungsrechte der Schulkonferenz (§ 136 Abs. 1) auf insgesamt 19 Bereiche um folgende Kompetenzen:
 - Abweichungen von der Stundentafel (§ 11 Abs. 5)
 - Zusammenfassung von Fächern zu Lernbereichen und die Umsetzung der Aufgabengebiete (§ 7 Abs. 3 und 4)
 - Einführung eines zweiten Einschulungstermins zum Beginn des zweiten Schulhalbjahres in der Grundschule (§ 59 Abs. 1),
 - Auswahl der Fremdsprache in der Grundschule und der Verzicht auf Ziffernnoten in der 3. Jahrgangsstufe
 - Verzicht auf Ziffernnoten zur Beurteilung des Arbeits- und Sozialverhaltens (§ 74 Abs. 1)
 - Art, Umfang und Beginn der Fachleistungsdifferenzierung in der Integrierten Gesamtschule (§ 28 Abs. 4) sowie des schulzweigübergreifenden Unterrichts in der schulformbezogenen (kooperativen) Gesamtschule (§ 28 Abs. 7)
 - Stellung des Antrags auf Weiterentwicklung der Schule zu einer Gemeinschaftsschule (§ 14).
 - Einrichtung von Fachrichtungen und Schwerpunkten in beruflichen Schulen (§ 44 Abs. 2),
 - Ausweitung der Anhörungsrechte der Schulkonferenz (§ 137 Abs. 1) um folgende Punkte:

- Anhörung zu den Bewerberinnen und Bewerbern für das Amt der Schulleiterin oder des Schulleiters (§ 90 Abs. 2)
- Anhörung vor der Entscheidung über die Beauftragung einer Bewerberin oder eines Bewerbers für die vorläufige Beauftragung als Schulleiterin oder Schulleiter (§ 90 Abs. 3)
- Einführung der Konferenz zur Unterrichtsentwicklung (§ 143)
- Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung durch Reduzierung der Vorgaben zur Schulorganisation auf ein Minimum mit Abschaffung der Mindestzügigkeiten von Schulen und den alten Mechanismus zur Schließung von Schulen nach §144a HSchG (§153)

C. Befristung

Keine.

D. Alternativen

Keine.

E. Finanzielle Auswirkungen

Die Finanzierung des öffentlichen Bildungswesen und der Schulen in freier Trägerschaft nach diesem Gesetz erfolgt im Rahmen von Leistungsgesetzen sowie des Haushaltsgesetzes.

F. Unmittelbare und mittelbare Auswirkungen auf die Chancengleichheit von Männern und Frauen

Keine.

G. Besondere Auswirkungen auf behinderte Menschen

Mit dem 26.03.2009 ist Deutschland dem Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-Konvention) beigetreten. Damit verpflichtet sich die Bundesrepublik gemäß Artikel 1 dieser Konvention dazu, "den vollen und gleichberechtigten Genuss aller Menschenrechte und Grundfreiheiten durch alle Menschen mit Behinderungen zu fördern, zu schützen und zu gewährleisten und die Achtung der ihnen innewohnenden Würde zu fördern". Um dieser Verpflichtung nachzukommen, ist vor dem Hintergrund des föderalen Systems der Bundesrepublik Deutschland auch Hessen gefordert, die Umsetzung dieser UN-Konvention in seinem Hoheitsbereich umzusetzen. Mit diesem Gesetz wird die Umsetzung der UN-Konvention an öffentlichen und privaten Schulen sichergestellt.

Der Landtag wolle das folgende Gesetz beschließen:

**Gesetz
für Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit in Hessen
(Hessisches Schulgesetz)**

Vom

Inhaltsübersicht

Erster Teil

Recht auf schulische Bildung und Auftrag der Schule

- § 1 Recht auf schulische Bildung
- § 2 Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule
- § 3 Grundsätze für die Verwirklichung

Zweiter Teil

Unterrichtsinhalte und Stundentafeln

- § 4 Bildungsstandards
- § 5 Kerncurricula und Lehrpläne
- § 6 Gegenstandsbereiche des Unterrichts
- § 7 Unterrichtsfächer, Lernbereiche und Aufgabengebiete
- § 8 Sexualerziehung
- § 9 Religionsunterricht und Ethikunterricht
- § 10 Förderung der Schülerinnen und Schüler anderer Sprache
- § 11 Stundentafeln
- § 12 Zulassung von Schulbüchern

Dritter Teil

Schulaufbau

Erster Abschnitt

Gliederung und Organisation der Schule

- § 13 Äußere Organisation nach Schulstufen und Schulformen
- § 14 Weiterentwicklung zu Gemeinschaftsschulen
- § 15 Innere Organisation nach Bildungsgängen
- § 16 Abschlüsse
- § 17 Schulversuche und Versuchsschulen
- § 18 Betreuungsangebote und ganztägige Angebote der Schulen
- § 19 Vertretung bei Unterrichtsausfall
- § 20 Öffnung der Schule

Zweiter Abschnitt

Grundstufe (Primarstufe)

- § 21 Grundschule
- § 22 Eingangsstufen
- § 23 Nähere Ausgestaltung der Grundstufe (Primarstufe)

Dritter Abschnitt

Bildungsgänge der Mittelstufe (Sekundarstufe I)

- § 24 Jahrgangsstufen 5 und 6
- § 25 Förderstufe
- § 26 Erweiterte Realschule
- § 27 Gymnasium
- § 28 Gesamtschulen
- § 29 Nähere Ausgestaltung der Mittelstufe (Sekundarstufe I)

Vierter Abschnitt**Studienqualifizierende Bildungsgänge der Oberstufe (Sekundarstufe II)**

- § 30 Studienqualifizierende Schulen
- § 31 Aufgabe der gymnasialen Oberstufe
- § 32 Gliederung
- § 33 Aufgabenfelder
- § 34 Grund- und Leistungskurse
- § 35 Belegverpflichtungen und Bewertung
- § 36 Berufliche Gymnasien
- § 37 Zweijährige Sonderlehrgänge für Aussiedler
- § 38 Doppeltqualifizierende Bildungsgänge
- § 39 Fachoberschule
- § 40 Nähere Ausgestaltung der studienqualifizierenden Bildungsgänge der Oberstufe (Sekundarstufe II)

Fünfter Abschnitt**Berufsqualifizierende Bildungsgänge der Oberstufe (Sekundarstufe II)**

- § 41 Berufsschule
- § 42 Berufsfachschule
- § 43 Fachschule
- § 44 Zusammenfassung zu beruflichen Schulen
- § 45 Nähere Ausgestaltung der berufsqualifizierenden Bildungsgänge

Sechster Abschnitt**Schulen für Erwachsene**

- § 46 Abendhauptschule und Abendrealschule
- § 47 Abendgymnasium und Hessenkolleg
- § 48 Nähere Ausgestaltung der Schulen für Erwachsene
- § 49 Erwerb der allgemeinen Hochschulreife für besonders befähigte Berufstätige

Siebter Abschnitt**Sonderpädagogische Förderung**

- § 50 Anspruch auf sonderpädagogische Förderung
- § 51 Prävention, Inklusion, Rehabilitation
- § 52 Inklusiver Unterricht in der allgemeinen Schule
- § 53 Besonderer Unterricht in der Berufsschule
- § 54 Förderschulen und Förderzentren
- § 55 Entscheidungsverfahren
- § 56 Nähere Ausgestaltung der sonderpädagogischen Förderung

Vierter Teil**Schulpflicht****Erster Abschnitt****Grundsätzliches**

- § 57 Begründung der Schulpflicht
- § 58 Schuljahr

Zweiter Abschnitt**Vollzeitschulpflicht**

- § 59 Beginn der Vollzeitschulpflicht
- § 60 Dauer der Vollzeitschulpflicht
- § 61 Erfüllung der Vollzeitschulpflicht
- § 62 Erfüllung der Vollzeitschulpflicht bei sonderpädagogischem Förderbedarf

Dritter Abschnitt**Berufsschulpflicht**

- § 63 Beginn und Dauer der Berufsschulpflicht
- § 64 Erfüllung der Berufsschulpflicht
- § 65 Erfüllung der Berufsschulpflicht bei sonderpädagogischem Förderbedarf

Vierter Abschnitt Gemeinsame Bestimmungen

- § 66 Ruhen der Schulpflicht
- § 67 Gestattungen
- § 68 Überwachung der Schulpflicht
- § 69 Schulzwang

Fünfter Teil Schulverhältnis

Erster Abschnitt Allgemeine Bestimmungen

- § 70 Rechte und Pflichten aus dem Schulverhältnis
- § 71 Aufnahme in die Schule
- § 72 Verpflichtung zu besonderen Untersuchungen
- § 73 Informationsrechte der Eltern und der Schülerinnen und Schüler

Zweiter Abschnitt Leistungsbewertung

- § 74 Bewertung der Leistungen und des Arbeits- und Sozialverhaltens
- § 75 Zeugnisse
- § 76 Versetzungen und Wiederholungen
- § 77 Kurseinstufung

Dritter Abschnitt Wahl des Bildungsganges und Abschlüsse

- § 78 Wahl des weiterführenden Bildungsganges
- § 79 Weitere Übergänge
- § 80 Prüfungen
- § 81 Anerkennung von Abschlüssen
- § 82 Ermächtigung

Vierter Abschnitt Pädagogische Maßnahmen und Ordnungsmaßnahmen

- § 83 Pädagogische Maßnahmen und Ordnungsmaßnahmen

Sechster Teil Datenschutz

- § 84 Erhebung und Verarbeitung von personenbezogenen Daten
- § 85 Wissenschaftliche Forschung
- § 86 Statistische Erhebungen

Siebter Teil Lehrkräfte, Schulleitung und Schulaufsicht

Erster Abschnitt Lehrkräfte und Schulleitung

- § 87 Rechtsstellung der Lehrerinnen und Lehrer
- § 88 Schulleitung
- § 89 Schulleiterin und Schulleiter
- § 90 Auswahl der Schulleiterin oder des Schulleiters
- § 91 Schulleitung und Schulträger
- § 92 Ermächtigung

Zweiter Abschnitt Schulaufsicht

- § 93 Staatliche Schulaufsicht
- § 94 Fachaufsicht
- § 95 Organisation der Schulaufsicht
- § 96 Untere Schulaufsichtsbehörden
- § 97 Oberste Schulaufsichtsbehörden
- § 98 Rechtsaufsicht
- § 99 Evaluation

Dritter Abschnitt
Weiterentwicklung des Schulwesens

- § 100 Träger der Weiterentwicklung
- § 101 Landesschulbeirat
- § 102 Institut für Qualitätsentwicklung
- § 103 Ermächtigung

Achter Teil
Eltern

Erster Abschnitt
Allgemeine Bestimmungen

- § 104 Eltern
- § 105 Mitbestimmungsrecht der Eltern
- § 106 Wahlen und Abstimmungen
- § 107 Verschwiegenheitspflicht und Datenschutz
- § 108 Kosten
- § 109 Ausgestaltung der Rechte der Elternvertretung

Zweiter Abschnitt
Klassen- und Schulelternbeiräte

- § 110 Klassenelternbeiräte
- § 111 Aufgaben der Klassenelternbeiräte
- § 112 Schulelternbeiräte
- § 113 Vertretung ausländischer Eltern
- § 114 Aufgaben des Schulelternbeirates
- § 115 Zustimmungspflichtige Maßnahmen
- § 116 Anhörungsbedürftige Maßnahmen
- § 117 Abteilungselternschaften an beruflichen Schulen

Dritter Abschnitt
Kreis- und Stadtelternbeiräte

- § 118 Kreis- und Stadtelternbeiräte
- § 119 Aufgaben der Kreis- und Stadtelternbeiräte

Vierter Abschnitt
Landeselternbeirat

- § 120 Landeselternbeirat
- § 121 Ausschüsse
- § 122 Zustimmungspflichtige Maßnahmen
- § 123 Anhörungsbedürftige Maßnahmen
- § 124 Auskunfts- und Vorschlagsrecht

Neunter Teil
Schülerinnen und Schüler

- § 125 Die Schülervertretung
- § 126 Die Schülervertretung in der Schule
- § 127 Kreis- und Stadtschülerrat
- § 128 Landesschülerrat
- § 129 Studierendenvertretung
- § 130 Meinungsfreiheit, Schüler- und Schulzeitungen und Schülergruppen

Zehnter Teil
Schulverfassung

Erster Abschnitt
Selbstverantwortung der Schule

- § 131 Begriff der Schule
- § 132 Grundsätze der Selbstverantwortung
- § 133 Pädagogische Selbstverantwortung und Schulprogramm
- § 134 Erweiterte Selbstverantwortung

Zweiter Abschnitt Schulkonferenz

- § 135 Aufgaben
- § 136 Entscheidungsrechte
- § 137 Anhörungsrechte
- § 138 Mitglieder und Verfahren
- § 139 Rechte der Mitglieder der Schulkonferenz

Dritter Abschnitt Konferenzen der Lehrkräfte

- § 140 Gesamtkonferenz
- § 141 Fach- und Fachbereichskonferenzen
- § 142 Klassenkonferenzen
- § 143 Konferenzen zur Unterrichtsentwicklung
- § 144 Ausgestaltung der Rechte der Konferenzen

Elfter Teil Schulträger

Erster Abschnitt Schulträgerschaft

- § 145 Grundsatz
- § 146 Land, Gemeindeverbände und Gemeinden
- § 147 Landeswohlfahrtsverband Hessen als Schulträger
- § 148 Schulverbände und Vereinbarungen
- § 149 Folgen eines Schulträgerwechsels

Zweiter Abschnitt Regionale Schulentwicklung

- § 150 Schulbezeichnung und Schulnamen
- § 151 Schulbezirke
- § 152 Schulangebot
- § 153 Schulorganisation
- § 154 Schulentwicklungsplanung
- § 155 Errichtung, Organisationsänderung und Aufhebung von Schulen

Dritter Abschnitt Kommunale Schulverwaltung

- § 156 Kommunale Selbstverwaltung
- § 157 Schulkommissionen

Vierter Abschnitt Sonstige Bestimmungen

- § 158 Schulgesundheitspflege
- § 159 Schülerversicherung

Zwölfter Teil Personal- und Sachaufwand

Erster Abschnitt Kosten der inneren Schulverwaltung

- § 160 Personalkosten für Unterricht und Erziehung
- § 161 Schulstellen
- § 162 Lernmittelfreiheit
- § 163 Landeselternbeirat, Landeschülerrat und Landesstudierendenräte

Zweiter Abschnitt Kosten der äußeren Schulverwaltung

- § 164 Sachkosten
- § 165 Personalkosten der äußeren Schulverwaltung
- § 166 Mischfinanzierung
- § 167 Sachleistungen der Schulträger

- § 168 Schülerbeförderung
- § 169 Medienzentren

Dritter Abschnitt Gastschulbeiträge

- § 170 Gastschulbeiträge
- § 171 Erstattung der Beschulungskosten
- § 172 Festsetzung der Gastschulbeiträge

Dreizehnter Teil Schulen in freier Trägerschaft

Erster Abschnitt Allgemeine Bestimmungen

- § 173 Schulen in freier Trägerschaft
- § 174 Schulgestaltung und Aufsicht
- § 175 Bezeichnung
- § 176 Geltung sonstiger Vorschriften

Zweiter Abschnitt Ersatzschulen

- § 177 Ersatzschulen
- § 178 Genehmigung von Ersatzschulen
- § 179 Versagung und Widerruf der Genehmigung
- § 180 Anerkannte Ersatzschulen
- § 181 Lehrkräfte an Ersatzschulen

Dritter Abschnitt Ergänzungsschulen

- § 182 Ergänzungsschulen
- § 183 Anerkannte Ergänzungsschulen

Vierter Abschnitt Privatunterricht

- § 184 Privatunterricht

Vierzehnter Teil Gemeinsame Bestimmungen

- § 185 Geltung für Schulen in öffentlicher Trägerschaft
- § 186 Geltung für Schulen in freier Trägerschaft
- § 187 Geltungsausschluss
- § 188 Ordnungswidrigkeiten
- § 189 Straftaten
- § 190 Einschränkung von Grundrechten
- § 191 Verträge des Landes

Fünfzehnter Teil Zuständigkeit zum Erlass von Rechtsverordnungen und Anordnungen

- § 192 Zuständigkeit

Sechzehnter Teil Übergangs- und Schlussbestimmungen

- § 193 Übergangsvorschrift
- § 194 Inkrafttreten

Erster Teil **Recht auf schulische Bildung und Auftrag der Schule**

§ 1 Recht auf schulische Bildung

(1) Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Bildung. Dieses Recht wird durch ein Schulwesen gewährleistet, das nach Maßgabe dieses Gesetzes einzurichten und zu unterhalten ist. Aus diesem Recht auf schulische Bildung ergeben sich einzelne Ansprüche, wenn sie nach Voraussetzungen und Inhalt in diesem Gesetz oder aufgrund dieses Gesetzes bestimmt sind.

(2) Kein Kind darf bei der Aufnahme in eine Schule aus Gründen des Geschlechts, von Behinderung, des Herkunftslands oder Religionsbekenntnisses oder der wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Stellung der Eltern benachteiligt werden. Der Staat ist verpflichtet, gleichwertige Bildungsvoraussetzungen für alle zu schaffen und Benachteiligungen im Bildungswesen vorzubeugen.

§ 2 Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule

(1) Die Schulen im Lande Hessen erfüllen in ihren verschiedenen Schulstufen und Schulformen den ihnen in Art. 56 der Verfassung des Landes Hessen erteilten gemeinsamen Bildungsauftrag, der auf humanistischer und christlicher Tradition beruht. Sie tragen dazu bei, dass die Schülerinnen und Schüler ihre Persönlichkeit in der Gemeinschaft entfalten können.

(2) Die Schulen sollen die Schülerinnen und Schüler befähigen, in Anerkennung der Wertordnung des Grundgesetzes und der Verfassung des Landes Hessen

1. die Grundrechte für sich und andere wirksam werden zu lassen, eigene Rechte zu wahren und die Rechte anderer auch gegen sich selbst gelten zu lassen,
2. staatsbürgerliche Verantwortung zu übernehmen und sowohl durch individuelles Handeln als auch durch die Wahrnehmung gemeinsamer Interessen mit anderen zur demokratischen Gestaltung des Staates und einer gerechten und freien Gesellschaft beizutragen,
3. die christlichen und humanistischen Traditionen zu erfahren, nach ethischen Grundsätzen zu handeln und religiöse und kulturelle Werte zu achten,
4. die Beziehungen zu anderen Menschen nach den Grundsätzen der Achtung und Toleranz, der Gerechtigkeit und der Solidarität zu gestalten,
5. die Gleichberechtigung von Mann und Frau auch über die Anerkennung der Leistungen der Frauen in Geschichte, Wissenschaft, Kultur und Gesellschaft zu erfahren,
6. andere Kulturen in ihren Leistungen kennen zu lernen und zu verstehen sowie interreligiöse und interkulturelle Kompetenz zu entwickeln,
7. Menschen anderer Herkunft, Religion, Weltanschauung oder mit Behinderung vorurteilsfrei zu begegnen und somit zum friedlichen Zusammenleben verschiedener Kulturen beizutragen sowie für die Gleichheit und das Lebensrecht aller Menschen einzutreten,
8. Menschen mit und ohne Behinderung als gleichberechtigte Individuen in unserer Gesellschaft und das gemeinsame Lernen als Gewinn für sich und ihre Mitmenschen zu begreifen.
9. die Auswirkungen des eigenen und gesellschaftlichen Handelns auf die natürlichen Lebensgrundlagen zu erkennen und die Notwendigkeit einzusehen, diese Lebensgrundlagen für die folgenden Generationen zu erhalten, um der gemeinsamen Verantwortung dafür gerecht werden zu können,
10. ihr zukünftiges privates, berufliches und öffentliches Leben auszufüllen, bei fortschreitender Veränderung wachsende Anforderungen zu bewältigen und die Freizeit sinnvoll zu nutzen.

(3) Die Schule soll den Schülerinnen und Schülern die dem Bildungs- und Erziehungsauftrag entsprechenden Kenntnisse, Fähigkeiten und Werthaltungen vermitteln, sie fördern und motivieren. Die Schülerinnen und Schüler sollen insbesondere lernen,

1. sowohl den Willen, für sich und andere zu lernen und Leistungen zu erbringen, als auch die Fähigkeit zur Zusammenarbeit und zum sozialen Handeln zu entwickeln,
2. eine gleichberechtigte Beziehung zwischen den Geschlechtern zu entwickeln,
3. Konflikte vernünftig und friedlich zu lösen, aber auch Konflikte zu ertragen,
4. sich Informationen zu verschaffen, sich ihrer kritisch zu bedienen, um sich eine eigenständige Meinung zu bilden und sich mit den Auffassungen anderer unvoreingenommen auseinander setzen zu können,
5. ihre Wahrnehmungs-, Empfindungs- und Ausdrucksfähigkeiten zu entfalten und
6. Kreativität und Eigeninitiative zu entwickeln.

(4) Die Schulen sollen die Schülerinnen und Schüler darauf vorbereiten, ihre Aufgaben als Bürgerinnen und Bürger in der Europäischen Union wahrzunehmen.

§ 3

Grundsätze für die Verwirklichung

(1) Die Schule achtet die Freiheit der Religion, der Weltanschauung, des Glaubens und des Gewissens sowie das verfassungsmäßige Recht der Eltern auf die Erziehung ihrer Kinder und nimmt Rücksicht auf die Empfindungen und Überzeugungen Andersdenkender.

(2) Um dem Grundsatz der Gleichberechtigung von Frauen und Männern Rechnung zu tragen, ist darauf hinzuwirken, dass Ausschüsse, Beiräte, Kommissionen, sonstige Gremien und Kollegialorgane, die aufgrund dieses Gesetzes zu bilden sind, paritätisch besetzt werden. Das Nähere wird in den jeweiligen Verfahrensordnungen geregelt.

(3) Die Schule darf keine Schülerin und keinen Schüler wegen des Geschlechts, der Abstammung, der Rasse, der Sprache, der Heimat und Herkunft, des Glaubens und der religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligen oder bevorzugen.

(4) Die Schule soll Voraussetzungen zur Förderung der Gleichberechtigung von Jungen und Mädchen schaffen. Schülerinnen und Schüler werden grundsätzlich gemeinsam unterrichtet. Sofern es pädagogisch sinnvoll ist, können sie zeitweise auch getrennt unterrichtet werden.

(5) Die Schule ist zur Wohlfahrt der Schülerinnen und Schüler und zum Schutz ihrer seelischen und körperlichen Unversehrtheit, geistigen Freiheit und Entfaltungsmöglichkeit verpflichtet. Darauf ist bei der Gestaltung des Schul- und Unterrichtswesens Rücksicht zu nehmen. Rauchen ist im Schulgebäude und auf dem Schulgelände nicht gestattet. Die Anforderungen und die Belastungen der Schülerinnen und Schüler durch Unterricht, Hausaufgaben und sonstige Schulveranstaltungen müssen altersgemäß und zumutbar sein und ihnen ausreichend Zeit für eigene Aktivitäten lassen.

(6) Zur Verwirklichung ihres Bildungs- und Erziehungsauftrags arbeitet die Schule eng mit den Trägern der Jugendhilfe zusammen.

(7) Das Wohl der Schülerinnen und Schüler erfordert es, jedem Anschein von Vernachlässigung, Misshandlung oder anderen Gefährdungen des Kindeswohls nachzugehen. Die Schule leitet bei Anzeichen dafür unverzüglich geeignete Maßnahmen zu Klärung des Sachverhalts und zur Abwendung der Gefährdung ein. Sie entscheidet umgehend über die Einbeziehung des Jugendamtes und anderer zuständiger Stellen. Das Verfahren und die Verantwortlichkeiten an der Schule werden durch Rechtsverordnung geregelt.

(8) In Verwirklichung ihres Bildungs- und Erziehungsauftrags entwickeln die Schulen ihr eigenes pädagogisches Konzept und planen und gestalten den

Unterricht und seine Organisation selbstständig. Die einzelne Schule legt die besonderen Ziele und Schwerpunkte ihrer Arbeit in einem Schulprogramm fest. Sie ist für die Erfüllung des Bildungs- und Erziehungsauftrags verantwortlich.

(9) Die Schulen in Hessen haben den Auftrag, sich zu inklusiven Schulen zu entwickeln. Sie sind so zu gestalten, dass die gemeinsame Unterrichtung und Erziehung sowie das gemeinsame Lernen aller Schülerinnen und Schüler verwirklicht, alle Begabungen gefördert und Chancengleichheit hergestellt wird. Jede Schülerin und jeder Schüler ist unter Berücksichtigung des Alters, der individuellen Ausgangslage und des besonderen Förderbedarfs in der körperlichen, sozialen, emotionalen und kognitiven Entwicklung angemessen zu fördern.

(10) Die Schule hat drohendem Leistungsversagen und anderen Beeinträchtigungen des Lernens, der Sprache sowie der körperlichen, sozialen und emotionalen Entwicklung mit vorbeugenden Maßnahmen und individueller Förderung entgegenzuwirken.

(11) Hochbegabte Schülerinnen und Schüler sollen durch Beratung und ergänzende Bildungsangebote in ihrer Entwicklung gefördert werden.

(12) Der Unterricht ist unentgeltlich (Unterrichtsgeldfreiheit). Den Schülerinnen und Schülern werden die an der besuchten Schule eingeführten Lernmittel unentgeltlich zum Gebrauch überlassen (Lernmittelfreiheit).

(13) Die Schule muss in ihren Unterrichtsformen und Methoden dem Ziel gerecht werden, Schülerinnen und Schüler zur Selbsttätigkeit zu erziehen. Zur Erfüllung des Bildungs- und Erziehungsauftrags der Schule wirken die Beteiligten, insbesondere Eltern, Lehrerinnen und Lehrer sowie Schülerinnen und Schüler, zusammen. Alle Beteiligten müssen schulische Angebote und das Schulleben so gestalten können, dass die Schule in die Lage versetzt wird, ihrem Auftrag je nach örtlichen Gegebenheiten gerecht zu werden.

(14) Die Schule trägt in Zusammenarbeit mit den anderen Stellen zur Vorbereitung der Schülerinnen und Schüler auf Berufswahl und Berufsausübung sowie auf die Arbeit in der Familie und in anderen sozialen Zusammenhängen bei.

(15) Schule hat die Aufgabe, jungen Menschen Orientierung und eigenständiges Handeln in der Mediengesellschaft zu vermitteln. Dazu müssen Unterrichtsinhalte und Formen auf die Herausforderungen eines kompetenten Umgangs mit den alten und neuen Medien ausgerichtet sein.

(16) Die berufliche Schule trägt in Zusammenarbeit mit den Trägern der Weiterbildung und den Schulen für Erwachsene dazu bei, dass die Bildungsbeteiligung der Erwachsenen aller Altersstufen in der Region durch entsprechende Fort- und Weiterbildungsangebote für den privaten und den betrieblichen Bereich dauerhaft erhöht und gesichert wird.

(17) Schülerinnen und Schüler, deren Sprache nicht Deutsch ist, sollen unabhängig von der eigenen Pflicht, sich um den Erwerb hinreichender Sprachkenntnisse zu bemühen, durch besondere Angebote so gefördert werden, dass sie ihrer Eignung entsprechend zusammen mit Schülerinnen und Schülern deutscher Sprache unterrichtet und zu den gleichen Abschlüssen geführt werden können.

(18) Auf die Einheit des deutschen Schulwesens ist Bedacht zu nehmen.

Zweiter Teil Unterrichtsinhalte und Stundentafeln

§ 4 Bildungsstandards

(1) Die Schulen sollen in ihrem Unterricht den Schülerinnen und Schülern aus den Bildungszielen der Bildungsgänge abgeleitete Kompetenzen vermitteln. Diese Kompetenzen werden näher durch Bildungsstandards bestimmt, mit denen differenziert in Kompetenzstufen der Kernbereich der Anforderungen der verschiedenen Bildungsgänge in den Fächern, Lernbereichen und

Aufgabengebieten beschrieben wird, der mit pädagogisch angemessenem Aufwand erreicht werden kann. Dabei muss die Möglichkeit der Schulen, ihr eigenes pädagogisches Konzept sowie die besonderen Ziele und Schwerpunkte ihrer Arbeit zu entwickeln (§ 3 Abs. 7), berücksichtigt werden. Durch die Differenzierung in Kompetenzstufen wird die Lernentwicklung der Schülerinnen und Schüler nachvollziehbar. Bildungsstandards bilden zugleich eine Grundlage für die Entwicklung von Maßnahmen interner und externer Evaluation.

(2) Bildungsstandards werden durch Rechtsverordnung für verbindlich erklärt; dabei wird auf die Form der Veröffentlichung und ihre Zugangsmöglichkeit hingewiesen. Mit Bedacht auf die Einheit des deutschen Bildungswesens (§ 3 Abs. 16) können die nationalen Bildungsstandards, die von der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland beschlossen worden sind, unmittelbar für verbindlich erklärt werden.

§ 5

Kerncurricula und Lehrpläne

(1) Der Unterricht wird auf der Grundlage von Kerncurricula erteilt, die die Bildungsstandards (§ 4 Abs. 1) oder die nationalen Bildungsstandards (§ 4 Abs. 2) sowie eine systematische Beschreibung der Lerninhalte umfassen. Sofern für Fächer, Aufgabengebieten und Lernbereiche keine Kerncurricula bestimmt wurden, wird der Unterricht auf der Grundlage von Lehrplänen erteilt. Sie müssen gewährleisten, dass die Ziele der nationalen Bildungsstandards (§ 4 Abs. 2) erfüllt werden können. Sie müssen sich nach den Anforderungen und Bildungszielen der einzelnen Bildungsgänge richten, die allgemeinen und fachlichen Ziele der einzelnen Fächer, Lernbereiche und Aufgabengebiete sowie didaktische Grundsätze, die sich an den Qualifikationszielen des jeweiligen Faches, Lernbereichs oder Aufgabengebiets zu orientieren haben, enthalten und Möglichkeiten des fächerverbindenden und fachübergreifenden Lernens aufzeigen. Verbindliche und fakultative Unterrichtsinhalte sind in einem sinnvollen Verhältnis so zueinander zu bestimmen, dass die Lehrerin oder der Lehrer in die Lage versetzt wird, die vorgegebenen Ziele in eigener pädagogischer Verantwortung zu erreichen und Interessen der Schülerinnen und Schüler einzubeziehen. Der Grundsatz der Durchlässigkeit bei einem Wechsel zwischen den Bildungsgängen und Schulformen ist zu berücksichtigen.

(2) Die Entwürfe der Kerncurricula und der Lehrpläne werden dem Landeschulbeirat (§ 101) zur Kenntnis gegeben. Auf Verlangen eines Mitglieds werden sie im Landeschulbeirat erörtert. Das Kultusministerium kann für die Beratung eine Frist setzen.

(3) Kerncurricula werden durch Rechtsverordnung für verbindlich erklärt; dabei wird auf die Form der Veröffentlichung und ihre Zugangsmöglichkeit hingewiesen.

(4) Rahmenlehrpläne für den berufsbezogenen Unterricht in der Berufsschule in nach dem Berufsbildungsgesetz und der Handwerksordnung anerkannten Ausbildungsberufen, die von der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland beschlossen und im Bundesanzeiger veröffentlicht worden sind, können als Lehrpläne im Sinne des Abs. 1 unmittelbar für verbindlich erklärt werden.

§ 6

Gegenstandsbereiche des Unterrichts

(1) Gegenstandsbereiche des Pflichtunterrichts sind nach näherer Bestimmung durch die Stundentafeln folgende Unterrichtsfächer:

1. in der Grundstufe (Primarstufe)
 - a) Deutsch,
 - b) Mathematik,
 - c) Musik,
 - d) Kunst, Werken/Textiles Gestalten,
 - e) Sachunterricht,
 - f) Religion/Ethik,
 - g) Sport,
 - h) eine erste Fremdsprache;

2. in der Mittelstufe (Sekundarstufe I)
 - a) Deutsch,
 - b) eine erste Fremdsprache,
 - c) eine zweite Fremdsprache,
 - d) Mathematik,
 - e) Musik,
 - f) Kunst,
 - g) Geschichte,
 - h) Erdkunde,
 - i) Politik und Wirtschaft,
 - j) Physik,
 - k) Chemie,
 - l) Biologie,
 - m) Religion/Ethik,
 - n) Sport;
3. in der Oberstufe (Sekundarstufe II) in den studienqualifizierenden Bildungsgängen
 - a) sprachlich-literarisch-künstlerisches Aufgabenfeld,
 - b) gesellschaftswissenschaftliches Aufgabenfeld,
 - c) mathematisch-naturwissenschaftlich-technisches Aufgabenfeld,
 - d) Sport;
4. in der Oberstufe (Sekundarstufe II) in den berufsqualifizierenden Bildungsgängen
 - a) allgemeiner Lernbereich,
 - b) beruflicher Lernbereich.

(2) In der Mittelstufe (Sekundarstufe I) der allgemeinbildenden Schulen ist die Hinführung zur Arbeitswelt zu fördern durch

1. das Fach Arbeitslehre als Pflichtfach nach näherer Bestimmung durch die Stundentafeln oder die Berücksichtigung entsprechender Unterrichtsinhalte in den Lehrplänen anderer Fächer,
2. Betriebspraktika.
Die Hinführung zur Arbeitswelt kann durch besondere Unterrichtsprojekte gefördert werden.

(3) Gegenstandsbereiche des Wahlpflichtunterrichts in der Mittelstufe (Sekundarstufe I) sind Unterrichtsangebote, die sich auf die Inhalte der Fächer des Pflichtunterrichts beziehen. Gegenstandsbereiche des Wahlunterrichts in der Mittelstufe (Sekundarstufe I) sind eine dritte Fremdsprache sowie Unterrichtsangebote, die sich auf die Inhalte der Fächer des Pflichtunterrichts beziehen.

(4) Weitere Gegenstandsbereiche können durch Rechtsverordnung eingeführt werden, wenn dies zur Erfüllung des Bildungs- und Erziehungsauftrags der Schulen erforderlich ist.

§ 7

Unterrichtsfächer, Lernbereiche und Aufgabengebiete

(1) In den Unterrichtsfächern sind die für jedes Fach geltenden besonderen Methoden und das Fach kennzeichnenden Ziele und Fertigkeiten im Unterricht zu berücksichtigen. In fächerverbindenden oder fachübergreifenden Unterrichtsformen werden an Themen, die verschiedene Fächer berühren, die besonderen Methoden der beteiligten Fächer, ihre jeweiligen Ziele und Fertigkeiten im Unterricht entsprechend dem thematischen Zusammenhang erschlossen.

(2) Unterrichtsfächer mit engem inhaltlichem Zusammenhang bilden in der Mittelstufe (Sekundarstufe I) folgende Lernbereiche:

1. Lernbereich Naturwissenschaften (Biologie, Chemie und Physik)
2. Lernbereich Gesellschaftslehre (Geschichte, Erdkunde sowie Politik und Wirtschaft)
3. Lernbereich ästhetische Bildung (Musik, Kunst/Werken/Textiles Gestalten)

(3) Lernbereiche können fachübergreifend von mehreren Lehrerinnen oder Lehrern in enger Zusammenarbeit didaktisch abgestimmt oder von einer Lehrerin oder einem Lehrer unterrichtet werden, um übergreifende Erkenntnisse auch in der Schule zur Geltung zu bringen und die Schülerinnen und Schüler zu befähigen, ein Problem vom unterschiedlichen Ansatz verschiedener Fächer her zu beurteilen. Dabei ist darauf zu achten, dass der Anteil der jeweiligen Fächer angemessen berücksichtigt wird. Wird der Lernbereich zusammengefasst unterrichtet, so wird für ihn eine zusammengefasste Bewertung erteilt; diese ist in den Versetzungs- und Abschlussregelungen der Bewertung in den Fächern Deutsch, Mathematik und erste Fremdsprache gleichgestellt. Die Schulkonferenz entscheidet auf der Grundlage einer curricular und pädagogisch begründeten, die Möglichkeiten der Schule berücksichtigenden Konzeption der Fachkonferenz, ob der Lernbereich fachübergreifend unterrichtet wird.

(4) Besondere Bildungs- und Erziehungsaufgaben der Schulen werden in Aufgabengebieten erfasst. Diese sind insbesondere ökologische Bildung und Umwelterziehung, informations- und kommunikationstechnische Grundbildung und Medienerziehung, Erziehung zur Gleichberechtigung, Sexualerziehung, kulturelle Praxis, Friedenserziehung, Rechtserziehung, Gesundheitserziehung und Verkehrserziehung. Aufgabengebiete werden fachübergreifend unterrichtet. Sie können in Form themenbezogener Projekte unter Berücksichtigung der fachbezogenen Lernziele und Methoden auch jahrgangs- und schulformübergreifend unterrichtet werden. Über die inhaltliche und unterrichtsorganisatorische Umsetzung im Rahmen der Studentafeln und der Kerncurricula entscheidet die Gesamtkonferenz auf der Grundlage einer Konzeption der jeweils zuständigen Konferenz der Lehrkräfte.

§ 8

Sexualerziehung

(1) Durch die Sexualerziehung, die als Teil der Gesamterziehung zu den Aufgaben der Schule gehört, sollen die Schülerinnen und Schüler sich altersgemäß mit den biologischen, ethischen, religiösen, kulturellen und sozialen Tatsachen und Bezügen der Geschlechtlichkeit des Menschen vertraut machen. Die Sexualerziehung soll das Bewusstsein für eine persönliche Intimsphäre und für ein gewaltfreies, respektvolles Verhalten in gegenwärtigen und zukünftigen persönlichen und partnerschaftlichen Beziehungen entwickeln und fördern sowie die grundlegende Bedeutung von Ehe und Familie vermitteln. Bei der Sexualerziehung ist Zurückhaltung zu wahren sowie Offenheit und Toleranz gegenüber den verschiedenen Wertvorstellungen in diesem Bereich zu beachten; jede einseitige Beeinflussung ist zu vermeiden.

(2) Die Eltern sind über Ziel, Inhalt und Formen der Sexualerziehung rechtzeitig zu unterrichten.

§ 9

Religionsunterricht und Ethikunterricht

(1) Religion und Ethik sind ordentliche Unterrichtsfächer. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechts wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Kirchen oder Religionsgemeinschaften erteilt. Die Kirchen oder Religionsgemeinschaften können sich durch Beauftragte vergewissern, dass der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen ihres Bekenntnisses erteilt wird.

(2) Keine Lehrerin und kein Lehrer kann verpflichtet oder, die Befähigung vorausgesetzt, gehindert werden, Religionsunterricht zu erteilen.

(3) Eine Abmeldung vom Religionsunterricht ist möglich. Hierüber entscheiden die Eltern, nach Vollendung des 14. Lebensjahres die Schülerinnen und Schüler.

(4) Die Schülerinnen und Schüler bzw. die Eltern vor dem 14. Lebensjahr entscheiden, ob sie bzw. ihre Kinder am Religionsunterricht oder am Ethikunterricht teilnehmen, in dem den Kindern das Verständnis für Wertvorstellungen und ethische Grundsätze und der Zugang zu ethischen, philosophischen und religionskundlichen Fragen vermittelt wird. Schülerinnen und Schüler verschiedener Schulen, Schulformen und Schulstufen können dabei zu einer pädagogisch vertretbaren Lerngruppe zusammengefasst werden.

§ 10

Förderung der Schülerinnen und Schüler anderer Sprache

- (1) Schülerinnen und Schüler anderer Herkunftssprache oder aus mehrsprachigen Elternhäusern sollen durch besondere Angebote so gefördert werden, dass sie ihrer Eignung entsprechend zusammen mit Schülerinnen und Schülern deutscher Sprache unterrichtet werden und die gleichen Abschlüsse erwerben können.
- (2) Schülerinnen und Schüler, die dem Unterricht nicht folgen können, weil sie über keine oder nur geringe Deutschkenntnisse verfügen, haben Anspruch auf schulische Sprachförderung, damit sie erfolgreich im Unterricht mitarbeiten können. An Angeboten zur Sprachförderung in Deutsch können auch noch nicht schulpflichtige Kinder nach Anmeldung zum Schulbesuch teilnehmen.
- (3) Die Förderung der natürlichen Mehrsprachigkeit erfolgt in der Grundschule durch Unterricht in der Herkunftssprache, der dem Bedarf und den personellen und sächlichen Möglichkeiten der Schulen entsprechend eingerichtet werden soll. Der Unterricht ist so zu gestalten, dass er zur interkulturellen Bildung und Erziehung beiträgt. In der Sekundarstufe I kann dieser Unterricht als Wahlpflichtangebot fortgeführt oder die Herkunftssprache als zweite oder dritte Fremdsprache angeboten werden.
- (4) Die Ausgestaltung des Unterrichts und der Fördermaßnahmen nach Art, Umfang und Verpflichtung zur Teilnahme für Schülerinnen und Schüler anderer Sprache erfolgt durch Rechtsverordnung.

§ 11

Stundentafeln

- (1) Die Zahl der Unterrichtsstunden, die auf die Unterrichtsfächer, Lernbereiche und Aufgabengebiete entfallen, wird in Stundentafeln festgelegt. Die Festlegung richtet sich nach dem Bildungsauftrag des einzelnen Bildungsganges und berücksichtigt den Grundsatz der Durchlässigkeit bei einem Wechsel zwischen den Bildungsgängen und Schulformen. Bei der Festlegung des Stundenrahmens ist davon auszugehen, dass der Unterricht an Vollzeitschulen in der Regel an fünf Wochentagen in der Woche stattfindet.
- (2) Die Stundentafel soll Entscheidungsmöglichkeiten für individuelle Bildungsschwerpunkte eröffnen. Daher ist in der Stundentafel zu unterscheiden,
 1. welche Fächer, Lernbereiche oder Aufgabengebiete zum Pflichtunterricht gehören, in dem alle Schülerinnen und Schüler unterrichtet werden und zu dessen Teilnahme sie verpflichtet sind,
 2. welche Fächer und Aufgabengebiete im Wahlpflichtbereich angeboten werden, in denen die Schülerinnen und Schüler nach ihrer Wahl unterrichtet werden und zu deren Teilnahme sie verpflichtet sind,
 3. welche Fächer und Aufgabengebiete Wahlangebote sind, in denen die Schülerinnen und Schüler nach ihrer Wahl unterrichtet werden.

Die Entscheidung über die Teilnahme an den in Satz 2 Nr. 2 und 3 genannten Fächern treffen die Eltern, bei volljährigen Schülerinnen und Schülern diese selbst.

- (3) Ergänzend können freiwillige Unterrichtsveranstaltungen zur Vertiefung und Erweiterung des Bildungsauftrags der Schule eingerichtet oder betreuende Maßnahmen durchgeführt werden, sofern die erforderlichen Voraussetzungen gegeben sind.
- (4) Die Schulkonferenz kann beschließen,
 1. von einzelnen Bestimmungen der Stundentafel abzuweichen. Die Abweichung kann sowohl der Verstärkung des Pflichtbereichs als auch der des Wahlpflichtbereichs (§ 6) dienen; dabei sind die Vorgaben zu beachten, die Grundlage der Anerkennung von Abschlüssen zwischen den Ländern der Bundesrepublik Deutschland sind;
 2. dass der Unterricht an Vollzeitschulen abweichend von Abs. 1 Satz 3 an sechs Wochentagen stattfindet. Der Beschluss bedarf der Zustimmung des Schulträgers.

(5) Die Studentafeln werden nach Maßgabe des Abs. 1 bis 3 durch Rechtsverordnungen erlassen; dabei ist der Rahmen näher zu bestimmen, in dem die Schulkonferenz von der Studentafel abweichen darf.

§ 12

Zulassung von Schulbüchern

(1) Schulbücher sind Druckwerke, die dazu bestimmt sind, von Schülerinnen und Schülern im Unterricht für einen längeren Zeitraum benutzt zu werden.

(2) Schulbücher dürfen an einer Schule nur eingeführt werden, wenn sie zuvor zugelassen worden sind. Über die Zulassung entscheidet das Kultusministerium, sofern dessen Befugnis nicht allgemein für bestimmte Verwendungszwecke, Fachbereiche oder Schulformen oder im Einzelfall den Schulaufsichtsbehörden oder den Schulleiterinnen und Schulleitern übertragen worden ist. Schulbücher sind zuzulassen, wenn

1. sie allgemeinen Verfassungsgrundsätzen und Rechtsvorschriften nicht widersprechen,
2. sie mit den Lehrplänen vereinbar sind und nach Umfang und Inhalt ein für das Unterrichtsfach und die Schulform vertretbares Maß nicht überschreiten,
3. sie nach methodischen und didaktischen Grundsätzen den pädagogischen Anforderungen genügen, keine schwerwiegenden Fehler in der Sachdarstellung aufweisen und insbesondere nicht ein geschlechts-, religions- oder rassendiskriminierendes Verständnis fördern und
4. die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel bei Beachtung einer wirtschaftlichen Haushaltsführung die Einführung rechtfertigen.

(3) Die Schulbücher für den Religionsunterricht bedürfen der Zustimmung der Kirche oder Religionsgemeinschaft hinsichtlich der Übereinstimmung mit deren Grundsätzen.

(4) Über die Einführung eines zugelassenen Schulbuches an einer Schule entscheidet die Fachkonferenz im Rahmen der der Schule zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel und der Beschlüsse der Gesamtkonferenz zu deren Verteilung. In Parallelklassen oder -kursen einer Schule sind in der Regel die gleichen Schulbücher zu verwenden. Schulen, die einen Schulverbund bilden, sollen sich bei der Einführung der Schulbücher untereinander abstimmen.

(5) Das Verfahren zur Zulassung der Schulbücher wird durch Rechtsverordnung näher geregelt.

Dritter Teil Schulaufbau

Erster Abschnitt

Gliederung und Organisation der Schule

§ 13

Äußere Organisation nach Schulstufen und Schulformen

(1) Das Schulwesen gliedert sich nach Jahrgangsstufen, Schulstufen und Schulformen.

(2) Die Jahrgangsstufen 1 bis 4 bilden die Grundstufe (Primarstufe), die Jahrgangsstufen 5 bis 10 die Mittelstufe (Sekundarstufe I) und die anschließenden drei Jahrgangsstufen des gymnasialen Bildungsganges sowie die beruflichen Schulen die Oberstufe (Sekundarstufe II). Schulen für Erwachsene haben die Aufgabe, den Erwerb von Abschlüssen der allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe nachträglich zu ermöglichen.

(3) Schulformen sind:

1. als allgemeinbildende Schulen
 - a) die Grundschule,
 - b) die erweiterte Realschule
 - c) das Gymnasium,
 - d) die Integrierte Gesamtschule,
 - e) die Förderschule,

2. als berufliche Schulen
 - a) die Berufsschule,
 - b) die Berufsfachschule,
 - c) die Fachoberschule,
 - d) das berufliche Gymnasium,
 - e) die Fachschule,
3. als Schulen für Erwachsene
 - a) die Abendhauptschule,
 - a) die Abendrealschule,
 - b) das Abendgymnasium,
 - c) das Kolleg.

(4) Grundschulen können mit erweiterten Realschulen sowie Gesamtschulen verbunden werden.

(5) Abendhauptschulen, Abendrealschulen und Abendgymnasien können miteinander verbunden werden; ihre Verbindung mit einem Hessenkolleg setzt eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen ihrem kommunalen Träger und dem Land als Träger des Hessenkollegs voraus.

(6) Schulformbezogene (kooperative) Gesamtschulen umfassen einen Zweig der erweiterten Realschule sowie einen gymnasialen Zweig bis zur Jahrgangsstufe 10.

(7) Zur Erleichterung der nach § 3 Abs. 8 gebotenen individuellen Förderung der Kinder und Jugendlichen sollen Schulen innerhalb einer Schulstufe und zwischen aufeinander folgenden Schulstufen zusammenarbeiten und sich insbesondere in curricularen, organisatorischen und personellen Fragen abstimmen.

(8) Schulen können mehrere Standorte haben, wenn diese Organisationsform eine sinnvolle Unterrichts- und Erziehungsarbeit wohnortnah unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten sichert und fördert.

§ 14

Weiterentwicklung zu Gemeinschaftsschulen

(1) Allgemeinbildende Schulen können eine Gemeinschaftsschule werden oder sich zu einer Gemeinschaftsschule zusammenschließen, wenn die nach § 93 zuständige Schulbehörde dem Vorhaben zustimmt und die Schulen ein Konzept für die Entwicklung hin zur Gemeinschaftsschule vorlegen. Gemeinschaftsschulen können auch durch Neugründungen entstehen. Die Schulkonferenz stellt nach § 136 den Antrag auf Weiterentwicklung in eine Gemeinschaftsschule. Hierüber oder über die Neuerrichtung einer Gemeinschaftsschule beschließt der Schulträger.

(2) Gemeinschaftsschulen vermitteln allen Schülerinnen und Schülern eine grundlegende, erweiterte oder eine vertiefte allgemeine Bildung und ermöglichen ihnen entsprechend ihrer Leistungen und Neigungen eine Schwerpunktbildung, die sie befähigt, ihren Bildungsweg in berufs- und studienqualifizierenden Bildungsgängen oder an einer Hochschule fortzusetzen.

(3) In Gemeinschaftsschulen findet individuelles und gemeinsames Lernen und individuelle Förderung von der Schulanfangsphase bis zur gymnasialen Oberstufe statt. Endet eine Gemeinschaftsschule mit der Jahrgangsstufe 10, ist ein Schulverbund mit einer gymnasialen Oberstufe zu bilden, um die kontinuierliche Fortsetzung des studienqualifizierenden Bildungsganges zu erleichtern. Die Gemeinschaftsschulen führen zu allen allgemeinbildenden Abschlüssen. Die Sekundarstufe I untergliedert sich dabei nicht in unterschiedliche Bildungsgänge. Die nähere Ausgestaltung wird durch Rechtsverordnung geregelt.

(4) Gemeinschaftsschulen werden als Ganztagschule in der offenen oder gebundenen Form geführt. Die Form der Ganztagschule wird in dem Antrag zur Umwandlung oder Errichtung der Gemeinschaftsschule festgelegt.

(5) In Gemeinschaftsschulen kann bis einschließlich Jahrgangsstufe 8 der Lernerfolg der Schülerinnen und Schüler durch geeignete schriftliche Informationen zur Lern- und Leistungsentwicklung beurteilt werden, wenn dies

im Schulprogramm festgelegt ist. Abweichend von § 76 finden bis zum Abschluss der Sekundarstufe I keine Nichtversetzungen statt. § 76 Abs. 4 bleibt unberührt. Die äußere Fachleistungsdifferenzierung findet als durchgängiges Organisationsprinzip in Gemeinschaftsschulen keine Anwendung.

§ 15

Innere Organisation nach Bildungsgängen

(1) Das Schulwesen wird inhaltlich durch Bildungsgänge gegliedert. Auf den für alle Schüler gemeinsamen Bildungsgang in der Grundschule bauen die Bildungsgänge der Sekundarstufe auf.

(2) Die Bildungsgänge der Sekundarstufe werden inhaltlich durch die Gegenstandsbereiche des Unterrichts nach § 6 und die Abschlüsse nach § 16 als Bildungsziel unter Berücksichtigung der durch das jeweilige Bildungsziel vorgegebenen Anforderungen bestimmt. Die Bildungsgänge haben ihre Grundlage in für alle Schülerinnen und Schüler gemeinsamen Lernzielen und werden mit deren Vorrücken in höhere Jahrgangsstufen nach inhaltlichen Schwerpunkten, der Art der Erschließung und der Erweiterung und Vertiefung der Gegenstandsbereiche ausdifferenziert. Die Durchlässigkeit bei einem Wechsel zwischen den Bildungsgängen muss gewahrt bleiben.

(3) Die Bildungsgänge werden je nach Unterrichtsorganisation der Schule als Schulform oder integriert angeboten.

(4) Den individuellen Bildungsweg bestimmen die Eltern oder die volljährigen Schülerinnen und Schüler durch die Wahl einer Schulform, die einem Bildungsgang entspricht, oder durch die Erstentscheidung bei der Einstufung in leistungsdifferenzierte Kurse bei integrierten Schulen oder durch die Wahl des Bildungswegs der Gemeinschaftsschule.

§ 16

Abschlüsse

(1) Die Abschlüsse der Sekundarstufe sind den Bildungsgängen zugeordnet. Die in den Bildungsgängen erworbenen Abschlüsse, Berechtigungen und Zeugnisse können bei Gleichwertigkeit einander gleichgestellt werden.

(2) Die Abschlüsse der Mittelstufe (Sekundarstufe I) können nachträglich an beruflichen Schulen erworben werden. Die Abschlüsse der allgemeinbildenden Schulen der Mittelstufe und der Oberstufe (Sekundarstufe I und II) können nachträglich an den Schulen für Erwachsene erworben werden.

(3) Der Abschluss der Jahrgangsstufe 9 (Hauptschulabschluss und qualifizierender Hauptschulabschluss) berechtigt zum Übergang in berufsqualifizierende Bildungsgänge der Oberstufe (Sekundarstufe II). Den besonderen Anforderungen berufsqualifizierender Bildungsgänge entsprechend kann der Zugang von weiteren Voraussetzungen abhängig gemacht werden.

(4) Der mittlere Abschluss (Realschulabschluss) nach Jahrgangsstufe 10 berechtigt zum Übergang in die berufsqualifizierenden Bildungsgänge der Oberstufe (Sekundarstufe II). Den besonderen Anforderungen berufsqualifizierender Bildungsgänge entsprechend kann der Zugang von weiteren Voraussetzungen abhängig gemacht werden. Der mittlere Abschluss berechtigt zum Übergang in studienqualifizierende Bildungsgänge der Oberstufe (Sekundarstufe II), wenn der damit nachgewiesene Bildungs- und Leistungsstand eine erfolgreiche Teilnahme am Unterricht des gewählten Bildungsganges erwarten lässt.

(5) In der Oberstufe (Sekundarstufe II) berechtigt der Abschluss der gymnasialen Oberstufe, des beruflichen Gymnasiums und der zweijährigen Sonderlehrgänge zum Erwerb der allgemeinen Hochschulzugangsberechtigung für Aussiedler zur Aufnahme eines Studiums an Hochschulen. Der Abschluss der Fachoberschule berechtigt zur Aufnahme eines Studiums an Fachhochschulen oder eines gestuften Studiengangs an einer Universität (Fachhochschulreife). Dasselbe gilt für den Abschluss der zweijährigen Berufsfachschule, die auf einem mittleren Abschluss aufbaut, der mindestens zweijährigen Fachschule und der Berufsschule mit zusätzlichem Unterricht und einer Prüfung; weitere Voraussetzungen können festgelegt werden.

(6) Zusammen mit einem der Abschlüsse nach Abs. 2 bis 5 kann ein ausländischer oder ein internationaler Abschluss insbesondere durch die Bildung von Schwerpunkten innerhalb eines Bildungsgangs und den erweiterten Einsatz einer Fremdsprache als Unterrichtssprache nach durch Rechtsverordnung dafür näher bestimmten curricularen und unterrichtsorganisatorischen Voraussetzungen erworben werden.

(7) Die Abschlüsse werden durch Rechtsverordnung näher geregelt; insbesondere ist festzulegen,

1. welche zusätzlichen Voraussetzungen über den Hauptschulabschluss oder den mittleren Abschluss hinaus für den Zugang zu bestimmten berufsqualifizierenden Bildungsgängen der Oberstufe (Sekundarstufe II) erfüllt werden müssen (Abs. 3 und 4),
2. welche Anforderungen ein mittlerer Abschluss erfüllen muss, um zum Übergang auf studienqualifizierende Bildungsgänge der Oberstufe (Sekundarstufe II) zu berechtigen (Abs. 4),
3. welche Abschlüsse oder Zusatzqualifikationen, die an beruflichen Schulen (Sekundarstufe II) erworben werden, dem Hauptschulabschluss (Abs. 3) oder dem mittleren Abschluss (Abs. 4) gleichgestellt werden oder zur Aufnahme eines Studiums an Fachhochschulen (Abs. 5) berechtigen,
4. welche Zeugnisse am Ende welcher Jahrgangsstufe des Gymnasiums dem Hauptschulabschluss (Abs. 3) oder dem mittleren Abschluss (Abs. 4) gleichgestellt werden können und welche Anforderungen diese dafür erfüllen müssen.

Dabei kann für Schülerinnen und Schüler, deren Sprache nicht Deutsch ist, bestimmt werden, dass Kenntnisse in dieser Sprache als Kenntnisse in einer Fremdsprache gewertet werden.

§ 17

Schulversuche und Versuchsschulen

(1) Durch Schulversuche in bestehenden Schulen soll die Weiterentwicklung des Schulwesens gefördert werden.

(2) Der Weiterentwicklung des Schulwesens dienen Versuchsschulen, die auch verschiedene Schulformen zusammenfassen können. Die Umwandlung verschiedener Schulen in Versuchsschulen oder die Neueinrichtung solcher Schulen ist nur zulässig, wenn

1. die Versuchsschule nach Anlage, Inhalt und organisatorischer Gestaltung wesentliche Einsichten für die Weiterentwicklung erwarten lässt,
2. nach dem Stand der wissenschaftlichen Erkenntnis davon ausgegangen werden kann, dass die Versuchsschule geeignet erscheint, allen Schülerinnen und Schülern ihrer Eignung angemessene Bildungsmöglichkeiten zu eröffnen, und eine ausreichende Differenzierung des Unterrichts gewährleistet,
3. den die Versuchsschulen besuchenden Schülerinnen und Schülern keine erkennbaren Nachteile erwachsen, sie insbesondere gleiche oder gleichwertige Abschlüsse und Berechtigungen erwerben können wie an anderen vergleichbaren Schulen und der Übergang in andere Schulen gewährleistet ist,
4. die Entscheidungsbefugnis der Eltern über die Wahl des Bildungsgangs nach dem Besuch der Grundschule außerhalb der Versuchsschule im Rahmen des geltenden Rechts gewährleistet ist.

(3) Die Schulkonferenz stellt den Antrag auf Durchführung eines Schulversuchs und die Umwandlung einer Schule in eine Versuchsschule. Über die Umwandlung einer Schule in eine Versuchsschule oder über deren Neuerrichtung beschließt der Schulträger. Der Antrag auf Durchführung eines Schulversuchs und die Beschlüsse des Schulträgers nach Satz 2 bedürfen der Zustimmung des Kultusministeriums. Die Befugnis des Kultusministeriums, zur Weiterentwicklung des Schulwesens Schulversuche ohne Antrag der Schulkonferenz einzurichten, bleibt unberührt; Entsprechendes gilt auch für die Einrichtung von Versuchsschulen durch den Schulträger.

(4) Die von der Durchführung eines Schulversuchs oder der Errichtung einer Versuchsschule betroffenen Eltern und Schülerinnen und Schüler haben keinen Anspruch darauf, dass

1. an der Schule die vor dem Schulversuch bestehenden Organisationsformen fortgeführt werden,
2. den Schülerinnen und Schülern der Besuch einer wegen der Errichtung einer Versuchsschule aufzuhebenden Schule weiterhin ermöglicht wird.

(5) Eine Versuchsschule ist aufzuheben oder in eine der in § 13 Abs. 3 aufgeführten Regelformen zu überführen, wenn

1. die in Abs. 2 genannten Voraussetzungen nicht mehr vorliegen oder
2. der Versuch als abgeschlossen angesehen werden kann.

(6) Die wissenschaftliche Begleitung von Schulversuchen und Versuchsschulen regelt das Kultusministerium.

§ 18

Betreuungsangebote und ganztägige Angebote der Schulen

(1) Formen der Betreuung und der ganztägigen Angebote sind:

1. Betreuungsangebote des Schulträgers,
2. die pädagogische Mittagsbetreuung,
3. die offene Ganztagschule,
4. die gebundene Ganztagschule.

(2) Betreuungsangebote nach Abs. 1 Nr. 1, die über den zeitlichen Rahmen der Stundentafel hinausgehen, führen zu einer für die Eltern zeitlich verlässlichen und mit den Aufgaben der Schule abgestimmten Betreuung. Die Schulträger können sie an den Grundschulen sowie den Sprachheilschulen und Schulen für Lernhilfe einrichten. Eine enge Zusammenarbeit mit Kinderhorten und freien Initiativen zur ganztägigen Betreuung von Kindern ist dabei anzustreben. Die Teilnahme an diesen Angeboten ist freiwillig.

(3) Die pädagogische Mittagsbetreuung nach Abs. 1 Nr. 2 kann mit Zustimmung des Schulträgers an den Grundschulen, den Schulen der Mittelstufe (Sekundarstufe I) und den Förderschulen eingerichtet werden. Die Zusammenarbeit mit freien Trägern, den Eltern oder qualifizierten Personen ist anzustreben. Die Teilnahme an diesem Angebot ist freiwillig.

(4) Die Ganztagschule in offener Form nach Abs. 1 Nr. 3 führt Ganztagsangebote in Zusammenarbeit mit freien Trägern, den Eltern oder qualifizierten Personen durch, die die kulturelle, soziale, sportliche, praktische, sprachliche und kognitive Entwicklung der Schülerinnen und Schüler fördern. Die Teilnahme an diesen Ganztagsangeboten ist freiwillig.

(5) Die Ganztagschule in gebundener Form nach Abs. 1 Nr. 4 erweitert über die Angebote der offenen Form hinaus den der Schule zur Verfügung stehenden zeitlichen Rahmen, um die pädagogischen und in Förderschulen auch sonderpädagogischen Belange ganzheitlich berücksichtigen zu können. Die Teilnahme an diesen Angeboten ist teilweise oder vollständig verpflichtend; die Entscheidung darüber trifft die Schulkonferenz.

(6) Zu Ganztagschulen beider Formen können Grundschulen, Schulen der Mittelstufe (Sekundarstufe I) und Förderschulen, insbesondere die Schulen für praktisch Bildbare und inklusiv arbeitende Schulen, entwickelt werden. Über die Einrichtung einer Ganztagschule entscheidet der Schulträger im Rahmen des Förderplanes des Landes nach § 155 mit der Maßgabe, dass die Ganztagschule keine Grundlage im Schulentwicklungsplan (§ 154) haben muss. § 14 Abs. 4 bleibt unberührt.

§ 19

Vertretung bei Unterrichtsausfall

(1) Die Schulen treffen in eigener Zuständigkeit Maßnahmen zur Gewährleistung einer verlässlichen Schulzeit von mindestens fünf Zeitstunden am Vormittag. Auf Beschluss der Schulkonferenz kann im Schulprogramm

hiervon ab Jahrgangsstufe 8 abgewichen werden. Zur Sicherstellung der verlässlichen Schulzeit können auch Kräfte, die nicht der Schule angehören, im Rahmen der dafür zugewiesenen Haushaltsmittel beschäftigt werden. Über deren Eignung und Auswahl entscheidet die Schulleiterin oder der Schulleiter im Rahmen der Rechtsverordnung nach Abs. 3; Anbieter von Personaldienstleistungen können berücksichtigt werden, sofern sie den Einsatz entsprechend qualifizierten Personals gewährleisten.

(2) Abs. 1 gilt entsprechend für Grundschulen, soweit sich nicht aus § 21 Abs. 4 Satz 2 eine abweichende Schulzeit ergibt.

(3) Das Nähere über den Einsatz der externen Kräfte wird durch Rechtsverordnung geregelt, insbesondere zu

1. der Bestimmung der Eignung,
2. der Festlegung von Vergütungsgrundsätzen,
3. der Heranziehung von externen Anbietern von Personaldienstleistungen,
4. den Befugnissen der externen Kräfte.

§ 20 Öffnung der Schule

(1) Die Öffnung der Schule gegenüber ihrem Umfeld ist zu fördern.

(2) Diese Öffnung kann durch die Zusammenarbeit der Schulen mit außerschulischen Einrichtungen und Institutionen geschehen, insbesondere mit Sport- und anderen Vereinen, Kunst- und Musikschulen, kommunalen und kirchlichen Einrichtungen sowie mit Einrichtungen der Weiterbildung. Berufliche Schulen sollen mit Trägern der beruflichen Weiterbildung in der Region zusammenarbeiten.

(3) Geeignete Formen der Zusammenarbeit nach Abs. 2 können in die Angebote nach § 11 Abs. 2 Nr. 3 und Abs. 3 einbezogen werden. Die Schulen können mit der jeweiligen Einrichtung Verträge über Art, Umfang und Inhalt dieser Zusammenarbeit schließen. Finanzielle Verpflichtungen für das Land und den Schulträger können die Schulen eingehen, soweit ihnen für diesen Zweck Mittel zur Verfügung stehen.

(4) Die Mitarbeit von Eltern und anderen geeigneten Personen im Unterricht und an Angeboten der Schule ist möglich. Die Grundsätze der Mitwirkung beschließt die Schulkonferenz auf der Grundlage einer Konzeption der Konferenzen der Lehrkräfte. Das Nähere regelt das Kultusministerium durch Richtlinien.

Zweiter Abschnitt Grundstufe (Primarstufe)

§ 21 Grundschule

(1) In der Grundschule werden alle Schülerinnen und Schüler der ersten bis vierten Jahrgangsstufe unterrichtet.

(2) Die Grundschule vermittelt ihren Schülerinnen und Schülern grundlegende Kenntnisse und Fertigkeiten und entwickelt die verschiedenen Fähigkeiten in einem gemeinsamen Bildungsgang.

(3) Die Jahrgangsstufen 1 und 2 bilden curricular und unterrichtsorganisatorisch eine pädagogische Einheit, die die Schülerinnen und Schüler nach ihrem jeweiligen Leistungs- und Entwicklungsstand auch in einem Schuljahr oder in drei Schuljahren durchlaufen können (Schuleingangsstufe). Für Schülerinnen und Schüler, die die pädagogische Einheit drei Schuljahre besuchen, wird das dritte Jahr nicht auf die Dauer der Schulpflicht angerechnet.

(4) In der Schuleingangsstufe werden keine Ziffernnoten erteilt; die Eltern erhalten Informationen zur Entwicklung ihres Kindes durch schriftliche Aussagen über den Leistungsstand. In der Jahrgangsstufe 3 können Ziffern-

noten durch schriftliche Aussagen zum Leistungsstand ersetzt werden; darüber entscheidet die Schulkonferenz.

(5) Die Grundschule soll verlässliche Schulzeiten mit einer möglichst gleichmäßigen Verteilung der Unterrichtsstunden auf die Schulvormittage vorsehen. Die tägliche Schulzeit soll für die Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufen 1 und 2 vier Zeitstunden und für die Jahrgangsstufen 3 und 4 fünf Zeitstunden dauern. Die Schule legt die nähere Ausgestaltung des Zeitrahmens in eigener Verantwortung fest.

§ 22 Eingangsstufen

(1) In Eingangsstufen wird in besonderem Maße dem unterschiedlichen körperlichen, geistigen und seelischen Entwicklungsstand der Kinder Rechnung getragen. Durch die Verbindung von sozialpädagogischen und unterrichtlichen Lern- und Arbeitsformen wird der Übergang in die Grundschule erleichtert.

(2) In Eingangsstufen können Kinder, die bis zum 30. Juni das fünfte Lebensjahr vollenden, aufgenommen und innerhalb von zwei Schuljahren kontinuierlich an die unterrichtlichen Lern- und Arbeitsformen der Grundschule herangeführt werden. Sozialpädagogische Methoden und Methoden des Unterrichts sind miteinander zu verbinden. Die Eingangsstufe ist Bestandteil der Grundschule; sie ersetzt die Jahrgangsstufe 1.

§ 23 Nähere Ausgestaltung der Grundstufe (Primarstufe)

Die Grundstufe kann durch Rechtsverordnung näher ausgestaltet werden.

Dritter Abschnitt Bildungsgänge der Mittelstufe (Sekundarstufe I)

§ 24 Jahrgangsstufen 5 und 6

Die Jahrgangsstufen 5 und 6 haben unabhängig von ihrer Organisationsform die Aufgabe eines Bindeglieds zwischen der Grundschule und den Bildungsgängen der Sekundarstufe. Sie sind eine pädagogische Einheit. Die Nichtversetzung in die Jahrgangsstufe 6 ist nur zulässig, wenn andernfalls die Schülerin oder der Schüler in der Entwicklung so beeinträchtigt würde, dass mit einem dauernden Versagen zu rechnen wäre.

§ 25 Förderstufe

(1) Die Förderstufe führt als Bindeglied den für alle Schülerinnen und Schüler gemeinsamen Bildungsgang der Grundschule fort. Sie hält die Entscheidung über den weiteren Bildungsweg der Schülerinnen und Schüler bis zum Ende der Jahrgangsstufe 6 offen. Mit ihrem differenzierenden Unterrichtsangebot erfüllt die Förderstufe die inhaltlichen Anforderungen der Bildungsgänge der Mittelstufe (Sekundarstufe I) in den Jahrgangsstufen 5 und 6.

(2) Die nähere Ausgestaltung der Förderstufe wird per Rechtsverordnung geregelt.

§ 26 Erweiterte Realschule

(1) In der erweiterten Realschule werden die Bildungsangebote der Schulformen von Hauptschule und Realschule zusammengefasst und schulformübergreifend unterrichtet.

(2) Die erweiterte Realschule vermittelt ihren Schülerinnen und Schülern eine allgemeine Bildung und ermöglicht ihnen entsprechend ihren Leistungen und Neigungen eine Schwerpunktbildung, die sie befähigt, nach Maßgabe der Abschlüsse ihren Bildungsweg in berufs- und studienqualifizierenden Bildungsgängen fortzusetzen. In Zusammenarbeit mit der Berufsschule und

den Ausbildungsbetrieben kann eine Schwerpunktsetzung in Lerngruppen mit erhöhtem Praxisbezug als Fördermaßnahme erfolgen.

(3) Die erweiterte Realschule beginnt in der Regel mit der Jahrgangsstufe 5 und endet mit der Jahrgangsstufe 10. Sie hat eine pädagogische Mittagsbetreuung oder ist offene oder gebundene Ganztagschule.

(4) Die erweiterte Realschule führt nach dem erfolgreichen Besuch der Jahrgangsstufe 9 zum Hauptschulabschluss und zum qualifizierenden Hauptschulabschluss (§ 16 Abs. 3). Sie führt nach dem erfolgreichen Besuch der Jahrgangsstufe 10 zum mittleren Abschluss (§ 16 Abs. 4).

(5) Der Hauptschulabschluss, der qualifizierende Hauptschulabschluss und der mittlere Abschluss (Realschulabschluss) werden mit der erfolgreichen Teilnahme an einer Prüfung mit landesweit einheitlichen Anteilen erworben.

§ 27 Gymnasium

(1) Das Gymnasium vermittelt seinen Schülerinnen und Schülern eine allgemeine Bildung und ermöglicht ihnen entsprechend ihren Leistungen und Neigungen eine Schwerpunktbildung, die sie befähigt, nach Maßgabe der Abschlüsse ihren Bildungsweg an einer Hochschule, aber auch in berufsqualifizierenden Bildungsgängen fortzusetzen.

(2) Das Gymnasium umfasst die Jahrgangsstufen 5 bis 10 oder 13. Endet ein Gymnasium mit der Jahrgangsstufe 10, ist ein Schulverbund mit einer gymnasialen Oberstufe zu bilden, um die kontinuierliche Fortsetzung des studienqualifizierenden Bildungsganges zu erleichtern.

(3) Das Zeugnis des Gymnasiums berechtigt am Ende der Jahrgangsstufe 9 zur Teilnahme an der Prüfung zum Erwerb des Hauptschulabschlusses (§ 16 Abs. 3), das Zeugnis am Ende der Jahrgangsstufe 10 zur Teilnahme an der Prüfung zum Erwerb des Mittleren Abschlusses (§ 16 Abs. 4).

(4) Das Gymnasium stellt für die Schülerinnen und Schüler, die das Gymnasium nach Jahrgangsstufe 9 oder 10 verlassen, die Teilnahme an den Prüfungen nach Abs. 3 sicher.

§ 28 Gesamtschulen

(1) Um den Übergang zwischen Schulstufen und Schulformen zu erleichtern und das Bildungsangebot zu erweitern, können Schulen verschiedener Bildungsgänge in Gesamtschulen zu einer pädagogischen, organisatorischen und räumlichen Einheit zusammengefasst werden. Sie erteilen die Abschlüsse und Berechtigungen, die in den zusammengefassten Schulen erworben werden können. Gesamtschulen können schulformbezogen (kooperativ), oder integriert eingerichtet werden. Soweit bestehende Schulanlagen genutzt werden, kann auf eine räumliche Einheit verzichtet werden.

(2) Die Gesamtschule vermittelt ihren Schülerinnen und Schülern eine allgemeine Bildung und ermöglicht ihnen entsprechend ihren Leistungen und Neigungen eine Schwerpunktbildung, die sie befähigt, nach Maßgabe der Abschlüsse ihren Bildungsweg in berufs- und studienqualifizierenden Bildungsgängen fortzusetzen.

(3) Die Gesamtschule umfasst in der Mittelstufe die Jahrgangsstufen 5 bis 10. § 27 Abs. 2 Satz 2 gilt entsprechend.

(4) In der Integrierten Gesamtschule wird das Bildungsangebot der in ihr zusammengefassten Schulformen integriert. Sie ermöglicht es den Schülerinnen und Schülern, in individueller Bestimmung des Bildungsweges die Bildungsgänge nach § 15 zu verfolgen. Ihre Unterrichtsorganisation ermöglicht den Schülerinnen und Schülern eine Schwerpunktbildung entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit und ihren Interessen durch Unterricht in gemeinsamen Kerngruppen und Kursen, die nach Anspruchshöhe, Begabung und Neigung differenziert werden.

(5) Die Fachleistungsdifferenzierung erfolgt auf zwei oder auf drei Anspruchsebenen. Sie beginnt in den Fächern Deutsch und Mathematik sowie in der ersten Fremdsprache in der Jahrgangsstufe 7, in den Fächern Physik und Chemie in der Jahrgangsstufe 9. Die Schulkonferenz entscheidet darüber, auf welchen Anspruchsebenen die Fachleistungsdifferenzierung erfolgt. Sie kann beschließen,

1. den Beginn der Fachleistungsdifferenzierung in dem Fach Mathematik und in der ersten Fremdsprache frühestens auf das zweite Halbjahr der Jahrgangsstufe 5 vorzuverlegen,
2. die Fachleistungsdifferenzierung im Fach Mathematik mit der Jahrgangsstufe 8 und im Fach Deutsch spätestens mit der Jahrgangsstufe 9 zu beginnen,
3. das Fach Biologie ab der Jahrgangsstufe 9 in die Fachleistungsdifferenzierung einzubeziehen oder von der Fachleistungsdifferenzierung in einem der Fächer Physik und Chemie abzusehen.

In Einzelfällen kann zur Erprobung eines besonderen pädagogischen Konzepts mit Zustimmung des Staatlichen Schulamtes von einer Kursdifferenzierung, die erste Fremdsprache ab der Jahrgangsstufe 7 und das Fach Mathematik ab der Jahrgangsstufe 8 ausgenommen, abgesehen werden. Die Schulkonferenz kann beschließen, in den Jahrgangsstufen 9 und 10 abschlussbezogene Klassen zu bilden.

(6) Die Schulkonferenz trifft ihre Entscheidungen auf der Grundlage einer curricular und pädagogisch begründeten, die Möglichkeiten der Schule berücksichtigenden Konzeption; sie überprüft diese Entscheidungen regelmäßig im Rahmen der Fortschreibung des Schulprogramms. Umstufungen sollen je Fach nicht häufiger als einmal im Schulhalbjahr durchgeführt werden. Wenn die Eltern der vorgesehenen Ersteinstufung oder Umstufung widersprechen, ist zunächst ihr Wunsch zu berücksichtigen; die Schule entscheidet nach einer Beobachtung von einem halben Schuljahr endgültig.

(7) In der schulformbezogenen (kooperativen) Gesamtschule werden die Bildungsgänge der erweiterten Realschule sowie die Mittelstufe (Sekundarstufe I) des gymnasialen Bildungsganges pädagogisch und organisatorisch in einer Schule verbunden. Die Bildungsgänge werden als aufeinander bezogene Schulzweige geführt, die ein Höchstmaß an Kooperation und Durchlässigkeit sichern. § 26 Abs. 4 bis 6 gilt entsprechend. Der Gymnasialzweig wird 6-jährig (Jahrgangsstufen 5 bis 10) organisiert.

§ 29

Nähere Ausgestaltung der Mittelstufe (Sekundarstufe I)

Die Bildungsgänge und Schulformen der Mittelstufe (Sekundarstufe I) werden durch Rechtsverordnung näher ausgestaltet.

Vierter Abschnitt

Studienqualifizierende Bildungsgänge der Oberstufe (Sekundarstufe II)

§ 30

Studienqualifizierende Schulen

Studienqualifizierende Schulen sind

1. die gymnasiale Oberstufe. Sie kann sowohl Bestandteil des Gymnasiums oder der Gesamtschule als auch selbstständige Schule sein. Als selbstständige Schule arbeitet die gymnasiale Oberstufe im Rahmen eines Schulverbundes mit den Schulen der Mittelstufe (Sekundarstufe I) zusammen, aus denen sie im Wesentlichen die Schülerinnen und Schüler aufnimmt;
2. das berufliche Gymnasium. Es ist Teil des beruflichen Schulwesens;
3. doppeltqualifizierende Bildungsgänge, in denen berufliches und allgemeinbildendes Lernen verbunden werden. Auf sie finden die Vorschriften über die gymnasiale Oberstufe oder das berufliche Gymnasium entsprechend Anwendung, soweit für sie in diesem Abschnitt nicht besondere Regelungen getroffen worden sind;
4. die Fachoberschule. Sie ist Teil des beruflichen Schulwesens und führt zur Fachhochschulreife.

§ 31

Aufgabe der gymnasialen Oberstufe

Ziel der gymnasialen Oberstufe ist es, den Schülerinnen und Schülern den Erwerb der allgemeinen Hochschulreife zu ermöglichen, sie aber auch in die Lage zu versetzen, ihre Kenntnisse und Fähigkeiten unmittelbar in berufliche Ausbildung und Tätigkeit einzubringen. Deshalb ist die gymnasiale Oberstufe offen für die Zusammenarbeit mit den beruflichen Schulen und für die Aufnahme anwendungsbezogener Angebote. Diese Zusammenarbeit ist zu fördern.

§ 32

Gliederung

(1) Die gymnasiale Oberstufe gliedert sich in optionale Einführungskurse und die für die Hochschulreife einzubringenden Qualifikationskurse. Der Besuch der gymnasialen Oberstufe dauert mindestens zwei, in der Regel höchstens vier Jahre.

(2) In den Einführungskursen werden die Schülerinnen und Schüler methodisch und inhaltlich auf die Arbeit in den Qualifikationskursen und die Wahl der Leistungsfächer vorbereitet. Die Organisation und die Angebote der Einführungskurse sind daher so zu gestalten, dass es der einzelnen Schule im Rahmen der für alle geltenden Bestimmungen möglich ist, den besonderen örtlichen Bedingungen Rechnung zu tragen.

(3) In den Qualifikationskursen werden die Fächer in Grund- und Leistungskursen unterrichtet. Die zeitlich aufeinander folgenden Kurse eines Faches sind inhaltlich aufeinander abzustimmen. Grundkurse vermitteln grundlegende Kenntnisse und Einsichten in die Stoffgebiete und Methoden verschiedener Fächer. Die Leistungskurse dienen in besonderer Weise der Einführung in die Methoden wissenschaftlichen Arbeitens und vermitteln ein vertieftes Verständnis und erweiterte Kenntnisse. Für alle Schülerinnen und Schüler verbindliche Auflagen und die inhaltliche, methodische und organisatorische Gestaltung des Unterrichts gewährleisten, dass Grund- und Leistungskurse gemeinsam den Schülerinnen und Schülern die breite Grundausbildung vermitteln, die für die allgemeine Hochschulreife erforderlich ist.

(4) Nach erfolgreicher Teilnahme an der Hälfte der für die Zulassung zur Abiturprüfung erforderlichen Qualifikationskurse, einer mindestens zweijährigen Verweildauer in der gymnasialen Oberstufe und einer mindestens einjährigen beruflichen Tätigkeit können die Schülerinnen und Schüler die Fachhochschulreife erwerben.

(5) Die allgemeine Hochschulreife wird mit der erfolgreich abgelegten Abiturprüfung erworben.

§ 33

Aufgabenfelder

(1) Die Unterrichtsfächer der gymnasialen Oberstufe werden mit Ausnahme des Faches Sport in drei Aufgabenfelder zusammengefasst.

(2) Zum sprachlich-literarisch-künstlerischen Aufgabenfeld gehören die Fächer Deutsch, die Fremdsprachen, Musik, Kunst und Darstellendes Spiel.

(3) Zum gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenfeld gehören die Fächer Politik und Wirtschaft, Geschichte, Religion, Wirtschaftswissenschaften, Erdkunde, Rechtskunde und Philosophie.

(4) Zum mathematisch-naturwissenschaftlich-technischen Aufgabenfeld gehören die Fächer Mathematik, Biologie, Chemie, Physik und Informatik.

§ 34

Grund- und Leistungskurse

(1) Als Leistungsfächer können angeboten werden:

1. Deutsch, Englisch, Französisch, Lateinisch, Griechisch;
2. Politik und Wirtschaft, Geschichte, Erdkunde, Evangelische und Katholische Religion;
3. Mathematik, Physik, Chemie und Biologie.

(2) Kunst, Musik, weitere Fremdsprachen, sonstige Religionslehren, Ethik, Sport, Wirtschaftswissenschaften und Informatik können mit Genehmigung des Staatlichen Schulamtes an einzelnen Schulen als Leistungsfächer eingerichtet werden. Durch Rechtsverordnung können weitere Unterrichtsfächer als Leistungsfächer zugelassen werden.

(3) Für Art und Umfang des Kurs- und Fächerangebots sind die personellen und sächlichen Möglichkeiten der einzelnen Schule und die jeweilige Zahl der Schülerinnen und Schüler maßgeblich. Bei Schulen, die in ihrem Kursangebot zusammenarbeiten, wird jeweils die gemeinsame Schülerzahl zu Grunde gelegt.

(4) Fächerverbindende und fachübergreifende Kurse können auch über ein Aufgabenfeld hinaus eingerichtet werden.

(5) Die Durchführung der für die Schülerinnen und Schüler verbindlichen Kurse und die Kontinuität des Unterrichtsangebots haben Vorrang vor der Ausweitung oder Änderung des Fächerangebots.

§ 35

Belegverpflichtungen und Bewertung

(1) Die Belegung der Einführungskurse ist freiwillig. Jede Schülerin und jeder Schüler entscheidet nach Beratung durch den Klassenlehrer oder die Klassenlehrerin in der 10. Jahrgangsstufe vor Eintritt in die Oberstufe, ob und welche Einführungskurse er bzw. sie belegen wird. Die Entscheidung ist so zu treffen, dass ein erfolgreicher Abschluss der Oberstufe zu erwarten ist.

(2) Bis zum Erwerb der Hochschulreife haben die Schülerinnen und Schüler vier Qualifikationskurse mindestens in Deutsch, einer Fremdsprache, die auch eine mit Eintritt in die gymnasiale Oberstufe begonnene und in der Unterrichtsgestaltung die Anforderungen eines Prüfungsfaches erfüllende Fremdsprache sein kann, Politik und Wirtschaft, Geschichte, Mathematik, einer Naturwissenschaft, Religion oder Ethik und in der Regel in Sport zu belegen; § 9 bleibt unberührt. Der Unterricht in Kunst oder Musik ist mindestens in zwei Qualifikationskursen zu besuchen.

(3) Die volljährigen Schülerinnen und Schüler wählen selbst, die minderjährigen Schülerinnen und Schüler im Einvernehmen mit den Eltern aus dem Angebot der Schule nach Begabung und Neigung zwei Leistungsfächer oder eine Leistungsfachkombination. Kommt ein Einvernehmen nicht zu Stande, so entscheiden die Eltern. Eines der beiden Leistungsfächer muss entweder Deutsch, eine Fremdsprache, Mathematik oder eine Naturwissenschaft sein.

(4) Die Leistungsbewertung in der gymnasialen Oberstufe erfolgt nach einem System mit 15 Punkten (§ 74). Die Ergebnisse aus vier Leistungskursen in jedem der beiden Leistungsfächer und 24 Grundkursen sowie der Abiturprüfung bilden die Grundlage für die Berechnung der Gesamtqualifikation im Abitur. Besondere Lernleistungen wie Jahresarbeiten oder umfassende Beiträge aus einem vom Land geförderten Wettbewerb können in die Abiturprüfung eingebracht werden. Ein Kurs, der mit null Punkten bewertet worden ist, gilt als nicht besucht.

§ 36

Berufliche Gymnasien

(1) Berufliche Gymnasien führen zur allgemeinen Hochschulreife. Sie werden durch berufliche Fachrichtungen geprägt, die sich in Wirtschaft, Technik, Ernährung und Hauswirtschaft sowie Agrarwirtschaft gliedern. In der Fachrichtung Technik können die Schwerpunkte Maschinenbau, Elektrotechnik, Bautechnik, Physik-, Chemie- und Biologietechnik sowie Datenverarbeitungstechnik angeboten werden. Berufliche Gymnasien vermitteln in der gewählten Fachrichtung Teile einer Berufsausbildung.

(2) Für berufliche Gymnasien gelten die §§ 32 bis 35 entsprechend, soweit im Folgenden nichts anderes geregelt ist.

(3) An den beruflichen Gymnasien kann ein Teil der Verpflichtungen nach § 35 Abs. 2 durch Auflagen in den beruflichen Fachrichtungen und Schwerpunkten ersetzt werden.

(4) Zum sprachlich-literarisch-künstlerischen Aufgabenfeld gehören die Fächer Deutsch und die Fremdsprachen (Englisch, Französisch, Lateinisch). Die Fächer Musik und Kunst können angeboten werden. Im Übrigen findet § 33 Abs. 2 Satz 2 entsprechend Anwendung.

(5) Zum gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenfeld gehören die Fächer Politik und Wirtschaft, Erdkunde, Geschichte, Wirtschaftslehre, insbesondere Betriebswirtschaftslehre, Wirtschaftslehre des Haushalts sowie des Landbaus und Religion.

(6) Zum mathematisch-naturwissenschaftlich-technischen Aufgabenfeld gehören die Fächer Mathematik, Physik, Biologie, Chemie, Technikwissenschaften, Technologie, Technisches Zeichnen, Rechnungswesen, Datenverarbeitung/Informatik, Ernährungslehre und Agrartechnik.

(7) Bei der Wahl der Grund- und Leistungskurse sind die Auflagen zu beachten, die für die berufliche Fachrichtung und den Schwerpunkt erforderlich sind. Von den nach § 35 Abs. 3 zu wählenden zwei Leistungsfächern muss das erste entweder Deutsch, eine Fremdsprache, Mathematik oder eine Naturwissenschaft sein. Das zweite Leistungsfach ist je nach Wahl der beruflichen Fachrichtung Wirtschaftslehre, Technikwissenschaft, Ernährungslehre oder Agrartechnik.

§ 37

Zweijährige Sonderlehrgänge für Aussiedler

Zweijährige Sonderlehrgänge zum Erwerb der allgemeinen Hochschulzugangsberechtigung für Aussiedler führen zur allgemeinen Hochschulzugangsberechtigung. Sie werden durch berufliche Fachrichtungen geprägt, die sich in Technik und Wirtschaft gliedern.

§ 38

Doppeltqualifizierende Bildungsgänge

(1) Auf Antrag des Schulträgers können mit Zustimmung des Kultusministeriums an gymnasialen Oberstufen oder beruflichen Gymnasien oder in organisatorischer Verbindung mit ihnen Ausbildungsgänge eingerichtet werden, die berufliches und allgemeinbildendes Lernen verbinden und zur allgemeinen Hochschulreife führen.

(2) Die Bildungsgänge schließen mit zwei getrennten Prüfungen ab. Für den Erwerb der allgemeinen Hochschulreife kann ein Teil der Verpflichtungen nach § 35 Abs. 2 durch für den Ausbildungsgang charakteristische Auflagen ersetzt werden. Die berufliche Ausbildung schließt mit der Prüfung zum staatlich geprüften Assistenten oder zur staatlich geprüften Assistentin ab.

§ 39

Fachoberschule

(1) Die Fachoberschule baut auf dem mittleren Abschluss (§ 16 Abs. 4) auf und führt in verschiedenen Fachrichtungen, Schwerpunkten und Organisationsformen zur Fachhochschulreife.

(2) Die Fachoberschule umfasst in der Regel die Jahrgangsstufen 11 und 12. In der Jahrgangsstufe 11 wird überwiegend fachpraktisch ausgebildet. Die fachpraktische Ausbildung wird in der Regel in Betrieben durchgeführt; sie kann im Einvernehmen mit dem Staatlichen Schulamt ganz oder teilweise in der Schule durchgeführt werden. Der Besuch der Jahrgangsstufe 11 kann durch eine einschlägige Berufsausbildung oder eine mehrjährige, einschlägige berufliche Tätigkeit ersetzt werden. In der Jahrgangsstufe 12 wird in der Regel Vollzeitunterricht erteilt.

(3) Die Fachoberschule endet mit einer Prüfung, deren Bestehen zum Studium an einer Fachhochschule oder eines gestuften Studiengangs an einer Universität berechtigt.

§ 40

Nähere Ausgestaltung der studienqualifizierenden Bildungsgänge
der Oberstufe (Sekundarstufe II)

(1) Die nähere Ausgestaltung der studienqualifizierenden Bildungsgänge in der Oberstufe (Sekundarstufe II) erfolgt durch Rechtsverordnung. Dabei ist zu gewährleisten, dass die Abiturprüfung auch in den anderen Ländern der Bundesrepublik Deutschland zur Aufnahme eines Hochschulstudiums in den jeweiligen Studiengängen berechtigt.

(2) Durch Rechtsverordnung kann bestimmt werden, dass für die schriftliche Abiturprüfung landesweit einheitliche Prüfungsaufgaben auf der Grundlage inhaltlich verbindlicher Rahmenvorgaben gestellt werden.

Fünfter Abschnitt

Berufsqualifizierende Bildungsgänge der Oberstufe (Sekundarstufe II)

§ 41

Berufsschule

(1) Die Berufsschule vermittelt fachliche Kenntnisse und Fähigkeiten und erweitert die allgemeine Bildung. Sie trägt zur Erfüllung der Aufgaben im Beruf und zur Mitgestaltung der Arbeitswelt und Gesellschaft in wirtschaftlicher, technischer, sozialer und ökologischer Verantwortung bei.

(2) Berufsschule und Ausbildungsbetrieb erfüllen für Schülerinnen und Schüler, die in einem Berufsausbildungsverhältnis stehen (duale Berufsausbildung), einen gemeinsamen Bildungsauftrag. Die Berufsschule und der Ausbildungsbetrieb sind dabei jeweils eigenständige Lernorte und gleichberechtigte Partner. Die Erfüllung des Bildungsauftrags setzt eine enge Zusammenarbeit und Abstimmung beider Partner in inhaltlichen und organisatorischen Fragen voraus.

(3) Die Berufsschule gliedert sich in die Grundstufe und die darauf aufbauende Fachstufe. Die Grundstufe ist das erste Jahr der Berufsschule. Sie kann in Ausbildungsberufen, die einem Berufsfeld zugeordnet sind, als Berufsgrundbildungsjahr in vollzeitschulischer Form oder als Berufsgrundbildungsjahr in kooperativer Form geführt werden. Der Unterricht in vollzeitschulischer Form in der Grundstufe umfasst auch die fachpraktische Ausbildung. Der Unterricht wird in der Regel in Fachklassen eines Ausbildungsberufs oder für Berufe mit überwiegend fachlich gleichen Ausbildungsinhalten erteilt. Im Berufsgrundbildungsjahr umfassen die Fachklassen ein Berufsfeld oder Teile eines Berufsfeldes. Das Berufsgrundbildungsjahr in vollzeitschulischer Form schließt mit einer Prüfung ab.

(4) Der Unterricht in der Berufsschule wird als Teilzeitunterricht oder als Blockunterricht erteilt. Der Unterricht beträgt bezogen auf ein Schuljahr von 40 Wochen in der Regel 12 Stunden in der Woche. Die Festlegung des Unterrichts regelt die Berufsschule in Abstimmung mit den Auszubildenden nach pädagogischen Gesichtspunkten und ihren unterrichtsorganisatorischen Möglichkeiten. Einigen sich die Berufsschule und die Auszubildenden nicht, entscheidet das Staatliche Schulamt. Sofern nach § 151 Abs. 5 Gebietsfachklassen durch Rechtsverordnung gebildet werden, entscheidet das Kultusministerium nach Anhörung der Schule über die Zusammenfassung des Unterrichts zu Blockunterricht.

(5) In der dualen Berufsausbildung führt die Berufsschule zum schulischen Teil eines berufsqualifizierenden Abschlusses. In der Berufsschule können der Hauptschulabschluss (§ 16 Abs. 3), der mittlere Abschluss (§ 16 Abs. 4) oder die Fachhochschulreife (§ 16 Abs. 5) erworben werden.

(6) Sofern in einem Ausbildungsbereich nicht genügend betriebliche Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen, kann die Berufsausbildung nach Genehmigung durch das Staatliche Schulamt in vollzeitschulischer Form angeboten werden. Der Abschluss berechtigt zur Teilnahme an einer einschlägigen Berufsabschlussprüfung nach dem Berufsbildungsgesetz.

(7) Bestandteil der Berufsschule sind besondere Bildungsgänge für Jugendliche ohne Berufsausbildungsverhältnis, mit sonderpädagogischem Förderbedarf oder ohne Hauptschulabschluss, die auf eine Berufsausbildung oder eine

Berufstätigkeit vorbereiten oder zu einem nachträglich zu erwerbenden Schulabschluss führen. Neue Lern- und Unterrichtsformen sollen für diese Gruppe der Schülerinnen und Schüler erprobt werden.

(8) Die Berufsschule kann zur Erhöhung der Bildungsbeteiligung der Erwachsenen aller Altersstufen beitragen, indem sie sich im Rahmen ihrer regionalen Bildungsverantwortung öffnet und Erwachsenen Bildungsangebote zugänglich macht, soweit dadurch der Bildungsauftrag nach Abs. 2 nicht gefährdet wird.

§ 42

Berufsfachschule

(1) Berufsfachschulen sind Schulen mit Vollzeitunterricht von mindestens einjähriger Dauer, für deren Besuch weder eine Berufsausbildung noch eine berufliche Tätigkeit vorausgesetzt wird. Sie vermitteln berufliche und allgemeine Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten und bereiten auf die Fachbildung in einem Ausbildungsberuf vor oder führen unmittelbar zu einem Berufsabschluss. Berufsfachschulen können zu einem dem mittleren Abschluss (§ 16 Abs. 4) gleichwertigen Abschluss führen oder beim Eintritt einen mittleren Abschluss voraussetzen.

(2) Zweijährige Berufsfachschulen vermitteln eine berufliche Grundbildung und führen zu einem dem mittleren Abschluss (§ 16 Abs. 4) gleichwertigen Abschluss. Sie setzen den Hauptschulabschluss (§ 16 Abs. 3) voraus und schließen mit einer Prüfung ab. Der erfolgreiche Besuch der zweijährigen Berufsfachschule wird nach Maßgabe der auf der Grundlage des Berufsbildungsgesetzes erlassenen Rechtsverordnungen als erstes Jahr der Berufsausbildung in bestimmten Ausbildungsberufen angerechnet.

(3) Einjährige Berufsfachschulen vermitteln berufliche und allgemeine Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten in Vorbereitung auf bestimmte Ausbildungsberufe. Sie setzen einen mittleren Abschluss (§ 16 Abs. 4) voraus. Abs. 2 Satz 3 gilt entsprechend.

(4) Zweijährige Berufsfachschulen, die zu einem schulischen Berufsabschluss führen, setzen einen mittleren Abschluss (§ 16 Abs. 4) voraus. Sie vermitteln die Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten, die für die erfolgreiche Ausübung des gewählten Berufes erforderlich sind. Sie schließen mit einer Prüfung ab, mit der ein schulischer Berufsabschluss erworben wird; durch Ablegen einer Zusatzprüfung kann die Fachhochschulreife (§ 16 Abs. 5) erworben werden.

(5) Mehrjährige Berufsfachschulen gliedern sich in die Grundstufe und die Fachstufe und führen zu einem Berufsabschluss, der nach Verordnungen aufgrund des § 43 des Berufsbildungsgesetzes oder des § 40 der Handwerksordnung der Abschlussprüfung im Ausbildungsberuf gleichgestellt ist oder zur Zulassung zur Abschlussprüfung nach § 40 Abs. 3 des Berufsbildungsgesetzes oder § 37 Abs. 3 der Handwerksordnung berechtigt.

(6) Die einjährigen und zweijährigen Berufsfachschulen, die nach Abs. 3 und 4 einen mittleren Abschluss voraussetzen, führen die Bezeichnung Höhere Berufsfachschule.

§ 43

Fachschule

(1) Die Fachschule vermittelt aufbauend auf einer beruflichen Erstqualifikation eine vertiefte berufliche Fachbildung und erweitert die allgemeine Bildung.

(2) Es wird Vollzeit- oder Teilzeitunterricht erteilt. Der Besuch der Fachschule dauert in Vollzeitform in der Regel zwei Schuljahre, mindestens jedoch ein Schuljahr. Teilzeit- und Vollzeitform sollen sich in der Gesamtstundenzahl des Bildungsgangs entsprechen.

(3) Der Besuch der Fachschule setzt eine abgeschlossene Berufsausbildung oder eine in der Regel entsprechende praktische Berufstätigkeit sowie in der Regel eine zusätzliche Berufsausübung voraus. Der Besuch der Fachschule für Sozialpädagogik setzt einen mittleren Abschluss (§ 16 Abs. 4) und eine

abgeschlossene Berufsausbildung voraus. Der Besuch der Fachschule für Heilpädagogik setzt einen mittleren Abschluss (§ 16 Abs. 4) und in der Regel den Abschluss der Fachschule für Sozialpädagogik voraus. Die Fachschule führt zu einer Prüfung, mit der ein schulischer Berufsabschluss erworben wird.

(4) In der Fachschule können je nach Art des Bildungsganges ein dem mittleren Abschluss (§ 16 Abs. 4) gleichzustellender Abschluss sowie die Fachhochschulreife (§ 16 Abs. 5) erworben werden.

§ 44

Zusammenfassung zu beruflichen Schulen

(1) Berufsfachschulen, Fachschulen, Fachoberschulen und berufliche Gymnasien sind in der Regel organisatorisch mit Berufsschulen zu verbinden und zu beruflichen Schulen zusammenzufassen.

(2) Der Schulträger beschließt nach Maßgabe der §§ 152 bis 155, welche Berufsfelder, Berufsgruppen oder Ausbildungsberufe in den beruflichen Schulen jeweils erfasst und welche Bildungsgänge angeboten werden. Die Schulkonferenz entscheidet im Rahmen der personellen, räumlichen und sächlichen Möglichkeiten der Schule und dem Bedarf entsprechend, welche Fachrichtungen und Schwerpunkte der einzelnen Bildungsgänge eingerichtet werden. Sie trifft ihre Entscheidung auf der Grundlage des Schulprogramms unter besonderer Berücksichtigung überregionaler Bedürfnisse mit Zustimmung des Schulträgers und des Kultusministeriums.

§ 45

Nähere Ausgestaltung der berufsqualifizierenden Bildungsgänge

Die nähere Ausgestaltung der Bildungsgänge und Formen der berufsqualifizierenden Schulen erfolgt durch Rechtsverordnung; dabei sind insbesondere

1. die Fachrichtungen und Schwerpunkte der Berufsfach- und Fachschulen festzulegen,
2. die Mindestleistungen und Zusatzqualifikationen zum Erwerb des mittleren Abschlusses und der Fachhochschulreife in den berufsqualifizierenden Schulen zu bestimmen,
3. der Zugang zu den besonderen Bildungsgängen nach § 41 Abs. 6 und ihre jeweilige Aufgabe und Dauer zu regeln,
4. das Verfahren der Prüfungen und die Abschlüsse zu regeln,
5. der Rahmen für die Organisation des Unterrichts in der Berufsschule (§ 41 Abs. 4) zu bestimmen.

Sechster Abschnitt Schulen für Erwachsene

§ 46

Abendhauptschule und Abendrealschule

(1) Die Abendhauptschule ermöglicht in einem einjährigen Ausbildungsgang den nachträglichen Erwerb des Hauptschulabschlusses (§ 16 Abs. 3).

(2) Die Abendrealschule ermöglicht in einem zweijährigen Ausbildungsgang den nachträglichen Erwerb des mittleren Abschlusses (§ 16 Abs. 4).

(3) In die Abendhauptschule oder Abendrealschule können Bewerberinnen und Bewerber aufgenommen werden, die ihre Vollzeitschulpflicht erfüllt haben und weder eine allgemeinbildende noch eine berufliche Vollzeitschule besuchen.

§ 47

Abendgymnasium und Hessenkolleg

(1) Abendgymnasien und Hessenkollegs bieten einen eigenständigen Weg zum Erwerb der allgemeinen Hochschulreife, die zum Übergang in den Hochschulbereich berechtigt. Ihr Besuch dauert in der Regel drei Jahre, beim Besuch eines Vorkurses in der Regel bis zu vier Jahre.

(2) Die Studierenden werden im Anschluss an eine Einführungsphase, die in der Regel ein Schuljahr dauert, in einem Kurssystem unterrichtet, das die Kombination von Grund- und Leistungskursen ermöglicht. Die Regelungen des vierten Abschnittes gelten sinngemäß. Bei der Vermittlung einer auf den verschiedenen Aufgabenfeldern aufbauenden Grundbildung ist die Berufs- und Sozialerfahrung der Studierenden einzubeziehen, über die diese aufgrund ihrer mehrjährigen Berufstätigkeit verfügen. Die Auflagen nach § 35 Abs. 2 können den besonderen Bedingungen des Bildungsganges entsprechend verändert werden.

(3) In Abendgymnasium und Hessenkolleg können Studierende aufgenommen werden, die bei Eintritt in die Einführungsphase mindestens 18 Jahre alt sind und eine Berufsausbildung abgeschlossen haben oder eine mindestens dreijährige Berufstätigkeit nachweisen können. Die Führung eines Familienhaushalts ist der Berufstätigkeit gleichgestellt. Eine durch Bescheinigung der Agentur für Arbeit nachgewiesene Arbeitslosigkeit kann bis zu einem Jahr berücksichtigt werden. Die Aufnahme in das Abendgymnasium und das Hessenkolleg setzt den Hauptschulabschluss (§ 16 Abs. 3) voraus.

(4) Studierende des Abendgymnasiums müssen mit Ausnahme der letzten drei Schulhalbjahre berufstätig sein. Studierende des Hessenkollegs dürfen keine berufliche Tätigkeit ausüben.

§ 48

Nähere Ausgestaltung der Schulen für Erwachsene

Die nähere inhaltliche und organisatorische Ausgestaltung der Abendhauptschulen, der Abendrealschulen, der Abendgymnasien und der Hessenkollegs erfolgt durch Rechtsverordnung; dabei sind die besonderen pädagogischen Bedingungen der Schulen für Erwachsene zu berücksichtigen.

§ 49

Erwerb der allgemeinen Hochschulreife für besonders befähigte Berufstätige

Besonders befähigte Berufstätige, die nach längerer Berufstätigkeit für ein Studium bedeutsame Kenntnisse und Fähigkeiten erworben haben und denen ein schulischer Bildungsgang oder die Teilnahme an der Abiturprüfung für Nichtschülerinnen und -schüler nicht zugemutet werden kann, können die allgemeine Hochschulreife durch eine besondere Prüfung erwerben. Die Teilnahme an dieser Prüfung kann von einer Altersbegrenzung und einer Mindestzeit für den Aufenthalt in Hessen zur Vorbereitung auf sie abhängig gemacht werden.

Siebter Abschnitt

Sonderpädagogische Förderung

§ 50

Anspruch auf sonderpädagogische Förderung

(1) Kinder und Jugendliche, die zur Gewährleistung ihrer körperlichen, sozialen und emotionalen sowie kognitiven Entwicklung in der Schule sonderpädagogischer Hilfen bedürfen, haben einen Anspruch auf sonderpädagogische Förderung.

(2) Den sich aus diesem Anspruch ergebenden sonderpädagogischen Förderbedarf erfüllen in der Regel die allgemeinbildenden und beruflichen Schulen (allgemeine Schulen). Dem Wunsch der Eltern auf sonderpädagogische Förderung in Förderschulen in ihren verschiedenen Formen ist Rechnung zu tragen. Die sonderpädagogische Förderung erfolgt für jede Schülerin und jeden Schüler auf der Grundlage eines individuellen Förderplans.

§ 51

Prävention, Inklusion, Rehabilitation

(1) Die allgemeinen Schulen und die Förderschulen haben den gemeinsamen Auftrag, bei der Rehabilitation und Inklusion der Kinder und Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf in die Gesellschaft mitzuwirken und dabei mit den Behörden und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe und den Trägern der Sozialhilfe zusammenzuarbeiten. Dabei haben die sonderpädagogischen Beratungs- und Förderzentren, die nach § 54 Abs. 2 an

Förderschulen eingerichtet worden sind, besondere Bedeutung. Der Erfüllung des Auftrags dienen insbesondere Maßnahmen der Prävention und Minderung von Beeinträchtigungen in der allgemeinen Schule. Sie sind in Zusammenarbeit von allgemeiner Schule und Förderschule zu entwickeln.

(2) Zu den vorbeugenden Maßnahmen gehören Fördersysteme wie zum Beispiel Kleinklassen für Erziehungshilfe und Sprachheilklassen. Die Kleinklasse ist die flexible Organisationsform, in der die besondere Förderung einzeln oder gemeinsam in Lerngruppen erfolgt. Der Schulträger legt im Schulentwicklungsplan (§ 155) dem voraussichtlichen öffentlichen Bedürfnis entsprechend fest, in welcher Zahl Kleinklassen für Erziehungshilfe oder Sprachheilklassen eingerichtet und unterhalten werden. Das Staatliche Schulamt entscheidet jährlich im Benehmen mit dem Schulträger nach der Zahl und den regionalen Schwerpunkten der in der Maßnahme erfassten Schülerinnen und Schüler sowie nach den personellen Möglichkeiten, an welchen Schulen Kleinklassen für Erziehungshilfe und Sprachheilklassen angeboten werden.

§ 52

Inklusiver Unterricht in der allgemeinen Schule

(1) Inklusiver Unterricht von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf und ohne diesen Förderbedarf findet in der allgemeinen Schule in enger Zusammenarbeit mit den Förderzentren statt. Bei der Planung und Durchführung des inklusiven Unterrichts wirken alle beteiligten Lehrkräfte in einem der jeweiligen Art und Schwere der Behinderung angemessenen Umfang zusammen.

(2) Formen des inklusiven Unterrichts für Schülerinnen und Schüler mit praktischer Bildbarkeit oder Lernhilfebedarf in der Mittelstufe (Sekundarstufe I) der allgemeinen Schule sind die umfassende Eingliederung (integratives Angebot) und die teilweise Eingliederung in die allgemeine Schule (teilintegratives Angebot).

§ 53

Besonderer Unterricht in der Berufsschule

In der Berufsschule kann der Bedarf an sonderpädagogischer Förderung außer in den Formen des inklusiven Unterrichts in der Regelklasse in Bildungsgängen erfüllt werden, die auf eine Berufsausbildung oder eine Berufstätigkeit vorbereiten oder für einen Beruf qualifizieren.

§ 54

Förderschulen und Förderzentren

(1) Die Förderschulen sind Einrichtungen für Schülerinnen und Schüler, die auf Dauer oder für einen längeren Zeitraum einer sonderpädagogischen Förderung bedürfen. In ihnen sind pädagogische Hilfen auch zur Erleichterung des Übergangs ihrer Schülerinnen und Schüler in die allgemeinen Schulen zu geben. Die Beratung der allgemeinen Schulen in sonderpädagogischen Fragen ist Bestandteil sonderpädagogischer Förderung und gehört zu den Aufgaben der Förderschulen. Die Förderschulen können entsprechend dem regionalen Bedarf als eigenständige Schulen oder als Zweige, Abteilungen oder Klassen allgemeiner Schulen geführt werden. Berufsschulen können als eigenständige Förderschulen nur geführt werden, wenn besondere Formen überregionaler Berufsausbildung eine Beschulung in enger Verbindung mit der Ausbildungsstätte erforderlich machen.

(2) Sonderpädagogische Beratungs- und Förderzentren übernehmen Aufgaben der Beratung und der ambulanten sonderpädagogischen Förderung in den allgemeinen Schulen. Sie sollen mit den Beratungsstellen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe zusammenarbeiten. Über die Einrichtung eines sonderpädagogischen Beratungs- und Förderzentrums entscheidet das Kultusministerium im Benehmen mit dem Schulträger.

(3) Zwischen der Förderschule und der allgemeinen Schule können Formen der Kooperation entwickelt werden, in denen das Kind Schülerin oder Schüler der Förderschule bleibt (kooperatives Angebot).

(4) Mit Ausnahme der Schule für Kranke beginnen eigenständige Förderschulen in der Regel mit Jahrgang 5. Sie unterscheiden sich in Formen mit einer der allgemeinen Schule der Mittelstufe (Sekundarstufe I) entsprechenden Zielsetzung und in Formen mit abweichender Zielsetzung. Formen mit entsprechender Zielsetzung sind die Sprachheilschulen sowie die Schulen für Körperbehinderte, Hörgeschädigte, Sehbehinderte, Blinde, Kranke und die Schulen für Erziehungshilfe mit Ausnahme der Abteilungen für Lernhilfe und für praktisch Bildbare. Sie bieten in einer den Anforderungen der jeweiligen Behinderung entsprechenden Unterrichtsorganisation die Bildungsgänge der allgemeinen Schule an.

(5) Formen abweichender Zielsetzung sind die Schule für Lernhilfe und die Schule für praktisch Bildbare. Aufgabe der Schule für Lernhilfe ist es, Kinder und Jugendliche, die aufgrund einer erheblichen und lang andauernden Lernbeeinträchtigung sonderpädagogischer Förderung bedürfen, zum Abschluss der Schule für Lernhilfe zu führen, soweit nicht der Übergang in eine allgemeine Schule möglich ist. Aufgabe der Schule für praktisch Bildbare ist es, geistig behinderte Kinder und Jugendliche zu befähigen, sich als Person zu verwirklichen, Umwelt zu erleben, sich in sozialen Bezügen zu orientieren, bei ihrer Gestaltung mitzuwirken und zur eigenen Existenzsicherung beizutragen.

§ 55

Entscheidungsverfahren

(1) Auf Antrag der Eltern oder der allgemeinen Schule stellt das Staatliche Schulamt den sonderpädagogischen Förderbedarf fest. Der Antrag der allgemeinen Schule muss den Förderbedarf begründen und die bisherigen vorbeugenden Maßnahmen darstellen; er kann ohne sonderpädagogische Überprüfung zurückgewiesen werden, wenn weitere vorbeugende Maßnahmen ausreichend und der allgemeinen Schule möglich sind.

(2) Grundlage der Entscheidung über Art, Umfang und Dauer des sonderpädagogischen Förderbedarfs und über die Voraussetzungen für einen angemessenen Unterricht sind eine sonderpädagogische Überprüfung durch eine Förderschullehrerin oder einen Förderschullehrer, bei Bedarf eine schulärztliche Untersuchung und in Zweifelsfällen eine schulpsychologische Untersuchung. Das sonderpädagogische Überprüfungsverfahren kann mit Einverständnis der Eltern entfallen. Die Entscheidung wird in diesem Fall auf der Grundlage diagnostischer Unterlagen aus vorbeugenden Maßnahmen, aus dem Bereich vorschulischer Förderung und, wenn erforderlich, des schulärztlichen Gutachtens getroffen. Die Eltern sind im Entscheidungsverfahren umfassend zu beraten; darin erstellte Gutachten sind ihnen in einer Ausfertigung auszuhändigen. Der Widerspruch und die Anfechtungsklage gegen eine Entscheidung nach diesem Absatz haben keine aufschiebende Wirkung.

(3) Die Eltern entscheiden darüber, ob ihr Kind die allgemeine Schule oder die Förderschule besucht. Ihr Wahlrecht umfasst für Schülerinnen und Schüler mit praktischer Bildbarkeit oder Lernhilfebedarf (§ 54 Abs. 5) auch die Wahl zwischen integrativen, teilintegrativen oder kooperativen Angeboten im Rahmen des regionalen Schulangebots (§ 52 Abs. 2 und § 54 Abs. 3).

(4) Das Staatliche Schulamt bestimmt die zuständige Förderschule, wenn sich die Eltern für deren Besuch entschieden haben. Das Staatliche Schulamt entscheidet ferner im Rahmen der personellen Voraussetzungen über die Gewährung von Sonderunterricht, wenn Schülerinnen oder Schüler auf Dauer oder für eine längere Zeit zum Besuch einer Schule nicht fähig sind oder auch in einer Förderschule nicht gefördert werden können.

(5) Auf Antrag der Eltern bestellt das Staatliche Schulamt für die Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf einen Förderausschuss; ihm gehören an

1. die Fachberaterin oder der Fachberater für die sonderpädagogische Förderung oder eine vom Staatlichen Schulamt Beauftragte oder ein Beauftragter mit der Wahrnehmung des Vorsitzes,
2. eine Lehrerin oder ein Lehrer der allgemeinen Schule,
3. eine Lehrerin oder ein Lehrer der Förderschule,
4. jeweils die Eltern des Kindes,

5. eine Lehrerin oder ein Lehrer für den herkunftssprachlichen Unterricht mit beratender Stimme, wenn ein Kind ausländischer Eltern an diesem Unterricht teilgenommen hat oder teilnimmt,
6. eine Vertreterin oder ein Vertreter aus dem Bereich der Frühförderung oder des Kindergartens mit beratender Stimme, wenn das Kind eine Einrichtung dieser Art besucht hat,
7. eine Vertreterin oder ein Vertreter des Schulträgers mit beratender Stimme, wenn der inklusive Unterricht besondere räumliche und sächliche Leistungen erfordert.

(6) Der Förderausschuss gibt dem Staatlichen Schulamt eine Empfehlung über einen dem festgestellten Förderbedarf angemessenen Unterricht. Er hat ferner die Aufgabe, die allgemeine Schule bei der Förderung der Schülerin oder des Schülers mit sonderpädagogischem Förderbedarf zu beraten und den schulischen Bildungsweg zu begleiten.

§ 56

Nähere Ausgestaltung der sonderpädagogischen Förderung

Die nähere Ausgestaltung der sonderpädagogischen Förderung erfolgt durch Rechtsverordnung.

VIERTER TEIL

Schulpflicht

Erster Abschnitt

Grundsätzliches

§ 57

Begründung der Schulpflicht

(1) Schulpflicht besteht für alle Kinder, Jugendlichen und Heranwachsenden, die im Lande Hessen ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt oder ihre Ausbildungs- oder Arbeitsstätte haben.

(2) Die Schulpflicht ist durch den Besuch einer deutschen Schule zu erfüllen. Ausländische Schülerinnen und Schüler können die Schulpflicht auch an als Ergänzungsschulen staatlich anerkannten Schulen in freier Trägerschaft erfüllen, die auf das Internationale Baccalaureat oder Abschlüsse eines Mitgliedsstaates der Europäischen Union vorbereiten. Über Ausnahmen entscheidet das Staatliche Schulamt. Sie setzen einen wichtigen Grund voraus.

(3) Schülerinnen und Schülern, die außerhalb des Landes Hessen schulpflichtig waren und nach den dort geltenden Bestimmungen die Schulpflicht erfüllt haben, wird die Zeit der Erfüllung auf die Schulpflichtzeit nach diesem Gesetz angerechnet. Lässt sich die Dauer des Schulbesuchs nicht hinreichend sicher feststellen, wird die Dauer der noch verbleibenden Vollzeitschulfrist nach dem Lebensalter festgelegt.

(4) Völkerrechtliche Abkommen und zwischenstaatliche Vereinbarungen bleiben unberührt.

(5) Die Schulpflicht besteht für Kinder von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern und alleinstehende Kinder und Jugendliche, die einen Asylantrag gestellt haben, sobald sie einer Gemeinde zugewiesen sind und solange ihr Aufenthalt gestattet ist. Für ausreisepflichtige ausländische Kinder und Jugendliche besteht die Schulpflicht bis zur Erfüllung ihrer Ausreisepflicht. Im Übrigen unterliegen Kinder von Ausländerinnen und Ausländern der Schulpflicht, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 vorliegen.

§ 58

Schuljahr

Das Schuljahr beginnt am 1. August und endet am 31. Juli des folgenden Kalenderjahres. Satz 1 gilt auch für Ersatzschulen.

Zweiter Abschnitt Vollzeitschulpflicht

§ 59

Beginn der Vollzeitschulpflicht

(1) Für alle Kinder, die bis zum 30. Juni das sechste Lebensjahr vollenden, beginnt die Schulpflicht am 1. August. Diese sind in den Monaten März/April des Jahres, das dem Beginn der Schulpflicht vorausgeht, zum Schulbesuch anzumelden, dabei sind die deutschen Sprachkenntnisse festzustellen. Kinder, die nach dem 30. Juni das sechste Lebensjahr vollenden, können auf Antrag der Eltern in die Schule aufgenommen werden. Die Entscheidung trifft die Schulleiterin oder der Schulleiter unter Berücksichtigung des schulärztlichen Gutachtens. Die Schulpflicht beginnt mit der Einschulung. Bei Kindern, die nach dem 31. Dezember das sechste Lebensjahr vollenden, kann die Aufnahme vom Ergebnis einer zusätzlichen schulpsychologischen Überprüfung der geistigen und seelischen Entwicklung abhängig gemacht werden. Für diese Kinder kann die Schule einen zweiten Einschulungstermin zum Beginn des zweiten Schulhalbjahrs vorsehen. Die Entscheidung hierüber trifft die Schulkonferenz.

(2) Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf, die bis zum 30. Juni das vierte Lebensjahr vollenden, können auf Antrag der Eltern in Förderklassen aufgenommen werden, wenn zu erwarten ist, dass sich die frühzeitig einsetzende sonderpädagogische Förderung auf ihre Entwicklung günstig auswirkt.

(3) Schulpflichtige Kinder, die nicht über hinreichende deutsche Sprachkenntnisse verfügen, haben Anspruch auf schulische Sprachförderung zur Erlangung ausreichender Sprachkenntnisse, um erfolgreich im Unterricht mitarbeiten zu können.

§ 60

Dauer der Vollzeitschulpflicht

(1) Die Vollzeitschulpflicht dauert neun Jahre. Sie endet spätestens mit dem erfolgreichen Besuch der Jahrgangsstufe 9.

(2) Für Schülerinnen und Schüler, die den Hauptschulabschluss nicht erreicht haben, verlängert sich die Vollzeitschulpflicht um ein Jahr. Auf Antrag der Eltern kann die Schule die Vollzeitschulpflicht in besonderen Fällen um ein weiteres Jahr verlängern, wenn begründete Aussicht besteht, dass durch den weiteren Schulbesuch der Abschluss erreicht wird.

(3) Für Jugendliche, die nach dem Ende der Vollzeitschulpflicht (Abs. 1) weder eine weiterführende Schule besuchen noch in ein Ausbildungsverhältnis im Sinne des Berufsbildungsgesetzes oder in eine Maßnahme der Bundesagentur für Arbeit von einjähriger Dauer eintreten, wird die Vollzeitschulpflicht um ein Jahr verlängert.

§ 61

Erfüllung der Vollzeitschulpflicht

(1) Die Vollzeitschulpflicht wird durch den Besuch einer öffentlichen Schule der Grund- und Mittelstufe (Primar- und Sekundarstufe I) erfüllt.

(2) Die Vollzeitschulpflicht kann durch den Besuch einer Ersatzschule erfüllt werden. Anderweitiger Unterricht außerhalb der Schule darf nur aus zwingenden Gründen vom Staatlichen Schulamt gestattet werden.

(3) Die nach § 60 Abs. 3 verlängerte Vollzeitschulpflicht kann durch den Besuch einer Schule im Bereich der Mittelstufe (Sekundarstufe I) oder einer beruflichen Vollzeitschule erfüllt werden.

(4) In der Grundstufe (Primarstufe) haben die Schülerinnen und Schüler die Schulpflicht durch den Besuch der Grundschule zu erfüllen, in deren Schulbezirk (§ 151 Abs. 1) sie wohnen.

§ 62

Erfüllung der Vollzeitschulpflicht bei sonderpädagogischem Förderbedarf

(1) Kinder und Jugendliche mit sonderpädagogischem Förderbedarf erfüllen die Vollzeitschulpflicht durch den Besuch der allgemeinen Schule oder der Förderschule.

(2) Für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf kann die Schulpflicht nach Anhörung der Eltern bis zur Dauer von insgesamt drei Jahren verlängert werden, wenn anzunehmen ist, dass sie dadurch dem angestrebten Abschluss näher gebracht werden können. Diesen Schülerinnen und Schülern ist auf Antrag zu gestatten, die Schule auch über die Beendigung der Vollzeitschulpflicht hinaus bis zu zwei weiteren Jahren zu besuchen.

Dritter Abschnitt
Berufsschulpflicht

§63

Beginn und Dauer der Berufsschulpflicht

(1) Die Berufsschulpflicht beginnt nach der Beendigung der Vollzeitschulpflicht mit dem Ausscheiden aus einer Vollzeitschule und mit dem Eintritt in ein Ausbildungsverhältnis.

(2) Auszubildende, die in einem Ausbildungsverhältnis im Sinne des Berufsbildungsgesetzes stehen, sind für die Dauer des Ausbildungsverhältnisses berufsschulpflichtig.

(3) Jugendliche, die in keinem Ausbildungsverhältnis stehen, sind nach Erfüllung der verlängerten Vollzeitschulpflicht für die Dauer von drei Jahren, längstens bis zum Ende des Schulhalbjahres, in dem sie das 18. Lebensjahr vollenden, zum Besuch der Berufsschule verpflichtet. Auf Antrag können sie von der Schulleiterin oder dem Schulleiter aus wichtigem Grund, insbesondere zur Aufnahme einer Berufstätigkeit, von der Pflicht zum Besuch der Berufsschule befreit werden, sofern sie die verlängerte Vollzeitschulpflicht durch den Besuch einer beruflichen Vollzeitschule erfüllt haben (§ 63 Abs. 3). Sie sind nach Vollendung des 18. Lebensjahres zum weiteren Besuch der Berufsschule berechtigt.

(4) Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Umschulungsmaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit mit einem Umschulungsvertrag sind für die Dauer der Maßnahmen zum Besuch der Berufsschule berechtigt.

(5) Die Berufsschulpflicht entfällt oder endet vorzeitig am Ende des Schulhalbjahres, wenn das Kultusministerium für bestimmte Gruppen von Berufsschulpflichtigen oder wenn das Staatliche Schulamt im Einzelfall feststellt, dass eine gleichwertige Ausbildung den Besuch der Berufsschule entbehrlich macht.

(6) Die Berufsschulpflicht ruht für die Dauer des Wehr- und Zivildienstes oder eines freiwilligen sozialen Jahres. Sie kann für die Dauer des Besuchs einer Bildungseinrichtung ruhen; die Entscheidung darüber trifft die Schulleiterin oder der Schulleiter.

§ 64

Erfüllung der Berufsschulpflicht

(1) Die Berufsschulpflicht ist durch den Besuch der Berufsschule zu erfüllen, in deren Schulbezirk (§ 151 Abs. 2 und 4 bis 6) der Beschäftigungsort liegt, bei berufsschulpflichtigen Behinderten im Arbeitstrainingsbereich der Ort der Werkstätte. Bei Berufsschulberechtigten ohne Ausbildungsverhältnis ist der Wohnort, bei Berufsschulberechtigten in Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit der Maßnahmeort maßgebend.

(2) Die Berufsschulpflicht kann durch den Besuch von Schulen oder Lehrgängen, die vom Kultusministerium erforderlichenfalls nach Anhörung des zuständigen Fachministeriums als Ersatz für den Berufsschulunterricht anerkannt worden sind, erfüllt werden.

(3) Sofern in Hessen für einen Ausbildungsberuf kein entsprechender Unterricht angeboten wird und die Berufsschulpflicht nicht nach Abs. 2 erfüllt wird, wird sie durch den Besuch der in Hessen nächstgelegenen Berufsschule mit einem für den Ausbildungsberuf förderlichen Unterrichtsangebot erfüllt. Die zu besuchende Schule bestimmt das für den Beschäftigungsort der oder des Berufsschulpflichtigen zuständige Staatliche Schulamt.

§ 65

Erfüllung der Berufsschulpflicht bei sonderpädagogischem Förderbedarf

(1) Jugendliche mit sonderpädagogischem Förderbedarf erfüllen die Berufsschulpflicht durch den Besuch der Berufsschule in der Regelklasse oder in Bildungsgängen, die auf eine Berufsausbildung oder eine Berufstätigkeit vorbereiten oder für einen Beruf qualifizieren. Die Berufsschulpflicht kann durch den Besuch von Förderberufsschulen erfüllt werden.

(2) Auf Antrag der Schülerin oder des Schülers oder der Eltern kann die Berufsschulpflicht bis zur Dauer von zwei Jahren verlängert werden, wenn anzunehmen ist, dass dadurch eine berufliche Förderung ermöglicht wird. Die Entscheidung darüber trifft die Schulleiterin oder der Schulleiter.

Vierter Abschnitt Gemeinsame Bestimmungen

§ 66

Ruhen der Schulpflicht

(1) Die Schulpflicht ruht auf Antrag für eine Schülerin mindestens vier Monate vor und drei Monate nach einer Niederkunft. Die Schulpflicht ruht ferner, wenn bei Erfüllung der Schulpflicht die Betreuung eines Kindes der oder des Schulpflichtigen gefährdet wäre. Über den Antrag entscheidet die Schulleiterin oder der Schulleiter.

(2) Für Kinder und Jugendliche, die auch in einer Förderschule oder durch Sonderunterricht nicht gefördert werden können, kann die Schulpflicht vorübergehend oder ausnahmsweise auf Dauer ruhen. Hierüber entscheidet das Staatliche Schulamt nach Anhörung der Eltern aufgrund eines pädagogisch-psychologischen und eines schulärztlichen Gutachtens. Das Staatliche Schulamt kann anordnen, dass die Schulpflicht für die Dauer des Entscheidungsverfahrens vorläufig ruht, wenn es die Aufrechterhaltung des Schul- oder Unterrichtsbetriebs oder die Sicherheit von Personen erfordert. Es unterrichtet die Jugend- und Sozialbehörden.

§ 67

Gestattungen

Das Staatliche Schulamt kann im Einvernehmen mit dem Schulträger aus wichtigem Grund den Besuch einer anderen als der nach § 61 Abs. 4 oder § 64 örtlich zuständigen Schule gestatten, insbesondere wenn

1. die zuständige Schule aufgrund der Verkehrsverhältnisse nur unter besonderen Schwierigkeiten zu erreichen ist,
2. der Besuch einer anderen Schule der oder dem Schulpflichtigen die Wahrnehmung des Berufsausbildungs- oder Arbeitsverhältnisses erheblich erleichtern würde,
3. gewichtige pädagogische Gründe hierfür sprechen oder
4. besondere soziale Umstände vorliegen

und wenn die Aufnahmekapazität der anderen Schule nicht erschöpft ist.

§ 68

Überwachung der Schulpflicht

(1) Die Eltern sind dafür verantwortlich, dass die Schulpflichtigen am Unterricht und an den Unterrichtsveranstaltungen der Schule regelmäßig teilnehmen. Sie sind verpflichtet, die Schulpflichtigen bei der zuständigen Schule an- und abzumelden und sie für den Schulbesuch angemessen auszustatten.

(2) Kann nach dem Besuch der Grundschule eine Entscheidung der Eltern darüber, welche Schule besucht werden soll, nicht herbeigeführt werden,

bestimmt das Staatliche Schulamt, an welcher Schule die Schülerin oder der Schüler die Vollzeitschulpflicht erfüllt.

(3) Auszubildende oder Arbeitgeber sowie die in den Dienststellen hierfür Bevollmächtigten haben die in einem Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnis stehenden Berufsschulpflichtigen an- und abzumelden, ihnen die zur Erfüllung der Schulpflicht erforderliche Zeit zu gewähren und sie zur Erfüllung der Schulpflicht anzuhalten.

§ 69 Schulzwang

Wer seiner Schulpflicht nicht nachkommt, kann der Schule zwangsweise zugeführt werden, wenn andere pädagogische Mittel, insbesondere persönliche Beratung, Hinweise an die Eltern, die Kinder- und Jugendhilfe, den Auszubildenden und den Arbeitgeber oder gemeinsame Gespräche der Beteiligten erfolglos geblieben sind. Die Entscheidung über die zwangsweise Zuführung trifft die Schulleiterin oder der Schulleiter im Einvernehmen mit dem Staatlichen Schulamt. Bei der Zuführung kann die Hilfe der für den Wohnsitz, für den gewöhnlichen Aufenthalt oder für den Beschäftigungsort der oder des Schulpflichtigen örtlich zuständigen Verwaltungsbehörde (Gemeindevorstand) in Anspruch genommen werden.

FÜNFTER TEIL **Schulverhältnis**

Erster Abschnitt Allgemeine Bestimmungen

§ 70 Rechte und Pflichten aus dem Schulverhältnis

(1) Mit der Aufnahme einer Schülerin oder eines Schülers in eine öffentliche Schule wird ein öffentlich-rechtliches Schulverhältnis begründet.

(2) Die Schülerinnen und Schüler haben Anspruch auf Unterricht nach Maßgabe der Stundentafeln im Rahmen der personellen, sächlichen und fachspezifischen Möglichkeiten der Schule. Ihnen stehen Ferien in pädagogisch sinnvollen Abständen zu. Beginn und Ende des Unterrichts im Schuljahr und die Aufteilung der Gesamtdauer der Ferien in einzelne zusammenhängende Abschnitte legt das Kultusministerium fest. Satz 1 und 2 gelten auch für Ersatzschulen.

(3) Aus besonderen Gründen können Schülerinnen und Schüler vom Unterricht beurlaubt werden. Nähere Regelungen über Beurlaubungen und Schulversäumnisse trifft das Kultusministerium.

(4) Die Schülerinnen und Schüler sind insbesondere verpflichtet, regelmäßig am Unterricht und den pflichtmäßigen Schulveranstaltungen teilzunehmen, die erforderlichen Arbeiten anzufertigen und die Hausaufgaben zu erledigen. Sie haben die Weisungen der Lehrkräfte zu befolgen, die dazu bestimmt sind, das Bildungs- und Erziehungsziel der Schule zu erreichen und die Ordnung in der Schule aufrechtzuerhalten. Bei minderjährigen Schülerinnen und Schülern sind neben diesen auch die Eltern dafür verantwortlich; die Pflichten der Auszubildenden und Arbeitgeber bei Berufsschülerinnen und -schülern bleiben unberührt.

(5) Neben den Pflichten nach Abs. 4 besteht die Pflicht zur Teilnahme an Tests, Befragungen oder Erhebungen, wenn diese für Untersuchungen zur Evaluation nach § 99 und § 133 Abs. 3 geeignet und erforderlich sind. Die Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern sind über die wesentlichen Ergebnisse der Evaluation zu informieren.

§ 71 Aufnahme in die Schule

(1) Mit Beginn der Schulpflicht besteht nach Maßgabe der Zugangsregelungen, die durch oder aufgrund dieses Gesetzes festgelegt worden sind, Anspruch auf Aufnahme in eine Schule des Schulträgers, in dessen Gebiet die Schülerin oder der Schüler den gewöhnlichen Aufenthalt hat. Bestehen im

Gebiet eines Schulträgers mehrere weiterführende Schulen desselben Bildungsganges, kann die Aufnahme in eine bestimmte Schule nicht beansprucht werden. Gibt es im Gebiet des Schulträgers keine Schule des gewählten Bildungsganges, besteht Anspruch auf Aufnahme in eine entsprechende Schule eines anderen Schulträgers.

(2) Die Aufnahme in eine Schule kann abgelehnt werden, wenn die Zahl der Anmeldungen ihre Aufnahmekapazität überschreitet oder niedriger als der für die Bildung einer Klasse oder Gruppe festgelegte Mindestwert liegt.

(3) Bei der Entscheidung über die Aufnahme sind vorrangig die Schülerinnen und Schüler zu berücksichtigen,

1. die an ihrem Wohnort oder in dessen Umgebung keine angemessene schulische Ausbildungsmöglichkeit haben oder
2. die aufgrund der Verkehrsverhältnisse die für sie in Betracht kommende Schule nur unter erheblichen Schwierigkeiten erreichen können oder
3. bei denen besondere soziale Umstände vorliegen oder
4. deren Eltern eine bestimmte Sprachenfolge oder den Besuch einer Schule mit einem vom Kultusministerium bestätigten besonderen Schwerpunkt wünschen.

(4) Voraussetzungen und Verfahren für die Aufnahme in eine Schule werden durch Rechtsverordnung näher geregelt. Es sind insbesondere

1. die Kriterien und das Verfahren zu bestimmen, nach denen das Staatliche Schulamt auf Antrag des Schulträgers oder im Einvernehmen mit ihm die Aufnahmekapazität einer Schule festlegt; dabei sind insbesondere die im Schulentwicklungsplan vorgegebene Größe der Schule, die räumlichen Verhältnisse, die gleichmäßige Auslastung der Schulen und der gleichmäßige Einsatz der zur Verfügung stehenden Lehrkräfte zu berücksichtigen und die Unterrichts- und Erziehungsarbeit der Schule zu gewährleisten,
2. das Auswahlverfahren zu regeln, wenn die Zahl der Bewerberinnen oder Bewerber die Aufnahmekapazität der Schule übersteigt oder mit den Vorgaben des Staatlichen Schulamts zur Klassenbildung nicht vereinbar ist,
3. für die Aufnahme und schulische Eingliederung ausländischer Schülerinnen und Schüler sowie der Kinder von Aussiedlerinnen und Aussiedlern besondere Regelungen, vorrangig über den Nachweis hinreichender Kenntnisse der deutschen Sprache, zu erlassen; dabei kann auch die Pflicht zum Besuch eines schulischen Sprachkurses festgelegt werden,
4. die Aufnahme davon abhängig zu machen, dass ein für den jeweiligen Bildungsgang vertretbares Höchstalter nicht überschritten wird und bei beruflichen Schulen nach dem Ergebnis einer Untersuchung die körperliche Eignung für den Beruf gegeben ist, für den ausgebildet wird.

§ 72

Verpflichtung zu besonderen Untersuchungen

(1) Soweit zur Vorbereitung einer Entscheidung nach diesem Gesetz schulärztliche oder schulpsychologische Untersuchungen sowie sonderpädagogische Überprüfungen erforderlich werden, sind die Kinder, Jugendlichen und volljährigen Schülerinnen und Schüler verpflichtet, sich untersuchen zu lassen und an wissenschaftlich anerkannten Testverfahren teilzunehmen.

(2) Kinder und Jugendliche, ihre Eltern und volljährige Schülerinnen und Schüler haben die für die Untersuchungen erforderlichen Angaben zu machen. Kinder, Jugendliche und volljährige Schülerinnen und Schüler dürfen dabei in der Regel nicht befragt werden über Angelegenheiten, die ihre oder die Persönlichkeitssphäre ihrer Eltern oder Angehörigen betreffen.

(3) Jugendliche, ihre Eltern und volljährige Schülerinnen und Schüler sind über die Untersuchungen und Testverfahren vorher näher zu informieren. Ihnen ist Gelegenheit zur Besprechung der Ergebnisse und zur Einsicht in die Unterlagen zu geben.

- (4) Für Untersuchungen im Rahmen der Schulgesundheitspflege gelten Abs. 1 bis 3 entsprechend. Dabei können auch röntgenologische Untersuchungen sowie percutane und intracutane Tuberkuloseproben angeordnet werden.
- (5) Die nähere Ausgestaltung der Schulgesundheitspflege und die Zulassung der für sie erforderlichen Untersuchungen erfolgt durch Rechtsverordnung.
- (6) Diese Vorschriften gelten auch für die Schulen in freier Trägerschaft.

§ 73

Informationsrechte der Eltern und der Schülerinnen und Schüler

(1) Die Schülerinnen und Schüler und ihre Eltern sind in allen wichtigen Schulangelegenheiten zu informieren und zu beraten. Dazu gehören insbesondere

1. Aufbau und Gliederung der Schule und der Bildungsgänge,
2. die Übergänge zwischen den Bildungsgängen,
3. die Abschlüsse und Berechtigungen einschließlich der Zugänge zu den Berufen,
4. Grundzüge der Planung und Gestaltung des Unterrichts, Grundzüge der Unterrichtsinhalte und Unterrichtsziele sowie der Leistungsbewertung einschließlich Versetzung und Kurseinstufung.

(2) Die Information und Beratung der Eltern erfolgen in der Regel in den Elternversammlungen, bei den Schülerinnen und Schülern in der Regel im Rahmen des Unterrichts. Mit Zustimmung der Lehrerin oder des Lehrers und mit Einverständnis der Schulleiterin oder des Schulleiters können die Eltern in der Grundstufe (Primarstufe) und in der Mittelstufe (Sekundarstufe I) den Unterricht ihrer Kinder besuchen.

(3) Die Schulleiterin oder der Schulleiter sowie die Lehrerinnen und Lehrer sollen die Eltern und Schülerinnen und Schüler in angemessenem Umfang informieren und beraten über

1. die Lernentwicklung sowie das Arbeits- und Sozialverhalten der Schülerin oder des Schülers, insbesondere bei Lern- und Verhaltensstörungen,
2. die Leistungsbewertung einschließlich der Versetzungen und Kurseinstufungen sowie
3. die Wahl der Bildungsgänge.

(4) Die Eltern volljähriger Schülerinnen und Schüler sind bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres über wesentliche das Schulverhältnis betreffende Sachverhalte, insbesondere über Versetzungsgefährdungen und Nichtversetzungen sowie über Ordnungsmaßnahmen nach § 83 Abs. 2 Nr. 5 bis 8 und Abs. 8 zu informieren, sofern die volljährige Schülerin oder der volljährige Schüler dem nicht widersprochen hat. Über den Widerspruch werden die Eltern von der Schule informiert. Die Schülerinnen und Schüler sind auf diese Regelung hinzuweisen.

(5) Jugendliche, die Eltern und volljährige Schülerinnen und Schüler haben das Recht, Akten der Schule, Schulaufsichtsbehörden und des schulärztlichen Dienstes, in denen Daten über sie gespeichert sind, einzusehen. Die Einsichtnahme ist unzulässig, wenn die Daten der Betroffenen mit Daten Dritter derart verbunden sind, dass die Trennung nicht oder nur mit unverhältnismäßig großem Aufwand möglich ist. In diesem Fall ist den Betroffenen über die zu ihrer Person gespeicherten Daten Auskunft zu erteilen.

(6) Diese Vorschrift gilt auch für Schulen in freier Trägerschaft.

Zweiter Abschnitt Leistungsbewertung

§ 74

Bewertung der Leistungen und des Arbeits- und Sozialverhaltens

(1) Die Leistungen der Schülerinnen und Schüler werden durch Noten oder Punkte bewertet, soweit die Leistungen für die Erteilung von Zeugnissen und entsprechenden Nachweisen erheblich sind. Das Gleiche gilt für die

Beurteilung des Arbeits- und Sozialverhaltens der Schülerinnen und Schüler in Zeugnissen. Die Leistungsbewertung und die Beurteilung des Verhaltens können durch schriftliche Aussagen ergänzt oder ersetzt werden.

(2) Grundlage der Leistungsbeurteilung sind die mündlichen, schriftlichen, praktischen und sonstigen Leistungen, die die Schülerin oder der Schüler im Zusammenhang mit dem Unterricht erbracht hat. Für die Leistungsbewertung sind die im Unterricht vermittelten Kenntnisse und Fähigkeiten maßgebend; dabei ist die Lernentwicklung der Schülerin oder des Schülers zu berücksichtigen.

(3) Zuständig für die Bewertung einzelner Schülerleistungen und für die Gesamtbewertung der im Beurteilungszeitraum erbrachten Leistungen sind auch bei gemeinsamem Unterricht die Lehrerinnen und Lehrer, die die Schülerin oder den Schüler in dem jeweiligen Fach zuletzt unterrichtet haben. Die Beurteilung des Arbeits- und Sozialverhaltens erfolgt durch die Klassenkonferenz.

(4) Bei der Beurteilung durch Noten (Punkte) ist folgender Maßstab zugrunde zu legen:

1. sehr gut (15/14/13), wenn die Leistung den Anforderungen in besonderem Maße entspricht,
2. gut (12/11/10), wenn die Leistung den Anforderungen voll entspricht,
3. befriedigend (9/8/7), wenn die Leistung im Allgemeinen den Anforderungen entspricht,
4. ausreichend (6/5/4), wenn die Leistung zwar Mängel aufweist, aber im Ganzen den Anforderungen noch entspricht,
5. mangelhaft (3/2/1), wenn die Leistung den Anforderungen nicht entspricht, jedoch erkennen lässt, dass die notwendigen Grundkenntnisse vorhanden sind und die Mängel in absehbarer Zeit behoben werden können,
6. ungenügend (0), wenn die Leistung den Anforderungen nicht entspricht und selbst die Grundkenntnisse so lückenhaft sind, dass die Mängel in absehbarer Zeit nicht behoben werden können.

Ist eine Leistungsbewertung aus Gründen, die die Schülerin oder der Schüler zu vertreten hat, nicht möglich, so erhält sie oder er die Note ungenügend (0).

(5) Zur Feststellung des Lernerfolgs oder von Lerndefiziten können in den Schulen Leistungstests durchgeführt werden. Die Durchführung anderer Tests bedarf der Zustimmung der Eltern oder der volljährigen Schülerinnen und Schüler. Die Testergebnisse sind den Eltern oder den volljährigen Schülerinnen und Schülern auf Verlangen bekannt zu geben.

(6) Die Schulkonferenz kann beschließen, dass das Arbeits- und Sozialverhalten nicht durch Noten (Abs. 1 Satz 2) bewertet wird, sondern die Eltern und die Schülerinnen und Schüler in anderer Form informiert werden.

(7) Kriterien und Verfahren der Leistungsfeststellung und -bewertung werden durch Rechtsverordnung näher bestimmt; dabei kann vorgesehen werden, dass für einzelne Jahrgangsstufen oder Schulformen an die Stelle einer Leistungsbewertung durch Noten eine schriftliche Aussage über Leistungswillen, Lernentwicklung und Lernerfolg tritt oder eine Beurteilung des Arbeits- oder Sozialverhaltens entfällt.

§ 75 Zeugnisse

(1) Der Leistungsstand der Schülerinnen und Schüler wird unter Angabe der Leistungsbewertung in den einzelnen Fächern in Zeugnissen, schriftlichen Berichten oder in anderer, dem Bildungsgang entsprechender Form ausgewiesen.

(2) Ein allgemeines Zeugnis oder eine entsprechende Information der Eltern wird am Ende eines jeden Schulhalbjahres oder Ausbildungsabschnittes oder als Übergangszeugnis beim Verlassen der Schule erteilt.

(3) Ein Abschlusszeugnis ist zu erteilen, wenn die Abschlussklasse erfolgreich besucht, eine vorgesehene Abschlussprüfung abgelegt oder das Bildungsziel erreicht worden ist. Ist eine Abschlussprüfung nicht vorgesehen, so ist ein Abschlusszeugnis zu erteilen, wenn die Schülerin oder der Schüler bei entsprechender Anwendung der für die Versetzung geltenden Vorschriften zu versetzen wäre.

(4) Ein Abgangszeugnis ist zu erteilen, wenn die Schülerin oder der Schüler die Schule verlässt, ohne dass die in Abs. 3 genannten Voraussetzungen vorliegen.

(5) Die Zeugniserteilung wird durch Rechtsverordnung näher geregelt; dabei kann vorgesehen werden, dass ein Zeugnis nur am Ende eines Schuljahres erteilt wird.

§ 76

Versetzungen und Wiederholungen

(1) Soweit in diesem Gesetz oder aufgrund dieses Gesetzes nichts anderes bestimmt ist, wird die Schülerin oder der Schüler in die nächste Jahrgangsstufe versetzt, wenn

1. die Leistungen in allen Fächern mindestens mit ausreichend bewertet werden oder
2. trotz nicht ausreichender oder nicht erbrachter Leistungen in einzelnen Fächern eine erfolgreiche Teilnahme am Unterricht des nächst höheren Schuljahrgangs unter Berücksichtigung der Lernentwicklung der Schülerin oder des Schülers zu erwarten ist.

(2) Bei einer Nichtversetzung hat die Schülerin oder der Schüler dieselbe Jahrgangsstufe zu wiederholen. Bei zweimaliger Nichtversetzung in derselben Jahrgangsstufe oder in zwei aufeinander folgenden Jahrgangsstufen des Gymnasiums oder des entsprechenden Schulzweigs einer schulformbezogenen Gesamtschule hat die Schülerin oder der Schüler die besuchte Schule oder den besuchten Zweig zu verlassen. Sie oder er darf nicht in eine Schule desselben Bildungsganges aufgenommen werden; § 79 Abs. 1 Satz 3 bleibt unberührt.

(3) Über Versetzung oder Nichtversetzung entscheidet die Klassenkonferenz unter dem Vorsitz der Schulleiterin oder des Schulleiters.

(4) In einer allgemeinbildenden Schule können Schülerinnen und Schüler eine Jahrgangsstufe freiwillig wiederholen, wenn zu erwarten ist, dass sie dadurch in ihrer Lernentwicklung besser gefördert werden können. Die Entscheidung trifft auf Antrag der Eltern die Klassenkonferenz. Die Wiederholung ist nur zweimal während des Besuchs einer allgemeinbildenden Schule möglich, davon einmal in der gymnasialen Oberstufe. Wurde das Ziel des gewählten Bildungsganges nicht erreicht, so kann die letzte Jahrgangsstufe einmal wiederholt werden. In Ausnahmefällen ist eine zweite Wiederholung möglich, wenn besondere Gründe für das Versagen vorliegen und die hinreichende Aussicht besteht, dass das Ziel des Bildungsganges erreicht wird; darüber entscheidet die Klassenkonferenz, in den Fällen, in denen der Bildungsgang mit einer Prüfung abschließt, die Schulaufsichtsbehörde.

(5) Schülerinnen und Schüler können unter den Voraussetzungen des Abs. 4 Satz 1 und 2 eine Jahrgangsstufe überspringen. In besonderen Fällen kann auch die erste Jahrgangsstufe auf Antrag der Eltern mit Zustimmung der Schulleiterin oder des Schulleiters übersprungen werden. Die Schulleiterin oder der Schulleiter kann die Zustimmung nach Satz 2 vom Ergebnis einer Überprüfung durch eine Schulpsychologin oder einen Schulpsychologen abhängig machen.

(6) Die nähere Ausgestaltung der Versetzungen und Wiederholungen erfolgt durch Rechtsverordnung; dabei kann vorgesehen werden, dass für einzelne Jahrgangsstufen oder Schulformen

1. auf eine Versetzung verzichtet wird oder andere Zulassungsvoraussetzungen an deren Stelle treten,
2. eine nachträgliche Versetzung ermöglicht wird,
3. auf die Versetzungswirksamkeit einzelner Fächer verzichtet wird.

§ 77

Kurseinstufung

- (1) Wird in leistungsdifferenzierten Kursen unterrichtet, ist die Schülerin oder der Schüler in den Kurs einzustufen, in dem nach dem allgemeinen Lernverhalten und der fachbezogenen Leistungsentwicklung eine erfolgreiche Teilnahme und Förderung zu erwarten ist.
- (2) Über die Kurseinstufung entscheidet die Klassenkonferenz unter dem Vorsitz der Förderstufenleiterin oder des Förderstufenleiters, der Stufenleiterin oder des Stufenleiters oder der Schulleiterin oder des Schulleiters.
- (3) Das Verfahren der Kurseinstufung wird durch Rechtsverordnung näher geregelt.

Dritter Abschnitt Wahl des Bildungsganges und Abschlüsse

§ 78 Wahl des weiterführenden Bildungsganges

- (1) Die Wahl des Bildungsganges nach dem Besuch der Grundschule ist Sache der Eltern. Wird der Bildungsgang sowohl schulformbezogen als auch integriert in der erweiterten Realschule, der Integrierten Gesamtschule oder der Gemeinschaftsschule angeboten, können die Eltern zwischen beiden Formen wählen.
- (2) Die Eignung einer Schülerin oder eines Schülers für einen weiterführenden Bildungsgang ist gegeben, wenn bisherige Lernentwicklung, Leistungsstand und Arbeitshaltung eine erfolgreiche Teilnahme am Unterricht des gewählten Bildungsganges erwarten lassen.
- (3) Bei der Wahl des weiterführenden Bildungsganges haben die Eltern Anspruch auf eingehende Beratung. Die Klassenkonferenz spricht eine Empfehlung für die Wahl des weiterführenden Bildungsganges aus. Nach erfolgter Beratung und auf der Basis der Empfehlung der Klassenkonferenz teilen die Eltern ihre Entscheidung der Klassenlehrerin oder dem Klassenlehrer der abgehenden Jahrgangsstufe mit.
- (4) An Integrierten Gesamtschulen (§ 28) sind die Informations- und Entscheidungsrechte der Eltern bei der Ersteinstufung von Schülerinnen und Schülern in Fachleistungskurse den Vorschriften des Abs. 3 entsprechend zu wahren.

§ 79 Weitere Übergänge

- (1) Schülerinnen und Schüler können in dieselbe oder die nächst höhere Jahrgangsstufe eines anderen Bildungsganges übergehen. Der Übergang in einen Bildungsgang mit höheren Anforderungen setzt voraus, dass ihn die Klassenkonferenz der abgehenden Schule nach Maßgabe des § 78 Abs. 2 befürwortet. Für den Übergang in die gymnasiale Oberstufe und das berufliche Gymnasium nach Erwerb des mittleren Abschlusses (§ 16 Abs. 4) gilt Satz 2 entsprechend.
- (2) Schülerinnen und Schüler, die
 1. in den Bildungsgang der erweiterten Realschule oder in den gymnasialen Bildungsgang eintreten wollen, ohne unmittelbar vorher eine Schule besucht zu haben, oder die
 2. aus einer genehmigten Ersatzschule in eine öffentliche Schule oder staatlich anerkannte Ersatzschule übergehen wollen,haben sich in der Regel einem Überprüfungsverfahren zu unterziehen. Über sein Ergebnis entscheidet die Schulleiterin oder der Schulleiter nach Maßgabe des § 78 Abs. 2.
- (3) Der Übergang in die weiterführenden beruflichen Schulen ist möglich, wenn der mit den erworbenen schulischen Abschlüssen und Berechtigungen nachgewiesene Bildungs- und Leistungsstand eine erfolgreiche Teilnahme am Unterricht des gewählten Bildungsganges erwarten lassen. Eine Berufsausbildung oder eine dem Ausbildungsziel angemessene berufliche Tä-

tigkeit kann vorausgesetzt werden. Die Aufnahme kann zusätzlich davon abhängig gemacht werden, dass die bisher besuchte Schule den Übergang befürwortet oder die Schülerin oder der Schüler erfolgreich an einem Auswahlverfahren teilnimmt.

(4) Bei der Aufnahme einer Schülerin oder eines Schülers aus einem anderen Land der Bundesrepublik Deutschland ist von der Schuljahrgangs- und Kurseinstufung in dem anderen Land auszugehen.

§ 80 Prüfungen

(1) Soweit in diesem Gesetz oder aufgrund dieses Gesetzes Prüfungen vorgesehen sind, dienen sie dem Zweck, festzustellen, ob die Schülerin oder der Schüler den mit der Prüfung nachzuweisenden Leistungsstand erreicht hat; dabei können im Unterricht erbrachte Leistungen berücksichtigt werden. Prüfungsaufgaben werden auf der Grundlage der Lehrpläne festgelegt. Nicht erbrachte Prüfungsleistungen, die von der Schülerin oder dem Schüler zu vertreten sind, werden mit der Note ungenügend oder mit null Punkten bewertet.

(2) Prüfungen werden von Prüfungsausschüssen abgenommen. Mitglieder sind in der Regel an der Schule unterrichtende Lehrerinnen und Lehrer; sie sollen die Lehrbefähigung in den jeweiligen Prüfungsgebieten haben. Die Prüfungsausschüsse entscheiden mit Mehrheit über das Bestehen der Prüfung; bei Stimmgleichheit gibt die Stimme der Vorsitzenden oder des Vorsitzenden den Ausschlag. Eine Prüfung, die nicht bestanden ist, kann einmal, in Ausnahmefällen zweimal wiederholt werden; § 76 Abs. 5 gilt entsprechend. Die Wiederholung einer bestandenen Prüfung ist unzulässig.

(3) Nichtschülerinnen und -schülern ist zum Erwerb schulischer Abschlüsse die Ablegung entsprechender Prüfungen (Externenprüfung) zu ermöglichen. Bei Bestehen der Prüfung ist ein dem Abschlusszeugnis entsprechendes Zeugnis zu erteilen.

§ 81 Anerkennung von Abschlüssen

Bei der Bewertung der Abschlüsse und Berechtigungen, die außerhalb des Landes Hessen erworben wurden, ist von der Bewertung des Landes auszugehen, in dem sie erworben wurden. Sie bedürfen der Anerkennung durch das Kultusministerium; die Befugnis kann auf die Schulaufsichtsbehörden übertragen werden. Die Anerkennung darf nur versagt werden, wenn die Anforderungen an den Erwerb der Abschlüsse und Berechtigungen offensichtlich ungleichwertig sind gegenüber den Abschlüssen und Berechtigungen, die durch und aufgrund dieses Gesetzes geregelt sind. Die Vorschriften des Hochschulgesetzes in der jeweils geltenden Fassung über die Berechtigung zum Studium an einer Hochschule und Staatsverträge bleiben unberührt.

§ 82 Ermächtigung

Die nähere Ausführung des dritten Abschnitts erfolgt durch Rechtsverordnung; dabei ist insbesondere

1. das Verfahren bei der Wahl des Bildungsganges, die Einzelheiten des Übergangs in andere Bildungsgänge und in die gymnasiale Oberstufe und die Durchführung des Überprüfungsverfahrens näher zu regeln;
2. für Prüfungen festzulegen:
 - a) Zweck der Prüfung, Prüfungsgebiete, Prüfungsabschnitte, Teilprüfungen und Prüfungsanforderungen,
 - b) Zulassung zur Prüfung oder zu Teilen der Prüfung und Ermittlung der Prüfungsergebnisse; dabei kann auch festgelegt werden, dass
 - die Zulassung bestimmte im Unterricht erbrachte Leistungen voraussetzt,
 - eine Teilnehmerin oder ein Teilnehmer zu weiteren Prüfungsteilen nicht zugelassen wird, weil sie oder er aufgrund

- der Ergebnisse der durchgeführten Prüfungsteile die Prüfung nicht mehr bestehen kann,
- von einzelnen Prüfungsteilen nach Maßgabe der im Unterricht, in anderen Prüfungen oder Prüfungsteilen erbrachten Leistungen befreit werden kann,
 - im Unterricht erbrachte Leistungen auf das Prüfungsergebnis angerechnet werden,
- c) Zusammensetzung der Prüfungsausschüsse, Bestellung der Prüferinnen und Prüfer und Vorsitz bei Prüfungen,
 - d) das weitere Prüfungsverfahren,
 - e) Folgen einer Leistungsverweigerung und der Verwendung unerlaubter Hilfsmittel,
 - f) Berechtigungen, die durch die erfolgreich abgelegte Prüfung erworben werden, sowie die Erteilung von Prüfungszeugnissen,
 - g) Nichtschülerprüfungen; dabei kann vorgesehen werden, dass eine Prüfungsgebühr erhoben wird,
 - h) Ordnungen für außerschulische Prüfungen, sofern für diese Prüfungen ein öffentliches Bedürfnis besteht; dies schließt die Möglichkeit ein, außerschulische Prüfungen als schulische Prüfungen anzuerkennen, sofern Zulassungsvoraussetzungen, Umfang, Inhalt und Anforderungen den jeweiligen Prüfungen an öffentlichen Schulen entsprechen.

Vierter Abschnitt

Pädagogische Maßnahmen und Ordnungsmaßnahmen

§ 83

Pädagogische Maßnahmen und Ordnungsmaßnahmen

(1) Die Erfüllung des Bildungsauftrages der Schule ist vor allem durch pädagogische Maßnahmen zu gewährleisten, die der Entwicklung des Lern- und Leistungswillens der Schülerin oder des Schülers und der Bereitschaft zu verantwortlichem sozialen Handeln nach den Grundsätzen der Toleranz, der Gerechtigkeit und der Solidarität dienen sollen. Zu den pädagogischen Maßnahmen gehören insbesondere das Gespräch mit der Schülerin oder dem Schüler mit dem Ziel, eine Veränderung des Verhaltens zu erreichen, die Ermahnung, Gruppengespräche mit Schülerinnen und Schülern und Eltern, die formlose mündliche oder schriftliche Missbilligung des Fehlverhaltens, die Beauftragung mit Aufgaben, die geeignet sind, die Schülerin oder den Schüler das Fehlverhalten erkennen zu lassen, Nachholen schuldhaft versäumten Unterrichts nach vorheriger Benachrichtigung der Eltern und die zeitweise Wegnahme von Gegenständen, die den Unterricht oder die Ordnung der Schule stören oder stören können.

(2) Ordnungsmaßnahmen sind

1. Ausschluss vom Unterricht für den Rest des Schultages, erforderlichenfalls mit der Verpflichtung, am Unterricht einer anderen Klasse oder Lerngruppe teilzunehmen,
2. Ausschluss von besonderen Klassen- oder Schulveranstaltungen sowie vom Unterricht in Wahlfächern und freiwilligen Unterrichtsveranstaltungen,
3. Androhung der Zuweisung in eine Parallelklasse oder in eine andere Lerngruppe,
4. Zuweisung in eine Parallelklasse oder in eine andere Lerngruppe,
5. Androhung der Überweisung in eine andere Schule der gleichen Schulform,
6. Überweisung in eine andere Schule der gleichen Schulform,
7. Androhung der Verweisung von der besuchten Schule,
8. Verweisung von der besuchten Schule.

(3) Körperliche Züchtigung und andere herabsetzende Maßnahmen sind verboten.

(4) Ordnungsmaßnahmen sind nur zulässig, wenn

1. die Schülerin oder der Schüler in der Schule gegen eine Rechtsnorm, Verwaltungsanordnung oder die Schulordnung verstößt oder Anweisungen der Schulleiterin oder des Schulleiters, der Lehrerinnen und Lehrer oder sonstiger dazu befugter Personen nicht befolgt, sofern die Anweisungen zur Erfüllung des Unterrichts- und Erziehungsauftrags der Schule notwendig sind oder dem Schutz von Personen und Sachen dienen und pädagogische Maßnahmen und Mittel sich als wirkungslos erwiesen haben,
2. der Schutz von Personen und Sachen diese erfordert.

(5) Ordnungsmaßnahmen nach Abs. 2 Nr. 2 bis 4 dürfen nur bei erheblicher Störung des Schul- oder Unterrichtsbetriebs, bei Gefährdung der Sicherheit beteiligter Personen oder Verursachung erheblicher Sachschäden und dadurch bedingter Beeinträchtigung von Unterricht und Erziehung der Mitschülerinnen und -schüler angewendet werden. Ordnungsmaßnahmen nach Abs. 2 Nr. 5 bis 8 dürfen nur bei besonders schweren Störungen des Schul- oder Unterrichtsbetriebs oder schwerer Verletzung der Sicherheit beteiligter Personen und dadurch bedingter anhaltender Gefährdung von Unterricht und Erziehung der Mitschülerinnen und -schüler angewendet werden. Neben Maßnahmen des Straf-, Ordnungswidrigkeiten- oder Kinder- und Jugendhilferechts dürfen Ordnungsmaßnahmen nach Abs. 2 Nr. 5 bis 8 nur angewendet werden, wenn sie zusätzlich erforderlich sind und den Zwecken der anderen Maßnahmen nicht entgegenstehen.

(6) Die Anwendung von Ordnungsmaßnahmen soll so rechtzeitig erfolgen, dass der Bezug zum Fehlverhalten nicht verloren geht. Bei Entscheidungen über Ordnungsmaßnahmen ist das Verhalten der einzelnen Schülerin oder des einzelnen Schülers innerhalb der Schule maßgebend. Außerschulisches Verhalten der Schülerin oder des Schülers darf nur Gegenstand einer Ordnungsmaßnahme sein, soweit es sich auf den Schul- und Unterrichtsbetrieb unmittelbar störend auswirkt.

(7) Kommt eine Ordnungsmaßnahme nach Abs. 2 Nr. 5 bis 8 in Betracht, so kann die Schülerin oder der Schüler von der Schulleiterin oder dem Schulleiter vorläufig vom Unterricht und von sonstigen Schulveranstaltungen bis zur endgültigen Entscheidung, längstens aber bis zu vier Wochen, ausgeschlossen werden, wenn es die Aufrechterhaltung des Schul- oder Unterrichtsbetriebs oder die Sicherheit von Personen erfordert.

(8) Ordnungsmaßnahmen nach Abs. 2 Nr. 7 und 8 sind ferner bei nicht mehr vollzeitschulpflichtigen Schülerinnen und Schülern zulässig, die eine weiterführende Schule besuchen, wenn

1. die Schülerin oder der Schüler im Verlauf von sechs zusammenhängenden Unterrichtswochen insgesamt mindestens sechs Unterrichtstage dem Unterricht unentschuldig ferngeblieben ist; vor einer Entscheidung ist ihr oder ihm, bei minderjährigen Schülerinnen und Schülern den Eltern, schriftlich der Rat zu erteilen, die Schule zu verlassen;
2. durch die wiederholte und unentschuldigte Abwesenheit der Schülerin oder des Schülers bei angekündigten schriftlichen Leistungsnachweisen in mindestens zwei Unterrichtsfächern oder Lernbereichen keine Möglichkeit besteht, die schriftlichen Leistungen zu bewerten, und dies rechtzeitig vorher angekündigt wurde. Besondere Bestimmungen über die Teilnahme am Unterricht und über schriftliche Arbeiten bleiben unberührt.

(9) Die Entscheidungen nach Abs. 2 Nr. 1 bis 5 und Nr. 7 trifft die Schulleiterin oder der Schulleiter, die nach Abs. 2 Nr. 6 und 8 die zuständige Schulaufsichtsbehörde nach Anhörung der Schülerin oder des Schülers, in den Fällen des Abs. 2 Nr. 2 bis 8 auch der Eltern.

(10) Eintragungen und Vorgänge über Ordnungsmaßnahmen sind spätestens am Ende des zweiten Schuljahres nach der Eintragung zu löschen, sofern nicht während dieser Zeit eine erneute Ordnungsmaßnahme getroffen wurde.

(11) Das Verfahren bei Ordnungsmaßnahmen wird durch Rechtsverordnung näher geregelt; dabei kann vorgesehen werden, dass der Schulelternbeirat und der Schülerrat in einer die Interessen der betroffenen Schülerinnen und Schüler berücksichtigenden Weise beteiligt werden.

SECHSTER TEIL Datenschutz

§ 84

Erhebung und Verarbeitung von personenbezogenen Daten

(1) Schulen dürfen personenbezogene Daten von Schülerinnen und Schülern, deren Eltern und Lehrerinnen und Lehrern verarbeiten, soweit dies zur rechtmäßigen Erfüllung des Bildungs- und Erziehungsauftrags der Schule und für einen jeweils damit verbundenen Zweck oder zur Durchführung schulorganisatorischer Maßnahmen erforderlich ist. Die Übermittlung personenbezogener Daten an andere öffentliche Stellen ist zulässig, soweit die Kenntnis der Daten zur Erfüllung der dem Empfänger durch Rechtsvorschrift zugewiesenen Aufgaben erforderlich ist.

(2) Schulträger und Schulaufsichtsbehörden dürfen personenbezogene Daten von Schülerinnen und Schülern, deren Eltern und Lehrerinnen und Lehrern verarbeiten, soweit dies zur rechtmäßigen Erfüllung der in ihrer Zuständigkeit liegenden Aufgaben der Schulplanung, der Schulorganisation und der Schulaufsicht und einem jeweils damit verbundenen Zweck oder zur Durchführung organisatorischer Maßnahmen erforderlich ist. Abs. 1 Satz 2 gilt entsprechend.

(3) Schülerinnen und Schüler, deren Eltern und Lehrerinnen und Lehrer sind verpflichtet, die erforderlichen Angaben zu machen.

(4) Zur Evaluation der Schulen nach § 99 können die Schulen und die Schulaufsichtsbehörden oder von ihnen beauftragte Dritte methodisch geeignete Verfahren einsetzen und durch Befragungen, Erhebungen und Unterrichtsbeobachtungen gewonnene Daten verarbeiten. Die Betroffenen werden vorab über das Ziel des Vorhabens, die Art ihrer Beteiligung an der Untersuchung, die Verarbeitung ihrer Daten sowie über die zur Einsichtnahme in die Daten und Ergebnisse Berechtigten informiert. Personenbezogene Daten für diese Zwecke dürfen ohne Einwilligung der Betroffenen verarbeitet werden, wenn das öffentliche Interesse an der Durchführung eines von der obersten Schulaufsichtsbehörde veranlassten oder genehmigten Vorhabens die schutzwürdigen Belange der Betroffenen erheblich überwiegt und der Zweck des Vorhabens auf andere Weise nicht oder nur mit einem unverhältnismäßigen Aufwand erreicht werden kann. Unter diesen Voraussetzungen dürfen personenbezogene Daten auch Dritten, die mit der externen Evaluation beauftragt sind, überlassen werden. §33 Abs. 2 und 3 des Hessischen Datenschutzgesetzes gilt entsprechend.

(5) Für Zwecke der Lehreraus- und -fortbildung sowie der Qualitätsentwicklung des Unterrichts dürfen Bild- und Tonaufzeichnungen des Unterrichts erfolgen, wenn die Betroffenen rechtzeitig über die beabsichtigte Aufzeichnung und den Aufzeichnungszweck schriftlich informiert worden sind und nicht widersprochen haben. Die Aufzeichnungen sind spätestens nach fünf Jahren zu löschen, soweit schutzwürdige Belange der Betroffenen nicht eine frühere Löschung erfordern.

(6) Im Rahmen der Schulgesundheitspflege und der Tätigkeit der Schulpsychologinnen und Schulpsychologen dürfen die für die Durchführung der schulärztlichen oder schulpsychologischen Untersuchungen sowie sonderpädagogischen Überprüfungen nach § 72 erforderlichen personenbezogenen Daten verarbeitet werden. Der schulärztliche Dienst und die Schulpsychologinnen und Schulpsychologen dürfen der Schule nur das Ergebnis der Pflichtuntersuchungen übermitteln. Personenbezogene Daten über freiwillige Untersuchungen dürfen nur mit schriftlicher Einwilligung der Betroffenen übermittelt werden. Medizinische Befunde dürfen nicht automatisiert verarbeitet werden, ausgenommen die medizinischen Befunde der für die Schulgesundheitspflege zuständigen Behörden (§ 158). Personenbezogene Daten, die im Rahmen der Tätigkeit der Schulpsychologinnen und Schulpsychologen erhoben wurden, dürfen nur automatisiert verarbeitet werden, wenn sie dabei nach dem jeweiligen Stand der Technik hinreichend sicher verschlüsselt werden.

(7) Die automatisierte Verarbeitung personenbezogener Daten darf in der Schule nur mit schuleigenen Datenverarbeitungsgeräten erfolgen, es sei

denn, dass die Beachtung der erforderlichen Datensicherheitsmaßnahmen gewährleistet ist.

(8) Soweit in diesem Gesetz nichts anderes geregelt ist, gilt das Hessische Datenschutzgesetz in der jeweils geltenden Fassung.

(9) Umfang und Einzelheiten der personenbezogenen Datenverarbeitung in der Schule werden durch Rechtsverordnung näher geregelt; dabei ist zu bestimmen, welche Sicherheitsmaßnahmen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten innerhalb und außerhalb der Schule zu berücksichtigen sind.

§ 85

Wissenschaftliche Forschung

(1) Wissenschaftliche Forschungsvorhaben in Schulen bedürfen der Genehmigung des Kultusministeriums; die Befugnis kann auf die Schulaufsichtsbehörden übertragen werden. Die Genehmigung erziehungswissenschaftlicher Forschungsvorhaben soll erteilt werden, wenn die Erfüllung des Bildungsauftrages der Schule hierdurch nicht unangemessen beeinträchtigt wird. Vor Erteilung der Zustimmung ist die Schulkonferenz zu hören. Die Genehmigung von Forschungsvorhaben, bei denen personenbezogene Daten verarbeitet werden, ist dem Hessischen Datenschutzbeauftragten mitzuteilen.

(2) Personenbezogene Daten dürfen für ein bestimmtes wissenschaftliches Forschungsvorhaben in der Regel nur mit Einwilligung der Eltern oder der volljährigen Schülerinnen und Schüler verarbeitet werden. Die Einwilligung bedarf der Schriftform, soweit nicht wegen besonderer Umstände eine andere Form angemessen ist. Personenbezogene Daten dürfen ohne Einwilligung der Betroffenen verarbeitet werden, soweit deren schutzwürdige Belange wegen der Art der Daten, wegen ihrer Offenkundigkeit oder wegen der Art der Verwendung nicht beeinträchtigt werden. Der Einwilligung der Betroffenen bedarf es auch nicht, wenn das öffentliche Interesse an der Durchführung des Forschungsvorhabens die schutzwürdigen Belange der Betroffenen erheblich überwiegt und der Zweck der Forschung nicht auf andere Weise erreicht werden kann. Die Betroffenen sind darauf hinzuweisen, dass sie die Einwilligung ohne Rechtsnachteile verweigern können; sie sind dabei über das Ziel und den wesentlichen Inhalt des Forschungsvorhabens, die Art ihrer Beteiligung an der Untersuchung sowie die Verarbeitung der erhobenen Daten aufzuklären. § 33 Abs. 2 und 3 des Hessischen Datenschutzgesetzes gilt entsprechend.

(3) Abs. 2 gilt entsprechend für Untersuchungen in Schulen, die vom Kultusministerium oder in dessen Auftrag durchgeführt werden.

§ 86

Statistische Erhebungen

Durch Rechtsverordnung können die öffentlichen Schulen und im Rahmen der in Art. 7 Abs. 4 des Grundgesetzes gewährten Privatschulfreiheit die Träger von Schulen in freier Trägerschaft verpflichtet werden, für statistische Zwecke Daten über schul- und ausbildungsbezogene Tatbestände zur Evaluierung, Bildungsberichterstattung und Bildungsplanung an das Kultusministerium und an das Statistische Landesamt zu übermitteln. Das Statistische Landesamt kann Einzelangaben für die in Satz 1 genannten Zwecke auf Anforderung auch dem Kultusministerium übermitteln, wenn beim Empfänger die statistische Geheimhaltung durch personelle, organisatorische und räumliche Abschottung gewährleistet ist. Im Übrigen findet das Hessische Landesstatistikgesetz vom 19. Mai 1987 (GVBl. I S. 67) in der jeweils gültigen Fassung entsprechende Anwendung.

SIEBTER TEIL
Lehrkräfte, Schulleitung und Schulaufsicht

Erster Abschnitt
Lehrkräfte und Schulleitung

§ 87
Rechtsstellung der Lehrerinnen und Lehrer

(1) Lehrerin oder Lehrer im Sinne dieses Gesetzes ist, wer an einer Schule selbstständig Unterricht erteilt. Lehrerinnen und Lehrer an öffentlichen Schulen sind in der Regel Bedienstete des Landes. Sie sind in der Regel in das Beamtenverhältnis zu berufen.

(2) Die Lehrerinnen und Lehrer erziehen, unterrichten, beraten und betreuen in eigener Verantwortung im Rahmen der Grundsätze und Ziele der §§ 1 bis 3 sowie der sonstigen Rechts- und Verwaltungsvorschriften und der Konferenzbeschlüsse. Die für die Unterrichts- und Erziehungsarbeit der Lehrerin oder des Lehrers erforderliche pädagogische Freiheit darf durch Rechts- und Verwaltungsvorschriften und Konferenzbeschlüsse nicht unnötig oder unzumutbar eingeengt werden. Lehrerinnen und Lehrer sind verpflichtet, sich regelmäßig fortzubilden und einen Nachweis über die Erfüllung dieser Verpflichtung zu führen.

(3) Zur Gewährleistung der Grundsätze des § 3 Abs. 1 haben Lehrkräfte in Schule und Unterricht politische, religiöse und weltanschauliche Neutralität zu wahren; § 9 bleibt unberührt. Insbesondere dürfen sie Kleidungsstücke, Symbole oder andere Merkmale nicht tragen oder verwenden, die objektiv geeignet sind, das Vertrauen in die Neutralität ihrer Amtsführung zu beeinträchtigen oder den politischen, religiösen oder weltanschaulichen Frieden in der Schule zu gefährden.

(4) Für sozialpädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Schule (Sozialpädagoginnen oder Sozialpädagogen und Erzieherinnen oder Erzieher) gelten Abs. 2 und 3, soweit sie selbstständig Unterricht erteilen.

(5) Die Lehrerinnen und Lehrer sowie die sozialpädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wirken an der Selbstverwaltung der Schule (§§ 132, 133, 138 und 140 bis 142) mit.

(6) Zur Sicherstellung verlässlicher Schulzeiten können nach § 19 auch geeignete Personen, die nicht Lehrkräfte im Sinne des Abs. 1 sind, als externe Kräfte in der Schule eingesetzt werden. Sie können selbstständig Klassen und Gruppen pädagogisch betreuen und unterrichtsergänzende Maßnahmen durchführen. Sie sind zu pädagogischen Maßnahmen nach § 83 Abs. 1 berechtigt. An den Konferenzen der Lehrkräfte können sie ohne Stimmrecht teilnehmen. Sie nehmen keine Leistungsbewertungen nach § 74 vor und wirken nicht bei Versetzungsentscheidungen nach § 76 mit. Näheres regelt die Verordnung nach § 19 Abs. 3.

§88
Schulleitung

(1) Die Schulleiterin oder der Schulleiter, die Stellvertreterin oder der Stellvertreter und die Lehrerinnen und Lehrer, die besondere Funktionsstellen innehaben (Lehrkräfte mit besonderen Funktionen), bilden die Schulleitung. Die Mitglieder der Schulleitung nehmen ihre Aufgaben auf der Grundlage eines Geschäftsverteilungsplanes unter Berücksichtigung der Funktionen selbstständig und eigenverantwortlich wahr. Ferner nehmen sie Aufgaben des oder der Vorgesetzten nach Maßgabe dieses Gesetzes und der Dienstordnung (§ 92 Abs. 1) wahr, soweit es für die ordnungsgemäße Erfüllung der Aufgaben der Schule erforderlich ist. Die Schulleiterin oder der Schulleiter kann einzelne Aufgaben auf die übrigen Mitglieder der Schulleitung und andere Lehrkräfte übertragen. Die Gesamtverantwortung der Schulleiterin oder des Schulleiters für die Schule bleibt unberührt.

(2) Die Mitglieder der Schulleitung koordinieren ihre Arbeit insbesondere in regelmäßigen Dienstbesprechungen. Zu diesen können weitere Lehrkräfte und sozialpädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Vertreterin-

nen und Vertreter des Schulleiternbeirats, des Schüler- oder Studierendenrats und des Verwaltungspersonals hinzugezogen werden.

(3) In der Leitung der Schule wirken die Mitglieder der Schulleitung und die Konferenzen mit dem Ziele zusammen, die Erfüllung des Bildungs- und Erziehungsauftrags der Schule zu gewährleisten. Die Schulleiterin oder der Schulleiter hat den Vorsitz in der Schulkonferenz und der Gesamtkonferenz. Sie oder er kann an den übrigen Konferenzen und den Konferenzausschüssen mit beratender Stimme teilnehmen. Sie oder er kann den Vorsitz in jeder Lehrerkonferenz übernehmen. Die Schulleitung ist an die Beschlüsse der Konferenzen und ihrer mit Entscheidungsbefugnissen versehenen Ausschüsse gebunden und führt sie aus.

(4) Die Schulleiterin oder der Schulleiter hat Konferenz- und Ausschussbeschlüsse, die gegen Rechts- und Verwaltungsvorschriften, das Schulprogramm oder Anordnungen der Schulaufsichtsbehörde verstoßen, unverzüglich zu beanstanden. Die Beanstandung hat aufschiebende Wirkung und ist zu begründen. Hilft die Konferenz oder der Ausschuss der Beanstandung nicht ab, entscheidet das Staatliche Schulamt. Die Schulleiterin oder der Schulleiter kann Beschlüsse beanstanden und zur erneuten Beschlussfassung an die Konferenz oder den Ausschuss zurückverweisen, wenn sie oder er aus pädagogischen Gründen erhebliche Bedenken hat; Satz 2 und 3 gelten entsprechend.

(5) Kann in dringenden Angelegenheiten ein Beschluss nicht rechtzeitig herbeigeführt werden, trifft die Schulleiterin oder der Schulleiter die Entscheidung. Sie oder er hat der Konferenz unverzüglich zu berichten und einen Beschluss herbeizuführen.

§ 89

Schulleiterin und Schulleiter

(1) Die Schulleiterin oder der Schulleiter ist dafür verantwortlich, dass die Schule ihren Bildungs- und Erziehungsauftrag erfüllt. Sie oder er leitet die Schule nach den geltenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften sowie den Beschlüssen der Schulkonferenz und der Konferenzen der Lehrkräfte. Im Verhinderungsfall tritt die Stellvertreterin oder der Stellvertreter an ihre oder seine Stelle. Die Schulleiterin oder der Schulleiter nimmt Aufgaben der oder des Dienstvorgesetzten nach Maßgabe dieses Gesetzes und der Dienstordnung (§ 92 Abs. 1) wahr.

(2) Aufgabe der Schulleiterin und des Schulleiters ist es, im Zusammenwirken mit den Lehrerinnen und Lehrern, den Schülerinnen und Schülern und ihren Eltern, den Schulaufsichtsbehörden und dem Institut für Qualitätsentwicklung sowie dem Schulträger für den ordnungsgemäßen Ablauf der Unterrichts- und Erziehungsarbeit sowie des Schullebens zu sorgen und auf deren Weiterentwicklung hinzuwirken. Die Schulleiterin oder der Schulleiter ist insbesondere verpflichtet,

1. für die Entwicklung, Fortschreibung und Umsetzung des Schulprogramms sowie für die interne Evaluation zu sorgen,
2. nach den Grundsätzen der Gesamtkonferenz die Stunden-, Aufsichts- und Vertretungspläne aufzustellen sowie die Verteilung der Klassen und Lerngruppen vorzunehmen,
3. sich über das Unterrichtsgeschehen zu informieren, die Lehrerinnen und Lehrer zu beraten und, sofern erforderlich, auf einen den Rechts- und Verwaltungsvorschriften entsprechenden Unterricht hinzuwirken,
4. für die Zusammenarbeit der Lehrerinnen und Lehrer insbesondere zur Gewährleistung des fächerverbindenden und fachübergreifenden Lernens sowie der pädagogischen Ziele des Schulprogramms zu sorgen,
5. die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer zu fördern, auf ihre Fortbildung hinzuwirken und sie erforderlichenfalls zur Wahrnehmung der für die Entwicklung der Qualität und Organisation der Schule notwendigen Fortbildungsmaßnahmen zu verpflichten,
6. die Arbeit der Schüler- und Studierendenvertretung sowie der Elternvertretung zu unterstützen,
7. die Öffnung der Schule zum Umfeld zu fördern und

8. mit anderen Bildungseinrichtungen, den für die Berufsausbildung Verantwortlichen, der Arbeitsverwaltung, sonstigen Beratungsstellen, den Behörden und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, den Sozialhilfeträgern sowie den Behörden für Umweltschutz, Frauen und multikulturelle Angelegenheiten zusammenzuarbeiten.

(3) Die Schulleiterin oder der Schulleiter ist für den ordnungsgemäßen Verwaltungsablauf in der Schule verantwortlich. Ihr oder ihm obliegen insbesondere die

1. Aufnahme und Entlassung der Schülerinnen und Schüler,
2. Sorge für die Erfüllung der Schulpflicht,
3. Sorge für die Aufrechterhaltung der Ordnung in der Schule,
4. Vertretung der Schule gegenüber der Öffentlichkeit; wenn dabei Angelegenheiten des Schulträgers berührt werden, im Einvernehmen mit diesem,
5. Aufstellung eines jährlichen Haushaltsplanes über die der Schule zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel und deren effiziente Verwendung,
6. rechtsgeschäftliche Vertretung des Landes und des Schulträgers nach Maßgabe der vom jeweiligen Rechtsträger eingeräumten Vertretungsbefugnis.

(4) Die Schulleiterin oder der Schulleiter ist im Rahmen der Verwaltungsaufgaben und der dazu ergangenen Anordnungen der Schulaufsichtsbehörden und des Schulträgers sowie zur Ausführung von Konferenzbeschlüssen gegenüber den Lehrkräften und sozialpädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern weisungsbefugt. Die Schulleiterin oder der Schulleiter kann den Unterricht der Lehrkräfte jederzeit besuchen. In die Unterrichts- und Erziehungsarbeit darf nur bei einem Verstoß gegen Rechts- und Verwaltungsvorschriften, die durch § 94 Abs. 3 Nr. 3 vorgegebenen Grundsätze und Maßstäbe, verbindliche pädagogische Grundsätze des Schulprogramms und Konferenzbeschlüsse eingegriffen und die Weisung erteilt werden, diese Vorgaben zu beachten.

§ 90

Auswahl der Schulleiterin oder des Schulleiters

(1) Für jede Schule wird eine Schulleiterin oder ein Schulleiter bestellt. Die Stelle wird in der Regel unter Fristsetzung ausgeschrieben, sobald erkennbar ist, dass sie frei werden wird.

(2) Die zuständige Schulaufsichtsbehörde gibt der Schulkonferenz und dem Schulträger Gelegenheit, zu den Bewerberinnen und Bewerbern Stellung zu nehmen. Sie kann dafür eine angemessene Frist setzen.

(3) Die Schulleiterin oder der Schulleiter wird zunächst vorläufig nach Anhörung der Schulkonferenz und des Schulträgers beauftragt. Die endgültige Beauftragung erfolgt nach Anhörung der Schulkonferenz im Benehmen mit dem Schulträger. Kommt eine Verständigung innerhalb von drei Monaten nach Mitteilung der Absicht, die Beauftragung endgültig vorzunehmen, nicht zustande, entscheidet die zuständige Schulaufsichtsbehörde.

§ 91

Schulleitung und Schulträger

(1) Die Schulleiterin oder der Schulleiter verwaltet die Schulanlagen im Auftrag des Schulträgers. Sie oder er ist gegenüber dem der Schule zugewiesenen Verwaltungs- und Hauspersonal und den sonstigen Beschäftigten des Schulträgers in schulischen Angelegenheiten weisungsbefugt. Die Schulleiterin oder der Schulleiter bewirtschaftet die der Schule vom Schulträger zugewiesenen Haushaltsmittel und übt auf dem Grundstück der Schule das Hausrecht aus.

(2) Über eine außerschulische Nutzung der Schulanlagen entscheidet der Schulträger im Benehmen mit der Schulleiterin oder dem Schulleiter.

§ 92 Ermächtigung

(1) Durch Dienstordnung sind die Aufgaben der Schulleiterinnen und Schulleiter, Lehrerinnen und Lehrer sowie der sozialpädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter näher zu bestimmen.

(2) Durch Rechtsverordnung wird die Arbeitszeit der Lehrkräfte unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Anteile der unterrichtlichen und außerunterrichtlichen Tätigkeit festgelegt.

Zweiter Abschnitt Schulaufsicht

§ 93 Staatliche Schulaufsicht

(1) Das gesamte Schulwesen steht nach Art. 7 Abs. 1 des Grundgesetzes und Art. 56 Abs. 1 Satz 2 der Verfassung des Landes Hessen in der Verantwortung des Staates. Seine Aufgabe ist es insbesondere, die Schulen bei der Erfüllung ihres Bildungs- und Erziehungsauftrags, der Übernahme neuer Erkenntnisse der Fach- und Erziehungswissenschaften, der Vorbereitung auf neue pädagogische Problemstellungen, der Organisationsentwicklung und der Koordination schulübergreifender Zusammenarbeit zu beraten und zu unterstützen. Bei der Erfüllung dieser Aufgaben wirken die Schulaufsichtsbehörden (§ 95), das Amt für Lehrerbildung, die Studienseminare (§ 100) und das Institut für Qualitätsentwicklung (§ 102) ihrer jeweiligen Aufgabenstellung entsprechend eng zusammen.

(2) Die Schulaufsichtsbehörden haben die Aufgabe, die Qualität der schulischen Arbeit, insbesondere die Erfüllung der Standards, und die Vergleichbarkeit der Abschlüsse auch durch Verfahren der Evaluation (§ 99) und die Durchlässigkeit der Bildungsgänge zu gewährleisten. Sie beraten und unterstützen die Schule bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben im Rahmen ihrer Selbstverwaltung, insbesondere bei der Entwicklung und Umsetzung des Schulprogramms (§ 133). Durch Aufsicht sorgen sie für die Beachtung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften, insbesondere der in den §§ 2 und 3 niedergelegten Ziele und Grundsätze sowie der Lehrpläne.

(3) Die Aufsicht umfasst insbesondere

1. die Fachaufsicht über die öffentlichen Schulen nach Maßgabe des § 94,
2. die Dienstaufsicht über die Schulleiterinnen und Schulleiter und Lehrerinnen und Lehrer an öffentlichen Schulen sowie die sozialpädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in öffentlichen Schulen nach Maßgabe dieses Gesetzes und der Dienstordnung (§ 92 Abs. 1) sowie in den in Nr. 4 genannten Schülerheimen; §§ 132 bis 134 bleiben unberührt,
3. die Rechtsaufsicht über die Verwaltung und Unterhaltung der öffentlichen Schulen durch die Schulträger,
4. die Aufsicht über die mit öffentlichen Gymnasien, erweiterten Realschulen und Gesamtschulen verbundenen Schülerheime.

§ 94 Fachaufsicht

(1) Der Fachaufsicht unterliegen nur solche Entscheidung und Maßnahmen, die nicht im Rahmen der Selbstverantwortung nach §§ 132 bis 134 in die Zuständigkeit der Schulen fallen.

(2) Die Fachaufsicht umfasst die Befugnis, schulische Entscheidungen und Maßnahmen aufzuheben, zur erneuten Entscheidung oder Beschlussfassung zurückzuverweisen und danach erforderlichenfalls selbst zu entscheiden, wenn diese gegen Rechts- und Verwaltungsvorschriften, das Schulprogramm oder Anordnungen der Schulaufsichtsbehörde verstoßen. Fehlende Entscheidungen kann die Schulaufsichtsbehörde anfordern und erforderlichenfalls selbst entscheiden. Sie tritt in das Recht und die Pflicht ein, Konferenzbeschlüsse zu beanstanden, wenn die Schulleiterin oder der Schulleiter den Aufgaben nach § 88 Abs. 4 nicht nachkommt.

(3) Die Schulaufsichtsbehörde kann sich jederzeit über die Angelegenheiten der Schulen informieren und dazu Unterrichtsbesuche durchführen. Eine Vertreterin oder ein Vertreter kann an der Schulkonferenz und an den Konferenzen der Lehrkräfte teilnehmen und deren Einberufung verlangen. Eine Vertreterin oder ein Vertreter kann an den Sitzungen der Elternvertretungen und der Schülervertretungen teilnehmen. Die Schulaufsichtsbehörde kann in Erfüllung ihrer Aufgaben Anordnungen treffen und der Schulleitung, den Lehrkräften und den sozialpädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Weisungen erteilen. Ihre Aufsichtsmaßnahmen sind so zu gestalten, dass die pädagogische Freiheit der Lehrerinnen und Lehrer (§ 87 Abs. 2 und 3) und die pädagogische Eigenverantwortung der Schulen (§ 133) gewahrt werden. Zur Sicherung der Ziele und Grundsätze der §§ 2 und 3 und zur Gewährleistung eines gleichwertigen Angebots kann die Schulaufsichtsbehörde fordern, dass die Schule die Beratung des Instituts für Qualitätsentwicklung in Anspruch nimmt.

(4) Pädagogische Bewertungen sowie unterrichtliche und erzieherische Entscheidungen und Maßnahmen kann sie nur aufheben, zu erneuter Entscheidung zurückverweisen und über sie dann erforderlichenfalls selbst entscheiden, wenn

1. wesentliche Verfahrens- und Rechtsvorschriften verletzt wurden,
2. von unrichtigen Voraussetzungen oder sachfremden Erwägungen ausgegangen wurde,
3. gegen allgemein anerkannte pädagogische Grundsätze oder Bewertungsmaßstäbe oder gegen den Grundsatz der Gleichbehandlung der Schülerinnen und Schüler verstoßen wurde.

§ 95

Organisation der Schulaufsicht

(1) Untere Schulaufsichtsbehörde ist das Staatliche Schulamt. Die Rechtsaufsicht über die Schulträger üben die jeweils zuständigen Kommunalaufsichtsbehörden aus. Oberste Schulaufsichtsbehörde ist das Kultusministerium, soweit nicht das Ministerium für Wissenschaft und Kunst zuständig ist.

(2) Die Schulaufsicht üben hauptamtlich tätige, fachlich vorgebildete Beamtinnen und Beamte aus. Dabei haben die schulfachlichen und die verwaltungsfachlichen Beamtinnen und Beamten zusammenzuarbeiten.

(3) Die Fachaufsicht wird hauptamtlich durch Beamtinnen und Beamte ausgeübt, die die Befähigung zum Lehramt an einer der von ihnen beaufsichtigten Schulformen besitzen; sie sollen sich in ihrem Lehramt bewährt haben und für den Aufsichtsdienst geeignet sein.

(4) Das Staatliche Schulamt kann nach den Richtlinien des Kultusministeriums Fachberaterinnen und Fachberater bestellen. Zu Fachberaterinnen oder Fachberatern sind in der Regel hauptamtliche Lehrerinnen und Lehrer zu bestellen, die diese Aufgabe im Rahmen ihres Hauptamtes wahrnehmen; sie sind an die Weisungen der Schulaufsichtsbehörden gebunden. Zu den Aufgaben der Fachberaterinnen und Fachberater gehören insbesondere

1. die Beratung und Unterstützung der schulfachlichen Schulaufsichtsbeamtinnen und -beamten,
2. die Beratung und Unterstützung der Lehrerinnen und Lehrer und der Schulen in schulfachlichen Angelegenheiten.

§ 96

Untere Schulaufsichtsbehörden

(1) Das Staatliche Schulamt übt in seinem Bezirk die Fach- und Dienstaufsicht über die Schulen aus, über die Musikakademien (Berufsfach- und Fachschulen für die musikalische Berufsausbildung) lediglich die Fachaufsicht. Es gestaltet die regionale Lehrerfort- und -weiterbildung. Durch Rechtsverordnung kann die Wahrnehmung überregionaler und zentraler Aufgaben einzelnen Staatlichen Schulämtern oder dem Regierungspräsidium übertragen werden.

(2) Dienstbezirke der Staatlichen Schulämter sind jeweils die Gebiete

1. des Landkreises und der Stadt Kassel,
2. des Schwalm-Eder-Kreises und des Landkreises Waldeck-Frankenberg,
3. des Landkreises Hersfeld-Rotenburg und des Werra-Meißner-Kreises,
4. des Landkreises Fulda,
5. des Landkreises Marburg-Biedenkopf,
6. des Lahn-Dill-Kreises und des Landkreises Limburg-Weilburg,
7. des Landkreises Gießen und des Vogelsbergkreises,
8. des Hochtaunuskreises und des Wetteraukreises,
9. des Rheingau-Taunus-Kreises und der Landeshauptstadt Wiesbaden,
10. des Landkreises Groß-Gerau und des Main-Taunus-Kreises,
11. der Stadt Frankfurt am Main,
12. des Landkreises und der Stadt Offenbach,
13. des Main-Kinzig-Kreises,
14. des Landkreises Darmstadt-Dieburg und der Stadt Darmstadt,
15. des Landkreises Bergstraße und des Odenwaldkreises.

(3) Dem Staatlichen Schulamt gehören Schulpsychologinnen und Schulpsychologen an. Ihre Tätigkeit umfasst insbesondere die präventive und systembezogene Beratung und die psychologische Beratung von Schulen, Lehrerinnen und Lehrern, Eltern und Schülerinnen und Schülern.

(4) Zur Beratung allgemeiner schulischer Angelegenheiten werden bei den Staatlichen Schulämtern Schulamtskonferenzen durchgeführt.

(5) An Beratungen, die die pädagogische Ausbildung an den Ausbildungsschulen im Dienstbezirk des Staatlichen Schulamtes betreffen, nehmen die Leiterinnen und Leiter der zuständigen Studienseminare teil. Im Übrigen sind sie berechtigt, an Schulamtskonferenzen teilzunehmen und die Behandlung von Fragen zu verlangen, die für die pädagogische Ausbildung an den Ausbildungsschulen im Dienstbezirk des Staatlichen Schulamtes von Bedeutung sind.

(6) Die Direktorin oder der Direktor des Landesbetriebs Landwirtschaft Hessen übt die Fach- und Dienstaufsicht über die landwirtschaftlichen Fachschulen aus.

§ 97

Oberste Schulaufsichtsbehörden

(1) Das Kultusministerium übt unmittelbar die Fach- und Dienstaufsicht über die Staatlichen Schulämter und mittelbar die Fach- und Dienstaufsicht über die Schulen aus.

(2) Das Ministerium für Wissenschaft und Kunst übt mittelbar die Fachaufsicht über die Musikakademien (Berufsfach- und Fachschulen für die musikalische Berufsausbildung) aus.

§ 98

Rechtsaufsicht

Kommt ein Schulträger nach Auffassung des Staatlichen Schulamtes einer ihm nach diesem Gesetz obliegenden Verpflichtung nicht nach, unterrichtet es die zuständige Kommunalaufsichtsbehörde. Diese entscheidet im Benehmen mit der Schulaufsichtsbehörde, ob und welche Aufsichtsmaßnahmen ergriffen werden.

§ 99

Evaluation

(1) Bei der Konzeption, Durchführung und Auswertung der internen Evaluation (§ 133 Abs. 4) kann sich die Schule Dritter bedienen.

(2) Die Schulen sind verpflichtet, an den durch die Schulaufsichtsbehörden veranlassten Verfahren zur externen Evaluation der einzelnen Schule und der

Schulen im Vergleich zueinander, gemessen an den Standards der Bildungsgänge, für Zwecke der Qualitätsentwicklung ihres Unterrichts und ihrer Organisationsentwicklung, insbesondere an landesinternen, länderübergreifenden und internationalen Vergleichsuntersuchungen, mitzuwirken. Die anonymisierten Ergebnisse der Evaluation dürfen veröffentlicht werden. Werden Dritte mit der externen Evaluation beauftragt, müssen die Verfahren eine Beteiligung der Schulaufsichtsbehörden in der Wahrnehmung der Fachaufsicht (§ 93 Abs. 2 und § 94) gewährleisten.

Dritter Abschnitt Weiterentwicklung des Schulwesens

§ 100 Träger der Weiterentwicklung

Die inhaltliche und organisatorische Weiterentwicklung des Schulwesens ist Planungs- und Gestaltungsaufgabe des Kultusministeriums. Die Staatlichen Schulämter, die Schulträger, das Institut für Qualitätsentwicklung, das Amt für Lehrerbildung und die Studienseminare fördern die Schulentwicklung in enger Zusammenarbeit. Die Schulen wirken insbesondere durch Aufgreifen pädagogischer Entwicklungen innerhalb ihrer selbstständigen Gestaltungsmöglichkeiten von Unterricht, Erziehung und Schulleben oder durch Schulversuche an der Weiterentwicklung des Schulwesens mit. Der Landesschulbeirat berät das Kultusministerium bei wichtigen Maßnahmen. Die Rechte und Pflichten der Schulträger bleiben unberührt.

§ 101 Landesschulbeirat

(1) Der Landesschulbeirat besteht aus fünfundzwanzig Mitgliedern, und zwar

- einer Vertreterin oder einem Vertreter der evangelischen Kirche,
- einer Vertreterin oder einem Vertreter der katholischen Kirche,
- fünf Vertreterinnen oder Vertretern des Landeselternbeirats,
- zwei Vertreterinnen oder Vertretern des Hauptpersonalrates der Lehrerinnen und Lehrer,
- zwei Vertreterinnen oder Vertretern des Landesschülerrats,
- einer Vertreterin oder einem Vertreter der Landesstudierendenräte,
- vier Vertreterinnen oder Vertretern des Landesausschusses für Berufsbildung, davon jeweils zwei Beauftragte der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer,
- je einer Vertreterin oder einem Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Deutschen Beamtenbundes, die Lehrerin oder Lehrer sein sollen,
- drei Vertreterinnen oder Vertretern der Hochschulen,
- je einer Vertreterin oder einem Vertreter des Hessischen Städtetages und des Hessischen Landkreistages,
- einer Vertreterin oder einem Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der hessischen Ausländerbeiräte,
- einer Vertreterin oder einem Vertreter des Landesjugendhilfeausschusses.

(2) Die Mitglieder des Landesschulbeirates werden vom Kultusministerium auf Vorschlag des jeweiligen Dienstherrn oder des jeweiligen Gremiums für die Dauer von drei Jahren berufen.

(3) Je ein Mitglied der Fraktionen im Hessischen Landtag kann an den Sitzungen des Landesschulbeirats als Gast teilnehmen. An den Sitzungen des Landesschulbeirats kann je eine Vertreterin oder ein Vertreter der Staatskanzlei sowie jeweils des für die Finanzen, für das Kommunalwesen, für die Landesentwicklung, für Frauenfragen, für die Kinder- und Jugendhilfe, für die Berufsbildung und für die Hochschulen zuständigen Ministeriums mit beratender Stimme teilnehmen.

(4) Der Landesschulbeirat tritt mindestens einmal jährlich zusammen. Er wird vom Kultusministerium einberufen. Die Kultusministerin oder der

Kultusminister oder eine Beauftragte oder ein Beauftragter nimmt an den Sitzungen des Landesschulbeirats teil und leitet sie.

(5) Die Mitglieder des Landesschulbeirats sind ehrenamtlich tätig. Sie erhalten Ersatz der Fahrtkosten, ein Sitzungsgeld für jeden Sitzungstag und ein Übernachtungsgeld, sofern eine Übernachtung außerhalb des Wohnortes erforderlich ist.

§ 102

Institut für Qualitätsentwicklung

(1) Das Institut für Qualitätsentwicklung unterstützt die Qualitätsentwicklung der Schulen und berät das Kultusministerium und die kommunalen Schulträger bei Maßnahmen der Weiterentwicklung des Schulwesens durch folgende Leistungen:

1. Planung, Durchführung und Auswertung landesweiter Vorhaben der Schulentwicklung,
2. Unterstützung des Kultusministeriums und der kommunalen Schulträger bei der Festlegung und Sicherung von Qualitätsstandards für Schulen, Gewinnung und Auswertung von Befunden der Schul- und Unterrichtsforschung, Berichterstattung zu Entwicklungsständen im Schulwesen, Konzeption von Instrumenten und Verfahren der Qualitätssicherung,
3. Akkreditierung von Fortbildungs- und Qualifizierungsangeboten zum Erhalt und zur Erweiterung der berufsbezogenen Qualifikationen.

(2) Das Institut für Qualitätsentwicklung untersteht unmittelbar der Fach- und Dienstaufsicht des Kultusministeriums.

§ 103

Ermächtigung

Organisation und Aufgabengliederung des Instituts für Qualitätsentwicklung und des Amtes für Lehrerbildung werden jeweils durch Rechtsverordnung näher ausgestaltet. Darin sind insbesondere zu regeln:

1. die Festlegung der Standorte,
2. die Formen der Kooperationsvereinbarungen,
3. die Grundsätze der Arbeitsorganisation und Entscheidungsverfahren.

ACHTER TEIL

Eltern

Erster Abschnitt

Allgemeine Bestimmungen

§ 104

Eltern

(1) Die Rechte und Pflichten der Eltern nach diesem Gesetz nehmen wahr:

1. die nach bürgerlichem Recht für die Person des Kindes Sorgeberechtigten,
2. die Betreuerin oder der Betreuer einer volljährigen Schülerin oder eines volljährigen Schülers für den schulischen Aufgabenkreis,
3. anstelle der oder neben den Personensorgeberechtigten diejenigen, denen die Erziehung des Kindes mit Einverständnis der Personensorgeberechtigten anvertraut oder mit anvertraut ist; das Einverständnis ist der Schule schriftlich nachzuweisen.

(2) Zur gemeinsamen Ausgestaltung ihres jeweiligen Erziehungsauftrags können Schulen und Eltern Erziehungsvereinbarungen treffen.

§ 105

Mitbestimmungsrecht der Eltern

Um Schule, Elternhaus und Berufsausbildungsstätten bei der Erziehung und Bildung der Kinder und Jugendlichen zu unterstützen und das Mitbestimmungsrecht der Eltern nach Art. 56 Abs. 6 der Verfassung des Landes Hes-

sen zu gewährleisten, werden für die öffentlichen Schulen nach Maßgabe des achten Teils dieses Gesetzes Elternbeiräte gebildet.

§ 106

Wahlen und Abstimmungen

(1) Wahlberechtigt und wählbar zu den Elternvertretungen sind die Eltern. Nicht wählbar ist jedoch, wer infolge Richterspruchs die Fähigkeit, öffentliche Ämter zu bekleiden, nicht besitzt. Lehrerinnen und Lehrer, einschließlich der im Vorbereitungsdienst sowie der nebenamtlich oder nebenberuflich Tätigen, sowie sozialpädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in den Schulen, in denen sie tätig sind, nicht wählbar.

(2) Die Wahlen sind geheim. Die Namen und Anschriften der Wahlberechtigten nach § 118 Abs. 1 und § 120 Abs. 2 sowie der Delegierten nach § 120 Abs. 1 dürfen bekannt gegeben werden.

(3) Die Amtszeit der Mitglieder der Elternvertretungen beginnt mit ihrer Wahl. Als Mitglied scheidet aus, wer die Wählbarkeit für das jeweilige Amt verliert oder von seinem Amt zurücktritt. Mitglieder, deren Amtszeit abgelaufen ist, führen ihr Amt bis zur Neuwahl auch dann weiter, wenn sie nicht mehr wählbar sind. Mitglieder, deren Kind nach Ablauf des ersten Jahres ihrer Amtszeit volljährig wird, führen ihr Amt bis zum Ende der Amtszeit fort.

(4) Abstimmungen sind offen, auf Verlangen eines Fünftels der anwesenden Stimmberechtigten jedoch geheim. Beschlüsse der Elternvertretungen werden mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst, soweit dieses Gesetz nichts anderes vorschreibt. Bei Stimmengleichheit ist ein Antrag abgelehnt. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen zählen zur Berechnung der Mehrheit nicht mit. Die Eltern einer Schülerin oder eines Schülers haben zusammen nur eine Stimme.

(5) Die Schulelternbeiräte, die Kreis- oder Stadtelternbeiräte sowie der Landeselternbeirat sind beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder anwesend ist. Sie sind ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder beschlussfähig, wenn sie wegen Beschlussunfähigkeit erneut zur Beratung desselben Gegenstandes einberufen werden müssen; hierauf ist bei der Ladung hinzuweisen.

§ 107

Verschwiegenheitspflicht und Datenschutz

(1) Über Angelegenheiten, die ihrer Bedeutung nach einer vertraulichen Behandlung bedürfen, haben die Elternvertreterinnen und -vertreter auch nach Beendigung ihrer Amtszeit Verschwiegenheit zu wahren.

(2) Verstößt eine Elternvertreterin oder ein Elternvertreter hiergegen vorsätzlich oder fahrlässig, so kann der Elternbeirat den Ausschluss dieses Mitglieds aus der Elternvertretung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder beschließen. Der oder die Betroffene hat vor der Entscheidung mit einer Frist von mindestens vier Wochen die Möglichkeit, zu den Vorwürfen Stellung zu nehmen.

(3) Die Elternvertreterinnen und -vertreter haben den Hessischen Datenschutzbeauftragten bei der Erfüllung seiner Aufgaben zu unterstützen. Sie haben insbesondere Auskunft zu geben und Einsicht in Unterlagen zu gewähren, die in einem Zusammenhang mit der Verarbeitung personenbezogener Daten stehen.

§ 108

Kosten

(1) Die Elternvertreterinnen und -vertreter sind ehrenamtlich tätig. Den Mitgliedern der Kreiselternbeiräte und der Elternvertretungen an Kreisberufsschulen werden die Fahrkosten ersetzt. Die Mitglieder des Landeselternbeirates und der vom Landeselternbeirat nach § 121 gebildeten Ausschüsse erhalten Ersatz der Fahrkosten, ein Sitzungsgeld für jeden Sitzungstag und, sofern Übernachtung außerhalb des Wohnortes erforderlich ist, ein Übernachtungsgeld.

(2) Den Elternvertretungen sind für ihre Veranstaltungen Schulräume kostenlos zur Verfügung zu stellen.

§ 109

Ausgestaltung der Rechte der Elternvertretung

Die nähere Ausgestaltung des achten Teils dieses Gesetzes, insbesondere der Wahlen zu den Elternvertretungen aller Stufen, erfolgt durch Rechtsverordnung.

Zweiter Abschnitt Klassen- und Schulelternbeiräte

§ 110

Klassenelternbeiräte

(1) Die Eltern der Schülerinnen und Schüler einer Klasse bilden die Klassenelternschaft. Sie wählt aus ihrer Mitte für die Dauer von zwei Jahren ein Elternteil als Klassenelternbeirat und ein Elternteil als Stellvertreterin oder Stellvertreter. In Schulformen von einjähriger Dauer beträgt die Amtszeit ein Jahr.

(2) Die Einrichtung von Klassenelternbeiräten entfällt, wenn keine Jahrgangsklassen bestehen. In diesem Fall wählen die Eltern in den Jahrgangsstufen der Grundstufe (Primarstufe) und der Mittelstufe (Sekundarstufe I) für jeweils angefangene 25 Schülerinnen und Schüler und in den Jahrgangsstufen der Oberstufe (Sekundarstufe II) für jeweils angefangene 20 Schülerinnen und Schüler je eine Jahrgangselternvertreterin oder einen Jahrgangselternvertreter sowie je eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter. Sofern nur eine Vertreterin oder ein Vertreter in einer Jahrgangsstufe gewählt wurde, nimmt diese oder dieser als Jahrgangselternbeirat die Aufgaben des Klassenelternbeirates wahr. Sind zwei Vertreterinnen oder Vertreter in einer Jahrgangsstufe gewählt worden, so ergibt sich aus der Rangfolge der Stimmzahl, wer die Aufgaben des Klassenelternbeirates und wer die Aufgaben der Stellvertreterin oder des Stellvertreters wahrnimmt. Sofern die Zahl der Jahrgangselternvertreterinnen oder -vertreter in einer Jahrgangsstufe mindestens drei beträgt, wählen sie aus ihrer Mitte diejenigen, die diese Aufgaben wahrnehmen; die Rechte aller Jahrgangselternvertreterinnen und -vertreter im Schulelternbeirat bleiben unberührt. § 111 gilt für die einzelnen Jahrgangsstufen entsprechend.

(3) Die Einrichtung von Klassenelternbeiräten entfällt in Klassen, in denen zu Beginn des Schuljahres mehr als die Hälfte der Schülerinnen und Schüler volljährig ist. Die Eltern der minderjährigen Schülerinnen und Schüler dieser Klassen wählen in jeder Jahrgangsstufe gemeinsam für jeweils angefangene 20 Schülerinnen und Schüler eine Vertreterin oder einen Vertreter in den Schulelternbeirat.

(4) Die Einrichtung von Klassenelternbeiräten entfällt bei Schulen, die vorwiegend von volljährigen Schülerinnen und Schülern besucht werden. Sofern die Zahl der minderjährigen Schülerinnen und Schüler an einer solchen Schule zu Beginn des Schuljahres mindestens 25 beträgt, wählen deren Eltern für jeweils 25 Schülerinnen und Schüler eine Elternvertreterin oder einen Elternvertreter in den Schulelternbeirat.

§ 111

Aufgaben der Klassenelternbeiräte

(1) In der Klassenelternschaft sollen die wesentlichen Vorgänge aus dem Leben und der Arbeit der Klasse und der Schule erörtert werden. Die Klassenelternschaft kann Vorschläge für die Tagesordnung der Sitzungen des Schulelternbeirates machen.

(2) Die Klassenelternschaft wird vom Klassenelternbeirat nach Bedarf, mindestens jedoch einmal in jedem Schulhalbjahr, einberufen; sie ist einzuberufen, wenn ein Fünftel der Eltern, die Schulleiterin oder der Schulleiter, die Klassenlehrerin oder der Klassenlehrer oder die oder der Vorsitzende des Schulelternbeirates es unter Angabe der zu beratenden Gegenstände verlangt.

(3) An den Versammlungen der Klassenelternschaft nimmt die Klassenlehrerin oder der Klassenlehrer teil. Den übrigen Lehrerinnen und Lehrern der Klasse sowie der Schulleiterin oder dem Schulleiter steht die Teilnahme frei. Einmal jährlich sollen sie an einer Sitzung der Klassenelternschaft teilnehmen, auf Antrag eines Viertels der Klassenelternschaft sind sie zur Teilnahme verpflichtet. Der Klassenelternbeirat kann im Einvernehmen mit der Klassenelternschaft weitere Personen einladen; die Eltern volljähriger Schülerinnen und Schüler sollen eingeladen werden. Die Klassenelternschaft kann aus besonderen Gründen allein beraten.

§ 112 Schulelternbeiräte

(1) Mitglieder des Schulelternbeirates sind die Klassenelternbeiräte und die nach § 110 Abs. 2 bis 4 gewählten Elternvertreterinnen und -vertreter. Er wählt aus seiner Mitte für die Dauer von zwei Jahren eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden, eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter und nach Bedarf weitere Vorstandsmitglieder.

(2) An den Sitzungen des Schulelternbeirates nehmen die Schulleiterin oder der Schulleiter und deren oder dessen Stellvertreterin oder Stellvertreter teil. Weitere Lehrerinnen und Lehrer sowie Vertreterinnen oder Vertreter der Schulaufsichtsbehörde können teilnehmen. Bei geeigneten Beratungsgegenständen sollen Schülervorteilerinnen oder Schülervorteiler zugezogen werden. Die Vorsitzende oder der Vorsitzende kann im Einvernehmen mit dem Schulelternbeirat weitere Personen einladen. Der Schulelternbeirat kann aus besonderen Gründen allein beraten.

(3) Der Schulelternbeirat wird von der oder dem Vorsitzenden nach Bedarf einberufen. Er muss einberufen werden, wenn ein Fünftel der Mitglieder oder die Schulleiterin oder der Schulleiter es unter Angabe der zu beratenden Gegenstände verlangt. Erfolgt dennoch keine Einladung durch den Vorsitzenden oder die Vorsitzende oder einen Stellvertreter oder einer Stellvertreterin, so kann die Schulleiterin oder der Schulleiter unter Setzung einer angemessenen Frist die Einladung schriftlich verlangen. Nach Ablauf der Frist lädt der Schulleiter oder die Schulleiterin ein.

(4) Der Schulelternbeirat kann mit der Beratung über Angelegenheiten, die ausschließlich eine Schulstufe oder einen Schulzweig betreffen, Ausschüsse beauftragen, denen die Klassen- oder Jahrgangselternbeiräte der jeweiligen Schulstufe oder des Schulzweigs angehören; sie wählen aus ihrer Mitte eine Ausschussvorsitzende oder einen Ausschussvorsitzenden und eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter. Die sich aus § 115 ergebenden Rechte des Schulelternbeirates bleiben unberührt.

§ 113 Vertretung ausländischer Eltern

Beträgt der Anteil ausländischer Schülerinnen und Schüler an der Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler einer Schule mindestens 10 vom Hundert, jedoch weniger als 50 vom Hundert, so wählen die Eltern der ausländischen Schülerinnen und Schüler in den Jahrgangsstufen der Grundstufe (Primarstufe) und der Mittelstufe (Sekundarstufe I) für jeweils angefangene 25 Schülerinnen und Schüler und in den Jahrgangsstufen der Oberstufe (Sekundarstufe II) für jeweils angefangene 20 Schülerinnen und Schüler, in der Berufsschule für jeweils angefangene 50 Schülerinnen und Schüler aus ihrer Mitte für die Dauer von zwei Jahren je eine Elternvertreterin oder einen Elternvertreter und je eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter. Diese Elternvertreterinnen und Elternvertreter gehören dem Schulelternbeirat mit beratender Stimme an.

§ 114 Aufgaben des Schulelternbeirates

(1) Der Schulelternbeirat übt das Mitbestimmungsrecht an der Schule aus.

(2) Der Zustimmung des Schulelternbeirates bedürfen Entscheidungen der Schulkonferenz nach § 136 Nr. 1 bis 12 und der Gesamtkonferenz nach § 140 Nr. 3 bis 5.

(3) Der Schulelternbeirat ist anzuhören vor Entscheidungen der Schulkonferenz nach § 136 Nr. 13, 15, 16 und 17, bevor die Schulleiterin oder der Schulleiter Maßnahmen trifft, die für das Schulleben von allgemeiner Bedeutung sind, und vor der Auswahl von zugelassenen Schulbüchern.

(4) Der Schulelternbeirat kann sowohl Maßnahmen, die seiner Zustimmung bedürfen (Abs. 2), als auch Maßnahmen, bei denen er anzuhören ist (Abs. 3), vorschlagen. Der Vorschlag ist der Schulleiterin oder dem Schulleiter mit schriftlicher Begründung vorzulegen. § 115 Abs. 1 gilt entsprechend.

(5) Die Schulleiterin oder der Schulleiter unterrichtet den Schulelternbeirat über alle wesentlichen Angelegenheiten des Schullebens.

(6) Die oder der Vorsitzende, die Stellvertreterinnen oder Stellvertreter sowie drei weitere Angehörige des Schulelternbeirats können an der Gesamtkonferenz mit beratender Stimme teilnehmen. An den sonstigen Konferenzen der Lehrkräfte mit Ausnahme der Zeugnis- und Versetzungskonferenzen und solcher Konferenzen, an denen ausschließlich Personalangelegenheiten der Lehrerinnen und Lehrer behandelt werden, können bis zu drei Beauftragte des Schulelternbeirats teilnehmen.

(7) Der Schulelternbeirat hat das Recht, bei der Schulleiterin oder dem Schulleiter Vorstellungen gegen Maßnahmen zu erheben, welche seiner Meinung nach die Grundsätze des Art. 56 Abs. 2 bis 5 und Abs. 7 Satz 2 der Verfassung des Landes Hessen verletzen. Kommt eine Klärung nicht zustande, kann der Schulelternbeirat Beschwerde beim Staatlichen Schulamt einlegen.

§ 115

Zustimmungspflichtige Maßnahmen

(1) Zustimmungspflichtige Maßnahmen (§ 114 Abs. 2) sind im Schulelternbeirat mit dem Ziel einer Verständigung zu erörtern. Auf Verlangen der Schulleiterin oder des Schulleiters muss zu diesem Zweck der Schulelternbeirat mit Frist von einer Woche einberufen werden.

(2) Verweigert der Schulelternbeirat die Zustimmung, so kann die Schulkonferenz die Entscheidung des Staatlichen Schulamtes beantragen.

(3) Das Staatliche Schulamt entscheidet endgültig, nachdem es dem Schulelternbeirat Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben hat. In dringenden Fällen kann es den vorläufigen Vollzug anordnen.

(4) Lehnt die Schulkonferenz eine vom Schulelternbeirat beantragte, zustimmungspflichtige Maßnahme ab, so kann der Schulelternbeirat die Entscheidung des Staatlichen Schulamtes beantragen; Abs. 3 gilt entsprechend.

§ 116

Anhörungsbedürftige Maßnahmen

(1) Bei anhörungsbedürftigen Maßnahmen (§ 114 Abs. 3) gilt § 115 Abs. 1 entsprechend.

(2) Ist ohne Anhörung eine Maßnahme getroffen worden, die der Schulelternbeirat für anhörungsbedürftig hält, kann dieser binnen zwei Wochen nach Kenntnis die Entscheidung des Staatlichen Schulamtes beantragen.

§ 117

Abteilungselternschaften an beruflichen Schulen

(1) An den beruflichen Schulen mit Teilzeitunterricht treten an die Stelle der Klassenelternschaft Abteilungselternschaften für die an der Schule bestehenden Fachabteilungen.

(2) Die Abteilungselternschaften wählen für die Dauer von zwei Jahren den Abteilungselternbeirat, der sich aus der oder dem Vorsitzenden, der Stellvertreterin oder dem Stellvertreter sowie einer Beisitzerin oder einem Beisitzer zusammensetzt. An den Sitzungen der Abteilungselternschaften und der Abteilungselternbeiräte nimmt die Abteilungsleiterin oder der Abteilungsleiter oder eine Vertreterin oder ein Vertreter teil.

(3) Die Abteilungselternbeiräte und ihre Stellvertreterinnen oder Stellvertreter sind Mitglieder des Schulelternbeirates.

(4) An den Sitzungen der Abteilungselternschaften und der Abteilungselternbeiräte an beruflichen Schulen mit Teilzeitunterricht können je eine Vertreterin oder ein Vertreter der jeweiligen Fachrichtung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen teilnehmen.

Dritter Abschnitt Kreis- und Stadelternbeiräte

§ 118 Kreis- und Stadelternbeiräte

(1) Die Kreis- und Stadelternbeiräte werden von Vertreterinnen und Vertretern der Schulelternbeiräte der Landkreise, der kreisfreien Städte und der kreisangehörigen Gemeinden, die Träger von Schulen mehrerer Schulformen sind, getrennt nach Schulformen aus ihrer Mitte für die Dauer von zwei Jahren gewählt. Jeder Schulelternbeirat wählt hierzu aus dem Kreis seiner Mitglieder und deren Stellvertreterinnen und Stellvertreter für jeweils angefangene 500 Schülerinnen und Schüler eine Vertreterin oder einen Vertreter, mindestens jedoch zwei Vertreterinnen oder Vertreter, und eine entsprechende Anzahl von Ersatzvertreterinnen oder Ersatzvertretern.

(2) Der Kreis- oder Stadelternbeirat besteht aus höchstens neunzehn Mitgliedern. Ihm gehören an

drei Vertreterinnen oder Vertreter der Grundschulen,
eine Vertreterin oder ein Vertreter der Förderschulen,
eine Vertreterin oder ein Vertreter der erweiterten Realschulen,
eine Vertreterin oder ein Vertreter der Gymnasien,
eine Vertreterin oder ein Vertreter der schulformbezogenen (kooperativen) Gesamtschulen,
eine Vertreterin oder ein Vertreter der Integrierten Gesamtschulen,
eine Vertreterin oder ein Vertreter der Gemeinschaftsschule,
eine Vertreterin oder ein Vertreter der beruflichen Schulen,
eine Vertreterin oder ein Vertreter der Ersatzschulen

sowie weitere acht Elternvertreterinnen oder Elternvertreter aus dem Bereich der Förderschulen, der erweiterten Realschulen, der Gymnasien, der schulformbezogenen (kooperativen) Gesamtschulen, der Integrierten Gesamtschulen, der Gemeinschaftsschule und der beruflichen Schulen, die auf die einzelnen genannten Schulformen im Verhältnis ihrer Schülerzahlen im Landkreis, in der kreisfreien Stadt oder in der kreisangehörigen Gemeinde, die Schulträger ist, nach dem Höchstzahlverfahren d'Hondt verteilt werden.

(3) Die Wahlberechtigten wählen aus ihrer Mitte getrennt nach Schulformen für jede Vertreterin oder für jeden Vertreter einer Schulform drei, für Vertreterinnen oder Vertreter der beruflichen Schulen fünf Ersatzvertreterinnen oder Ersatzvertreter, die bei vorzeitigem Ausscheiden der Vertreterin oder des Vertreters in der Reihenfolge der auf sie bei der Wahl entfallenen Stimmen in das Amt nachrücken.

(4) Sind eine oder mehrere der in Abs. 2 genannten Schulformen in einem Landkreis, einer kreisfreien Stadt oder einer kreisangehörigen Gemeinde, die Schulträger ist, nicht vertreten, vermindert sich die Zahl der Mitglieder des Kreis- oder Stadelternbeirates und die Zahl der Ersatzvertreterinnen oder Ersatzvertreter entsprechend.

(5) Der Kreis- oder Stadelternbeirat wählt aus seiner Mitte eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden, eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter und nach Bedarf weitere Vorstandsmitglieder. Er gibt sich eine Geschäftsordnung, die dem Staatlichen Schulamt zur rechtlichen Prüfung vorzulegen ist und mit Zustimmung des Staatlichen Schulamtes in Kraft tritt.

(6) An den Sitzungen der Kreis- und Stadelternbeiräte nehmen Schulaufsichtsbeamtinnen oder -beamte als Vertreterinnen oder Vertreter des Staatlichen Schulamtes sowie je eine Vertreterin oder ein Vertreter des Kreis Ausschusses der Landkreise oder des Magistrats der kreisfreien Städte oder der kreisangehörigen Gemeinden, die Schulträger sind, teil. Die oder der Vor-

sitzende kann weitere Personen einladen. Aus besonderen Gründen kann der Kreis- oder Stadtelternbeirat allein beraten.

(7) Die oder der Vorsitzende beruft Sitzungen nach Bedarf, mindestens einmal im Schuljahr, ein. Eine Sitzung ist einzuberufen, wenn das Staatliche Schulamt oder mindestens ein Fünftel der Mitglieder es verlangt.

(8) Bei der Beratung von Angelegenheiten der Förderschulen und der beruflichen Schulen sollen von der oder dem Vorsitzenden bis zu drei zusätzliche Vertreterinnen oder Vertreter dieser Schulformen mit beratender Stimme hinzugezogen werden. Zu den Sitzungen der Kreis- und Stadtelternbeiräte sollen von der oder dem Vorsitzenden bis zu drei Vertreterinnen oder Vertreter der Eltern der ausländischen Schülerinnen und Schüler mit beratender Stimme hinzugezogen werden.

§ 119

Aufgaben der Kreis- und Stadtelternbeiräte

(1) Die Kreis- und Stadtelternbeiräte beraten und fördern die Arbeit der Schulelternbeiräte.

(2) Der Kreis- oder Stadtelternbeirat ist anzuhören zum Schulentwicklungsplan des Schulträgers, vor Neuerrichtung einer Versuchsschule und bei Maßnahmen im Sinne des § 114 Abs. 2, sofern von diesen mehrere Schulen im Gebiet des Schulträgers gleichzeitig unmittelbar betroffen werden; die Rechte der Schulelternbeiräte bleiben unberührt.

(3) Kreis- und Stadtelternbeiräte sind auf Antrag eines Viertels der Schulelternbeiratsvorsitzenden, mindestens jedoch einmal im Schuljahr, verpflichtet, den Schulelternbeiratsvorsitzenden in Versammlungen über ihre Tätigkeit zu berichten. Den Schulelternbeiratsvorsitzenden ist hierbei Gelegenheit zur Stellungnahme und zur Darlegung eigener Vorstellungen zu geben.

Vierter Abschnitt Landeselternbeirat

§ 120 Landeselternbeirat

(1) Der Landeselternbeirat wird von Delegierten getrennt nach Schulformen für die Dauer von drei Jahren gewählt.

(2) Die Delegierten und die Ersatzdelegierten werden von Vertreterinnen und Vertretern der Schulelternbeiräte in den Landkreisen und in den kreisfreien Städten getrennt nach Schulformen gewählt. Jeder Schulelternbeirat wählt hierzu aus dem Kreis seiner Mitglieder und deren Stellvertreterinnen und Stellvertreter für jeweils angefangene 500 Schülerinnen und Schüler eine Vertreterin oder einen Vertreter, mindestens jedoch zwei Vertreterinnen oder Vertreter, und eine entsprechende Zahl von Ersatzvertreterinnen oder Ersatzvertretern.

(3) Auf jeweils angefangene 10 000 Schülerinnen und Schüler der im Landkreis oder in der kreisfreien Stadt vertretenen Schulform entfällt eine Delegierte oder ein Delegierter und eine Ersatzdelegierte oder ein Ersatzdelegierter.

(4) Wählbar als Delegierte oder Delegierter einer Schulform ist jeder Elternteil, dessen Kind eine Schule dieser Schulform im Landkreis oder in der kreisfreien Stadt besucht und die oder der an dieser Schule Klassenelternbeirat, Jahrgangselternvertreterin oder Jahrgangselternvertreter, Abteilungselternbeirat oder Stellvertreterin oder Stellvertreter ist. Wählbar ist auch, wer Vertreterin oder Vertreter oder Ersatzvertreterin oder Ersatzvertreter dieser Schulform im Kreis- und Stadtelternbeirat ist.

(5) Der Landeselternbeirat besteht aus achtzehn Mitgliedern, und zwar aus

drei Vertreterinnen oder Vertretern der Grundschulen,
zwei Vertreterinnen oder Vertretern der Förderschulen,
zwei Vertreterinnen oder Vertretern der erweiterten Realschulen,
zwei Vertreterinnen oder Vertretern der Gymnasien,

zwei Vertreterinnen oder Vertretern der schulformbezogenen (kooperativen) Gesamtschulen,
zwei Vertreterinnen oder Vertretern der Integrierten Gesamtschulen,
zwei Vertreterinnen oder Vertretern der Gemeinschaftsschule,
zwei Vertreterinnen oder Vertretern der beruflichen Schulen, von denen eine Vertreterin oder ein Vertreter der Elternschaft einer weiterführenden beruflichen Schule angehören soll,
einer Vertreterin oder einem Vertreter der Ersatzschulen.

(6) Die Delegierten wählen getrennt nach Schulformen für jede Vertreterin oder jeden Vertreter einer Schulform drei, für die Vertreterinnen oder Vertreter der beruflichen Schulen fünf Ersatzvertreterinnen oder Ersatzvertreter, die bei vorzeitigem Ausscheiden der Vertreterin oder des Vertreters in der Reihenfolge der auf sie bei der Wahl entfallenen Stimmen in das Amt nachrücken.

(7) Wählbar als Vertreterin oder Vertreter oder als Ersatzvertreterin oder Ersatzvertreter einer Schulform ist jeder Elternteil, dessen Kind eine Schule dieser Schulform besucht. Der Elternteil muss ferner an dieser Schule Klassenelternbeirat, Jahrgangselternvertreterin oder -vertreter oder Abteilungselternbeirat oder deren Stellvertreterin oder Stellvertreter oder Vertreterin oder Vertreter oder Ersatzvertreterin oder Ersatzvertreter dieser Schulform in einem Kreis- oder Stadtelternbeirat zum Zeitpunkt der Wahl sein oder eines dieser Ämter wenigstens für die Dauer einer Amtsperiode innegehabt haben.

(8) In Fachfragen der in Abs. 5 genannten Schulformen kann der Landeselternbeirat gegen den Widerspruch der betroffenen Vertretergruppen nur mit Zweidrittelmehrheit beschließen.

(9) Der Landeselternbeirat wählt aus seiner Mitte die Vorsitzende oder den Vorsitzenden und zwei Stellvertreterinnen oder Stellvertreter. Er gibt sich eine Geschäftsordnung, die dem Hessischen Kultusministerium zur rechtlichen Prüfung vorzulegen ist und mit Zustimmung des Hessischen Kultusministeriums in Kraft tritt.

(10) Der Landeselternbeirat wird von der oder dem Vorsitzenden nach Bedarf einberufen. Er ist innerhalb von vier Unterrichtswochen einzuberufen, wenn mindestens ein Fünftel der Mitglieder oder das Kultusministerium es unter Angabe der zu beratenden Gegenstände verlangt.

§ 121 Ausschüsse

(1) Der Landeselternbeirat soll zu seiner Beratung Ausschüsse für die in ihm vertretenen Schulformen bilden.

(2) Den Ausschüssen gehören die Mitglieder des Landeselternbeirates, die die betreffende Schulform vertreten, und ihre Ersatzvertreterinnen oder Ersatzvertreter an. Der Landeselternbeirat kann in besonderen Ausnahmefällen weitere Eltern in diese Ausschüsse berufen.

§ 122 Zustimmungspflichtige Maßnahmen

(1) Der Zustimmung des Landeselternbeirates bedürfen

1. allgemeine Bestimmungen über Bildungsziele und Bildungsgänge, insbesondere in Lehrplänen und Prüfungsordnungen, soweit sie das Unterrichtswesen der Schulen gestalten,
2. allgemeine Bestimmungen, welche die Aufnahme in weiterführende Schulen und die Übergänge zwischen den Bildungsgängen regeln,
3. allgemeine Richtlinien für die Auswahl von Lernmitteln,
4. allgemeine Schulordnungen, soweit sie das Unterrichtswesen gestalten.

(2) Zustimmungspflichtige Maßnahmen sind zwischen dem Kultusministerium und dem Landeselternbeirat mit dem Ziel einer Verständigung zu erörtern. Bei Einverständnis der Beteiligten kann von einer Erörterung abgesehen werden. Der Landeselternbeirat hat über den Antrag des Kultusministe-

riums, der Maßnahme zuzustimmen, innerhalb von zehn Wochen nach Antragstellung zu entscheiden. Hat der Landeselternbeirat in dieser Frist nicht entschieden, gilt die Zustimmung als erteilt.

(3) Verweigert der Landeselternbeirat seine Zustimmung, so ist dieser Beschluss schriftlich zu begründen. Hält das Kultusministerium seinen Antrag aufrecht, so hat der Landeselternbeirat innerhalb von zehn Wochen nach dieser Mitteilung erneut zu beraten und zu entscheiden; Abs. 2 Satz 4 gilt entsprechend. Wird die Zustimmung wiederum verweigert, entscheidet das Kultusministerium endgültig. Hat der Landeselternbeirat den zweiten ablehnenden Bescheid mit mehr als zwei Dritteln der Zahl seiner gesetzlichen Mitglieder gefasst, so kann das Kultusministerium eine gegenteilige Entscheidung nur mit Zustimmung der Landesregierung treffen.

§ 123 Anhörungsbedürftige Maßnahmen

(1) Der Landeselternbeirat ist anzuhören bei der Aufstellung von Richtlinien über Umfang und Ausgestaltung der Schulgrundstücke und Schulbauten, über Einrichtung der Schulräume, über Ausstattung der Schulen mit Lernmitteln und Büchereien sowie bei sonstigen wichtigen Maßnahmen des Unterrichtswesens.

(2) In Fällen anhörungsbedürftiger Maßnahmen gilt § 122 Abs. 2 entsprechend. Ist eine solche Maßnahme ohne Anhörung getroffen, soll die Anhörung nachgeholt werden.

§ 124 Auskunfts- und Vorschlagsrecht

(1) Das Kultusministerium erteilt dem Landeselternbeirat auf Verlangen Auskunft über Angelegenheiten, die für die Gestaltung des Unterrichtswesens von allgemeiner Bedeutung sind.

(2) Der Landeselternbeirat hat ein Vorschlagsrecht für Maßnahmen zur Gestaltung des Unterrichtswesens.

NEUNTER TEIL Schülerinnen und Schüler

§ 125 Die Schülervertretung

(1) Bei der Verwirklichung der Bildungs- und Erziehungsziele der Schule im Sinne des Art. 56 Abs. 4 der Verfassung des Landes Hessen wirken die Schülerinnen und Schüler durch ihre Schülervertretung eigenverantwortlich mit.

(2) Die Schülervertreterinnen und Schülervertreter nehmen die Interessen der Schülerinnen und Schüler in der Schule, gegenüber den Schulaufsichtsbehörden und der Öffentlichkeit wahr und üben die Mitbestimmungsrechte der Schülerinnen und Schüler in der Schule aus. Sie können im Rahmen des Bildungs- und Erziehungsauftrags der Schule selbst gestellte Aufgaben in eigener Verantwortung durchführen. Veranstaltungen der Schülervertretung auf dem Schulgrundstück oder in anderen Einrichtungen, die regelmäßig schulischen Zwecken dienen, sind Schulveranstaltungen.

(3) Die Schülervertreterinnen und Schülervertreter werden durch die Schülerinnen und Schüler gewählt und können nur durch sie abgewählt werden.

(4) Die zur näheren Ausführung des neunten Teils erforderlichen Regelungen, insbesondere zur Wahl der Schülervertretung, ihrer Organisation in der Schule, ihrer verantwortlichen Mitwirkung in der Schule und der Aufsichtsführung bei eigenen Veranstaltungen, werden durch Rechtsverordnung getroffen.

§ 126

Die Schülervertretung in der Schule

- (1) In der Grundstufe (Primarstufe) sind die Schülerinnen und Schüler in die Arbeit der Schülervertretung einzuführen. Die Schülerschaft einer Klasse wählt aus ihrer Mitte eine Klassensprecherin oder einen Klassensprecher.
- (2) In den Schulen der Mittel- und Oberstufe (Sekundarstufe I und II) wählt die Schülerschaft einer Klasse oder der Gruppe, die in Schulen ohne Klassenverband die Aufgabe der Klasse hat, eine Klassensprecherin oder einen Klassensprecher und eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter für die Dauer eines Schuljahres. Diese Schülervertreterinnen und Schülervertreter können an den Klassenkonferenzen mit Ausnahme der Zeugnis- und Versetzungskonferenzen mit beratender Stimme teilnehmen.
- (3) Die Klassensprecherinnen und -sprecher bilden den Schülerrat der Schule, die Schulsprecherin als Vorsitzende oder der Schulsprecher als Vorsitzender und zwei Stellvertreterinnen oder Stellvertreter den Vorstand des Schülerrats. Der Vorstand wird entweder vom Schülerrat aus seiner Mitte oder von allen Schülerinnen und Schülern aus ihrer Mitte gewählt. Über das Wahlverfahren beschließt die Schülerschaft mit Mehrheit.
- (4) Der Schülerrat an beruflichen Schulen besteht aus den in Teilversammlungen der Berufsschulen zu wählenden Tagessprecherinnen und -sprechern und ihren Stellvertreterinnen oder Stellvertretern sowie aus den Klassensprecherinnen und -sprechern der beruflichen Vollzeitschule.
- (5) Der Schülerrat übt die Mitbestimmungsrechte in der Schule aus. Für die Ausübung gelten die Vorschriften der §§ 114 bis 116 entsprechend. Die Schulsprecherin oder der Schulsprecher, die Stellvertreterinnen und Stellvertreter sowie drei weitere Angehörige des Schülerrats können an den Gesamtkonferenzen mit beratender Stimme teilnehmen. An den sonstigen Konferenzen der Lehrkräfte, mit Ausnahme der Zeugnis- und Versetzungskonferenzen und solcher Konferenzen, in denen ausschließlich Personalangelegenheiten der Lehrerinnen und Lehrer behandelt werden, können bis zu drei Beauftragte des Schülerrats teilnehmen. § 107 gilt mit der Maßgabe entsprechend, dass die Konferenzen die Schülervertreterinnen und Schülervertreter, die ihre Pflicht zur Verschwiegenheit verletzen, auf Dauer oder Zeit von der weiteren Teilnahme ausschließen können.
- (6) An Schulen mit mindestens fünf Lehrerinnen und Lehrern kann der Schülerrat zu seiner Beratung eine Verbindungslehrerin oder einen Verbindungslehrer und eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter wählen. Bei der Wahrnehmung dieser Aufgabe sind die Verbindungslehrerinnen und -lehrer an dienstliche Weisungen nicht gebunden.
- (7) Der Schülerrat hat mindestens einmal im Schuljahr eine Schülerversammlung, an Berufsschulen eine Teilversammlung einzuberufen, die der Unterrichtung und Aussprache über seine Arbeit und über wichtige schulische Angelegenheiten dient. Sie findet während der Unterrichtszeit statt.
- (8) Die Schulleiterin oder der Schulleiter soll dem Schülerrat geeignete Räume und die zur Erfüllung der Aufgaben erforderliche Zeit zur Verfügung stellen. Dem Schülerrat soll die Benutzung der Schulverwaltungseinrichtungen gestattet werden. Die Schulleiterin oder der Schulleiter darf in die Arbeit des Schülerrats nur eingreifen, soweit es zur Einhaltung von Rechts- und Verwaltungsvorschriften und Beschlüssen der Schulkonferenz erforderlich ist.
- (9) Auf Förderschulen finden Abs. 1 bis 8 Anwendung, soweit die besondere Aufgabenstellung dieser Schulen es nicht ausschließt.

§ 127

Kreis- und Stadtschülerrat

- (1) Die Kreis- und Stadtschülerräte werden von jeweils zwei Vertreterinnen und Vertretern des Schülerrats der Schulen, einschließlich der Ersatzschulen, eines Landkreises, einer kreisfreien Stadt oder einer kreisangehörigen Gemeinde, die Träger von Schulen mehrerer Schulformen ist, gebildet. Die Vertreterin oder der Vertreter und jeweils eine Stellvertreterin oder ein

Stellvertreter werden aus der Mitte des Schülerrats für die Dauer eines Schuljahres gewählt.

(2) Der Kreis- oder Stadtschülerrat wählt aus seiner Mitte die Kreis- oder Stadtschulsprecherin oder den Kreis- oder Stadtschulsprecher als Vorsitzende oder Vorsitzenden und zwei Stellvertreterinnen oder Stellvertreter. Er kann zu seiner Beratung bis zu drei Kreis- oder Stadtverbindungslehrerinnen oder -lehrer wählen. § 126 Abs. 6 Satz 2 gilt entsprechend.

(3) Für die Aufgaben des Kreis- oder Stadtschülerrats gilt § 119 entsprechend.

(4) Den Mitgliedern des Kreisschülerrats werden die notwendigen Fahrkosten ersetzt.

§ 128 Landesschülerrat

(1) Der Landesschülerrat wird von jeweils einer Vertreterin oder einem Vertreter der Kreis- und Stadtschülerräte gebildet. Die Vertreterin oder der Vertreter und eine Stellvertreterin oder ein Stellvertreter werden aus der Mitte des Kreis- oder Stadtschülerrats für die Dauer eines Schuljahres gewählt.

(2) Der Landesschülerrat wählt die Landesschulsprecherin oder den Landesschulsprecher und zwei Stellvertreterinnen oder Stellvertreter als Landesvorstand aus seiner Mitte; bis zu acht weitere Schülerinnen und Schüler können zur Mitarbeit im Landesvorstand gewählt werden. Der Landesvorstand vertritt die schulischen Interessen der Schülerinnen und Schüler aller Schulformen und -stufen gegenüber dem Kultusministerium. Der Landesschülerrat gibt sich im Einvernehmen mit dem Kultusministerium eine Geschäftsordnung.

(3) Der Landesschülerrat wird von dem Landesbeirat der Schülervertretung beraten. Diesem gehören in der Regel fünf Lehrerinnen und Lehrer an, die der Landesschülerrat in der Regel aus dem Kreis der Verbindungslehrerinnen und -lehrer für die Dauer von zwei Schuljahren wählt. Eine erneute Wahl zum Mitglied im Landesbeirat ist möglich. Der Landesschülerrat kann mit einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln seiner Mitglieder ein Mitglied des Landesbeirats abwählen, wenn eine vertrauensvolle Zusammenarbeit auf Dauer nicht mehr zu erwarten ist.

(4) Der Landesschülerrat ist anzuhören zu

1. allgemeinen Bestimmungen über Bildungsziele und Bildungsgänge, insbesondere in Lehrplänen und Prüfungsordnungen,
2. allgemeinen Bestimmungen, welche die Aufnahme in weiterführende Schulen und die Übergänge zwischen den Bildungsgängen regeln,
3. allgemeinen Richtlinien für die Auswahl von Lernmitteln,
4. allgemeinen Schulordnungen, soweit sie das Unterrichtswesen gestalten.

Das Kultusministerium kann dem Landesschülerrat eine Frist für die Stellungnahme setzen. § 123 Abs. 2 und § 124 gelten entsprechend.

§ 129 Studierendenvertretung

(1) An den Schulen für Erwachsene und an den Fachschulen werden Studierendenvertretungen gewählt. Sind Fachschulen Bestandteil einer beruflichen Schule (§ 44), können die Schülerinnen und Schüler und die Studierenden jeweils mit Mehrheit beschließen, eine gemeinsame Vertretung zu bilden. Auf die Studierendenvertretung sind die §§ 125 bis 128 entsprechend mit der Maßgabe anzuwenden, dass

1. der Vorstand des Studierendenrats der Schule unmittelbar von allen Studierenden gewählt wird, wenn diese es beschließen,
2. der Landesstudierendenrat der Schulen für Erwachsene von je einer Vertreterin oder einem Vertreter einer jeden Schule für Erwachsene gebildet wird und

3. der Landesstudierendenrat der Fachschulen aus neun Mitgliedern besteht; diese und eine gleiche Zahl von Ersatzmitgliedern werden aus der Mitte einer Delegiertenversammlung gewählt, in die die Studierendenvertretung einer jeden Fachschule eine Vertreterin oder einen Vertreter entsendet.
- (2) Der Zustimmung des Landesstudierendenrats bedürfen die Bestimmungen über Bildungsziele, Bildungsgänge und die Aufnahme in sie, insbesondere in Lehrplänen und Prüfungsordnungen, soweit sie ausschließlich den Unterricht der von ihm vertretenen Schulen gestalten. § 122 Abs. 2 und 3 gilt entsprechend.
- (3) Die in diesem Gesetz über den neunten Teil hinaus für die Schülervertretung getroffenen Regelungen gelten für die Studierendenvertretung entsprechend.

§ 130

Meinungsfreiheit, Schüler- und Schulzeitungen und Schülergruppen

- (1) Die Schülerinnen und Schüler haben das Recht, in der Schule ihre Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten, soweit die Sicherung des Bildungsauftrages der Schule keine Einschränkungen, insbesondere hinsichtlich des Zeitpunkts, des Umfangs und des Gegenstands der Meinungsäußerung, innerhalb des Unterrichts und sonstiger Schulveranstaltungen erfordert. Über notwendige Einschränkungen entscheidet die Lehrerin oder der Lehrer in pädagogischer Verantwortung.
- (2) Schülerzeitungen sind Zeitungen, die von Schülerinnen und Schülern geschrieben und für Schülerinnen und Schüler einer oder mehrerer Schulen herausgegeben werden. Sie können in der Schule verteilt werden, stehen anders als die von einer bestimmten Schule unter der Verantwortung der Schulleiterin oder des Schulleiters herausgegebene Schulzeitung außerhalb der Verantwortung der Schule und unterliegen dem Presserecht sowie den übrigen gesetzlichen Bestimmungen. Das Kultusministerium kann Richtlinien zu den Schüler- und Schulzeitungen erlassen.
- (3) Die Schülerinnen und Schüler haben das Recht, an der Schule sich in Schülergruppen zu betätigen. Die Betätigung in der Schule kann von der Schulleiterin oder dem Schulleiter eingeschränkt oder verboten werden, wenn es die Sicherung des Bildungsauftrags der Schule erfordert. Den Schülergruppen können Räume und sonstige schulische Einrichtungen zur Verfügung gestellt werden, wenn der Schul- und Unterrichtsbetrieb dadurch nicht beeinträchtigt wird. Die Schulkonferenz regelt Grundsätze für die Betätigung von Schülergruppen in der Schule.

ZEHNTER TEIL

Schulverfassung

Erster Abschnitt Selbstverantwortung der Schule

§ 131

Begriff der Schule

- (1) Schulen im Sinne dieses Gesetzes sind für die Dauer bestimmte Bildungseinrichtungen, in denen unabhängig vom Wechsel der Lehrerinnen und Lehrer und der Schülerinnen und Schüler allgemeinbildender oder berufsqualifizierender Unterricht planmäßig in mehreren Gegenstandsbereichen einer Mehrzahl von Schülerinnen und Schülern erteilt wird und Erziehungsziele verfolgt werden.
- (2) Abs. 1 gilt auch für Schulen in freier Trägerschaft.

§ 132

Grundsätze der Selbstverantwortung

- (1) Die Schule ist im Rahmen der staatlichen Verantwortung und der Rechts- und Verwaltungsvorschriften selbstständig in der Planung und Durchführung des Unterrichts und des Schullebens, in der Erziehung und in der Verwaltung ihrer eigenen Angelegenheiten.

(2) Die öffentlichen Schulen sind nicht rechtsfähige öffentliche Anstalten. Die Rechtsträger (§ 145) ermächtigen die Schulen, im Rahmen der ihnen zur Verfügung stehenden Mittel Rechtsgeschäfte mit Wirkung für den ermächtigenden Rechtsträger abzuschließen und für diese Verpflichtungen einzugehen. Bei Abschluss der Rechtsgeschäfte handelt die Schulleiterin oder der Schulleiter in Vertretung des jeweiligen Rechtsträgers. Die Rechtsgeschäfte müssen der Erfüllung des Bildungs- und Erziehungsauftrags der Schule dienen.

(3) Die Schulträger sollen den Schulen für einen eigenen Haushalt die Mittel der laufenden Verwaltung und Unterhaltung und die Mittel zur Verbesserung der Lernbedingungen zur Verfügung stellen sowie die Entscheidungsbefugnis über deren Verwendung nach Maßgabe ihrer jeweiligen Richtlinien einräumen. Der Schule wird die Bewirtschaftung der zur Verfügung gestellten Mittel übertragen, wenn die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen dafür gegeben sind. Dafür muss insbesondere ein geeignetes Verfahren zur Verfügung stehen, mit dem die Einhaltung des Budgets und die jederzeitige Überprüfbarkeit der Mittelbewirtschaftung sichergestellt werden. Satz 1 und 2 gelten entsprechend für Mittel des Landes, die es Schulen zur Verfügung stellt. Über den Haushalt beschließt die Schulkonferenz auf Vorschlag der Gesamtkonferenz. Die Schulleiterin oder der Schulleiter hat Beschlüssen zu widersprechen, die gegen Richtlinien des Schulträgers oder des Landes verstoßen; § 88 Abs. 4 und 5 gilt entsprechend.

(4) Auf der Grundlage einer Vereinbarung zwischen dem Land und dem jeweiligen Schulträger kann den Einzelschulen ein gemeinsames Budget zur Verfügung gestellt werden. Abs. 3 gilt entsprechend.

(5) Die Schule kann insbesondere zur Unterstützung des Erwerbs von Handlungskompetenz Schülerfirmen einrichten. Schülerfirmen können auch in Zusammenarbeit mit Dritten eingerichtet werden. Soweit es zur Erreichung der Bildungs- und Erziehungsziele förderlich ist, können Schülerfirmen auch Leistungen gegenüber Dritten erbringen.

(6) Die Entscheidungen der Schule werden von der Schulleitung und den Konferenzen nach Maßgabe dieses Gesetzes getroffen. Sie finden ihre Grenzen darin, dass die personellen, sächlichen und haushaltsmäßigen Voraussetzungen zu ihrer Ausführung gegeben sein müssen.

§ 133

Pädagogische Selbstverantwortung und Schulprogramm

(1) Die Schule bestimmt im Rahmen der Rechts- und Verwaltungsvorschriften ihre pädagogische, didaktische, fachliche und organisatorische Tätigkeit selbst. In diesem Rahmen kann sie sich ein eigenes Profil geben. Sie wahrt hierbei Chancengleichheit, Durchlässigkeit der Bildungsgänge, die Standards und die Voraussetzungen für die Anerkennung der Abschlüsse. Die Schule entscheidet auf der Grundlage des vorhandenen Bedarfs und ihrer personellen, sächlichen und haushaltsmäßigen Möglichkeiten.

(2) Die Schule nimmt ihre Selbstverantwortung in partnerschaftlichem Zusammenwirken von Eltern und Schülerinnen und Schülern ihrem Alter entsprechend sowie Lehrkräften und sonstigen an der Schule tätigen Personen wahr.

(3) Die Befugnis der Schule, Unterricht, Schulleben und Erziehung selbstständig zu planen und durchzuführen (§ 132 Abs. 1), darf durch Rechts- und Verwaltungsvorschriften und Anordnungen der Schulaufsicht nicht unnötig oder unzumutbar eingeengt werden.

(4) Durch ein Schulprogramm gestaltet die Schule den Rahmen, in dem sie ihre pädagogische Verantwortung für die eigene Entwicklung und die Qualität ihrer pädagogischen Arbeit wahrnimmt. Sie legt darin auf der Grundlage einer Bestandsaufnahme die Ziele ihrer Arbeit in Unterricht, Erziehung, Beratung und Betreuung unter Berücksichtigung des allgemeinen Bildungs- und Erziehungsauftrags der Schule und der Grundsätze ihrer Verwirklichung (§§ 2 und 3), die wesentlichen Mittel zum Erreichen dieser Ziele und die erforderlichen Formen der Zusammenarbeit der Lehrerinnen und Lehrer fest. Im Schulprogramm sind Aussagen zum Beratungsbedarf, zur Organisationsentwicklung und zur Personalentwicklung der Schule zu machen. Teil

des Schulprogramms ist ein Fortbildungsplan, der den Fortbildungsbedarf der Lehrkräfte erfasst. Die Schule kann unter Nutzung der unterrichtsorganisatorischen und inhaltlichen Gestaltungsräume ihre Schwerpunkte setzen, sich so ein eigenes pädagogisches Profil geben und, insbesondere unter Berücksichtigung der Bedürfnisse ihres Umfeldes (§ 20), besondere Aufgaben wählen.

(5) Die Schule entwickelt ihr Programm in Abstimmung mit den Schulen, mit denen sie zusammenarbeitet (§ 13 Abs. 4 Satz 1), und darüber hinaus mit dem Schulträger, soweit das Programm zusätzlichen Sachaufwand begründet. Sie soll die Beratung des Instituts für Qualitätsentwicklung, der Schulaufsichtsbehörden oder anderer geeigneter Beratungseinrichtungen in Anspruch nehmen. Sie überprüft regelmäßig in geeigneter Form die angemessene Umsetzung des Programms und die Qualität ihrer Arbeit (interne Evaluation). Das Programm ist fortzuschreiben, und zwar insbesondere dann, wenn sich die Rahmenbedingungen für seine Umsetzung verändert haben oder die Schule ihre pädagogischen Ziele neu bestimmen will. Über das Programm und seine Fortschreibung beschließt die Schulkonferenz auf der Grundlage eines Vorschlags der Gesamtkonferenz.

(6) Das Programm und seine Fortschreibung bedürfen der Zustimmung des Staatlichen Schulamtes. Die Zustimmung ist zu versagen, wenn

1. das Programm nicht mit den Grundsätzen der §§ 2 und 3 vereinbar ist,
2. mit ihm die Gleichwertigkeit des schulischen Angebots in den Bereichen des Unterrichts, der Betreuung und Erziehung nicht gewährleistet ist, insbesondere der nach den Anforderungen der Bildungsgänge notwendige Standard nicht sichergestellt werden kann oder
3. das Programm nicht den Anforderungen des Abs. 2 entspricht und nicht nach Abs. 3 Satz 1 abgestimmt worden ist.

(7) Das Schulprogramm, dem zugestimmt worden ist, ist eine Grundlage der Zielvereinbarungen zwischen dem Staatlichen Schulamt und der Schule über Maßnahmen ihrer Qualitäts- und Organisationsentwicklung.

(8) Die Schule wirkt an ihrer Personalentwicklung insbesondere über eine Stellenausschreibung mit, die ihr Programm berücksichtigt.

§ 134

Erweiterte Selbstverantwortung

(1) Den Schulen mit erweiterter Selbstverantwortung werden über bestehende Vorschriften hinausgehende Rechte bei der Stellenbewirtschaftung, Personalverwaltung, Sachmittelverwaltung sowie in der Unterrichtsorganisation und inhaltlichen Ausgestaltung des Unterrichts eingeräumt.

(2) Neue Formen der Schulleitung und der Mitwirkung der Lehrkräfte, Eltern und Schülerinnen und Schüler sowie Dritter, sofern sie die Regelungen nach §§ 114 bis 116, 126 sowie 135 bis 137 nicht einschränken, und Formen rechtlicher Selbständigkeit können umgesetzt werden.

(3) Die selbstverantwortliche berufliche Schule überprüft und bewertet mit einem Qualitätsmanagementsystem auf der Grundlage ihres Schulprogramms den Erfolg ihrer Arbeit. Sie plant Verbesserungsmaßnahmen und führt diese nach einer von ihr festgelegten Reihenfolge durch.

(4) Die Entscheidung über die Ausübung erweiterter Selbstverantwortung gemäß Abs. 1 bis 3 trifft die Schule in ihren dafür zuständigen Gremien. In den Fragen, in denen die Rechte der Schulträger betroffen sind, ist Einvernehmen mit ihm herzustellen. Das Staatliche Schulamt kann dem Beschluss nur widersprechen, wenn die Konzeption nicht mit den Grundsätzen der §§ 2 und 3 vereinbar ist.

(5) Die Rechtsträger (§ 145) der öffentlichen Schulen können auf Antrag der Schulen oder eines Schulverbundes durch Satzung oder öffentlich-rechtlichen Vertrag diese in der Rechtsform einer rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts errichten.

(6) Die Staatliche Schulaufsicht, das Amt für Lehrerbildung und das Institut zur Qualitätsentwicklung sind verpflichtet, die Schulen mit erweiterter Selbstverantwortung zu unterstützen.

Zweiter Abschnitt Schulkonferenz

§ 135 Aufgaben

(1) Die Schulkonferenz ist das Organ gemeinsamer Beratung und Beschlussfassung, in der Lehrerinnen und Lehrer, Eltern sowie Schülerinnen und Schüler (Schulgemeinde) zusammenwirken. Sie berät alle wichtigen Angelegenheiten der Schule und vermittelt bei Meinungsverschiedenheiten.

(2) Die Schulkonferenz kann gegenüber anderen Konferenzen Empfehlungen abgeben. Die Empfehlung muss auf der nächsten Sitzung dieser Konferenz beraten werden.

(3) Die Rechte der Elternbeiräte nach dem achten Teil dieses Gesetzes, der Schüler- und Studierendenvertretung nach dem neunten Teil dieses Gesetzes und der Personalräte nach dem Personalvertretungsgesetz bleiben unberührt.

§ 136 Entscheidungsrechte

Die Schulkonferenz entscheidet über

1. das Schulprogramm (§ 133),
2. Abweichungen von der Stundentafel (§ 11 Abs. 5),
3. Zusammenfassung von Fächern zu Lernbereichen und die Umsetzung der Aufgabengebiete (§ 7 Abs. 3 und 4),
4. Grundsätze für die Einrichtung und den Umfang freiwilliger Unterrichts- und Betreuungsangebote und über die Verpflichtung zur Teilnahme an Ganztagsangeboten (§ 18 Abs. 5) sowie über Art, Umfang und Schwerpunkte des Walunterrichts in der Mittelstufe im gymnasialen Bildungsgang (§ 6 Abs. 3),
5. die Einführung eines zweiten Einschulungstermin zum Beginn des zweiten Schulhalbjahres in der Grundschule (§ 59 Abs. 1),
6. die Auswahl der Fremdsprache in der Grundschule und den Verzicht auf Ziffernnoten in der 3. Jahrgangsstufe,
7. Verzicht auf Ziffernnoten zur Beurteilung des Arbeits- und Sozialverhaltens (§ 74 Abs. 1),
8. Art, Umfang und Beginn der Fachleistungsdifferenzierung in der Integrierten Gesamtschule (§ 28 Abs. 4) sowie des schulzweigübergreifenden Unterrichts in der schulformbezogenen (kooperativen) Gesamtschule (§ 28 Abs. 7),
9. Grundsätze für Hausaufgaben und Klassenarbeiten,
10. die Stellung des Antrags auf Weiterentwicklung der Schule zu einer Gemeinschaftsschule (§ 14),
11. die Stellung des Antrags auf Durchführung eines Schulversuchs oder der Umwandlung einer Schule in eine Versuchsschule (§ 17 Abs. 3) und zur Erprobung eines Modells erweiterter Selbstständigkeit (§ 134),
12. Grundsätze für die Mitarbeit von Eltern und anderen Personen im Unterricht und bei sonstigen Schulveranstaltungen (§ 20 Abs. 4),
13. Grundsätze der Zusammenarbeit mit anderen Schulen und außerschulischen Einrichtungen sowie für Vereinbarungen mit Dritten im Rahmen von Projekten zur Öffnung der Schule, der Organisation des Schüleraustausches und internationaler Zusammenarbeit sowie über die Vereinbarung zu Schulpartnerschaften und schulinterne Grundsätze für Schulfahrten und Wandertage,
14. den schuleigenen Haushalt im Rahmen der Richtlinien (§ 132 Abs. 3),
15. die Verteilung des Unterrichts auf sechs statt auf fünf Wochentage (§ 11 Abs. 4) und die Durchführung besonderer Schulveranstaltungen,

16. die Verteilung des Unterrichts im Rahmen der Kontingent-Studentafeln auf die einzelnen Jahrgangsstufe und Unterrichtsfächer nach Maßgabe der Verordnung nach § 11 Abs. 5,
17. Schulordnungen zur Regelung des geordneten Ablaufs des äußeren Schulbetriebs einschließlich der Regelungen über
 - a) die Einrichtung von Schulkiosken und das zulässige Warenangebot,
 - b) die Vergabe von Räumen und sonstigen schulischen Einrichtungen außerhalb des Unterrichts an schulische Gremien der Schülerinnen und Schüler und der Eltern,
 - c) Grundsätze zur Betätigung von Schülergruppen in der Schule (§ 130 Abs. 3) im Einvernehmen mit dem Schulträger,
18. Stellungnahmen und Empfehlungen zu Beschwerden von Schülerinnen und Schülern, Eltern, Ausbildenden und Arbeitgebern, sofern der Vorgang eine für die Schule und über den Einzelfall hinausgehende Bedeutung hat,
19. die Einrichtung von Fachrichtungen und Schwerpunkten in beruflichen Schulen (§ 44 Abs. 2).

§ 137

Anhörungsrechte

(1) Die Schulkonferenz ist anzuhören

1. vor Einrichtung eines Schulversuchs ohne Antrag der Schule und vorzeitiger Beendigung eines Schulversuchs an einer Schule,
2. vor Umwandlung der Schule in eine Versuchsschule ohne Antrag der Schule und vor Aufhebung des Versuchsschulstatus,
3. vor Entscheidungen über die Schulorganisation, insbesondere die Erweiterung, Teilung, Zusammenlegung und Schließung der Schule (§ 155), einer Kleinklasse für Erziehungshilfe oder einer Sprachheilklasse (§ 54 Abs. 2) sowie vor Entscheidungen über größere bauliche Maßnahmen,
4. vor der Verlegung von Schulstufen oder -zweigen, Jahrgangsstufen oder einzelnen Klassen an eine andere Schule oder der Unterbringung von Schulstufen oder -zweigen, Jahrgangsstufen oder einzelnen Klassen in anderen Gebäuden außerhalb des Schulgeländes,
5. vor wichtigen, die Schule betreffenden Entscheidungen des Schulträgers über Schülerbeförderung und Schulwegsicherung,
6. vor Bildung und Änderung von Schulbezirken (§ 151) und Zusammenfassung des Unterrichts in Blockunterricht (§ 41 Abs. 4),
7. vor der Namensgebung für die Schule (§ 150),
8. vor der Genehmigung wissenschaftlicher Forschungsvorhaben an der Schule (§ 85 Abs. 1),
9. zu den Bewerberinnen und Bewerbern für das Amt der Schulleiterin oder des Schulleiters (§ 90 Abs. 2)
10. vor der Entscheidung über die Beauftragung einer Bewerberin oder eines Bewerbers für die vorläufige Beauftragung als Schulleiterin oder Schulleiter (§ 90 Abs. 3)
11. vor der endgültigen Beauftragung der Schulleiterin oder des Schulleiters (§ 90 Abs. 3).

Der Schulkonferenz kann eine Frist von vier Unterrichtswochen zur Stellungnahme gesetzt werden; nach deren Ablauf gilt die Anhörung als erfolgt.

(2) In allen Angelegenheiten, zu denen die Schulkonferenz anzuhören ist, steht ihr auch ein Vorschlagsrecht zu.

§ 138
Mitglieder und Verfahren

(1) Mitglieder der Schulkonferenz sind

1. die Schulleiterin oder der Schulleiter als Vorsitzende oder Vorsitzender,
2. jeweils mit der Hälfte der Sitze Vertreterinnen und Vertreter der Lehrkräfte und der Personengruppen der Eltern und der Schülerinnen und Schüler.

Die Zahl der Mitglieder beträgt höchstens 25, mindestens jedoch 11, es sei denn, dass die Zahl der Lehrkräfte einer Schule geringer als fünf ist. Die Vertreterinnen und Vertreter der Schülerinnen und Schüler müssen mindestens die Jahrgangsstufe 8 erreicht haben. An beruflichen Schulen sind zusätzlich je zwei Vertreterinnen oder Vertreter der Arbeitnehmer und Arbeitgeber mit beratender Stimme Mitglied der Schulkonferenz.

(2) Die Sitze der Vertreterinnen und Vertreter der Eltern und die der Schülerinnen und Schüler verteilen sich in den Schulstufen und Schulen für Erwachsene wie folgt:

1. an Schulen bis zur Jahrgangsstufe 4 oder 6 stehen die Sitze den Vertreterinnen und Vertretern der Eltern zu;
2. an Schulen bis zur Jahrgangsstufe 9 oder 10 stehen den Vertreterinnen und Vertretern der Eltern drei Fünftel und den Vertreterinnen und Vertretern der Schülerinnen und Schüler zwei Fünftel der Sitze zu;
3. an Schulen bis zur Jahrgangsstufe 12 oder 13 stehen die Sitze den Vertreterinnen und Vertretern der Eltern und den Vertreterinnen und Vertretern der Schülerinnen und Schüler jeweils zur Hälfte zu;
4. an Schulen der Oberstufe (Sekundarstufe II) stehen den Vertreterinnen und Vertretern der Eltern zwei Fünftel und den Vertreterinnen und Vertretern der Schülerinnen und Schüler drei Fünftel der Sitze zu;
5. an beruflichen Schulen stehen den Vertreterinnen und Vertretern der Eltern ein Fünftel und den Vertreterinnen und Vertretern der Schülerinnen und Schüler oder der Studierenden vier Fünftel der Sitze zu;
6. an Schulen für Erwachsene und selbstständigen Fachschulen stehen die Sitze den Vertreterinnen und Vertretern der Studierenden zu;
7. an Förderschulen stehen die Sitze den Vertreterinnen und Vertretern der Eltern dann zu, wenn die Art des sonderpädagogischen Förderbedarfs der Schülerinnen und Schüler ihre Beteiligung nach Nr. 2 ausschließt.

(3) Die Vertreterinnen und Vertreter der Lehrerinnen und Lehrer wählt die Gesamtkonferenz aus ihrer Mitte; an Förderschulen kann sie statt der Lehrkräfte Erzieherinnen und Erzieher wählen, höchstens jedoch in der Zahl, die dem Verhältnis der Zahl der Erzieherinnen und Erzieher zur Zahl der Lehrkräfte entspricht. Die Vertreterinnen und Vertreter der Eltern werden vom Schulelternbeirat aus der Schulelternschaft, die der Schülerinnen und Schüler vom Schülerrat oder vom Studierendenrat aus der Schülerschaft gewählt. Die Amtszeit dauert zwei Schuljahre. Die Wahlen werden nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl durchgeführt. Scheidet ein Mitglied vor Ende der Amtszeit aus der Schulkonferenz aus, so tritt als Ersatzmitglied die nicht gewählte Bewerberin oder der nicht gewählte Bewerber mit der nächst hohen Stimmenzahl ein. Dieses Ersatzmitglied vertritt auch ein Mitglied der Schulkonferenz im Verhinderungsfall. Wenn jeweils ein Viertel der Mitglieder der Gesamtkonferenz, des Schulelternbeirats oder des Schüler- oder Studierendenrats es beantragt, sind die Wahlen dieser Personengruppen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl durchzuführen. Die Ersatzmitglieder werden bei der Verhältniswahl der Reihe nach den nicht gewählten Bewerberinnen und Bewerbern derjenigen Vorschlagsliste entnommen, der die zu ersetzenden Mitglieder angehören.

(4) Die Mitglieder der Schulkonferenz sind an Aufträge und Weisungen nicht gebunden. Über Angelegenheiten, die ihrer Bedeutung nach einer vertraulichen Behandlung bedürfen, haben sie auch nach Beendigung ihrer Amtszeit Verschwiegenheit zu wahren.

(5) Die Schulkonferenz tagt nicht öffentlich. Sie kann beschließen, dass die Sitzungen für Ersatzmitglieder der Schulkonferenz sowie Mitglieder der Gesamtkonferenz, des Schulleiternbeirats und des Schüler- oder Studierendenrats öffentlich sind; die Öffentlichkeit kann auf einzelne Tagesordnungspunkte beschränkt werden. Die Schulkonferenz kann weitere Personen zur Beratung heranziehen. Sie ist bei Anwesenheit von mindestens der Hälfte ihrer Mitglieder beschlussfähig. Sie ist ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder beschlussfähig, wenn sie wegen Beschlussunfähigkeit erneut zur Beratung desselben Gegenstandes einberufen werden muss; hierauf ist bei der Ladung hinzuweisen. Beschlüsse der Schulkonferenz werden mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme der oder des Vorsitzenden. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen zählen zur Berechnung der Mehrheit nicht mit.

(6) Vertreterinnen oder Vertreter der Schulaufsichtsbehörde können an der Schulkonferenz mit beratender Stimme teilnehmen. Die Schulleiterin oder der Schulleiter lädt eine Vertreterin oder einen Vertreter des Schulträgers rechtzeitig zu den Tagesordnungspunkten der Sitzungen ein, die Angelegenheiten des Schulträgers betreffen.

(7) Auf Antrag eines Viertels der Mitglieder oder einer Personengruppe hat die Schulleiterin oder der Schulleiter die Schulkonferenz unverzüglich unter Angabe der zu beratenden Gegenstände einzuberufen.

(8) An beruflichen Schulen werden die Aufgaben der Schulkonferenz nach §§ 136 und 137 von der Gesamtkonferenz wahrgenommen, wenn Vertreterinnen und Vertreter der Eltern oder der Schülerinnen und Schüler nicht Abs. 3 Satz 2 entsprechend gewählt werden können.

§ 139

Rechte der Mitglieder der Schulkonferenz

Die Mitglieder der Schulkonferenz haben das Recht, an den Sitzungen der Gesamtkonferenz und deren Teilkonferenzen mit Ausnahme der Zeugnis- und Versetzungskonferenzen sowie der Eltern- und Schülervertretung mit beratender Stimme teilzunehmen. Jedes Mitglied der Schulkonferenz kann sein Ersatzmitglied mit der Teilnahme beauftragen. Die Teilnahme an Tagesordnungspunkten, in denen Angelegenheiten beraten werden, die einzelne Mitglieder persönlich betreffen, ist nur mit Zustimmung der oder des Betroffenen zulässig.

Dritter Abschnitt Konferenzen der Lehrkräfte

§ 140

Gesamtkonferenz

(1) Die Gesamtkonferenz beschließt über die pädagogische und fachliche Gestaltung der Bildungs- und Erziehungsarbeit der Schule, soweit nicht nach § 136 die Zuständigkeit der Schulkonferenz gegeben ist. Sie entscheidet im Rahmen der Rechts- und Verwaltungsvorschriften insbesondere über

1. Grundsätze der Unterrichts- und Erziehungsarbeit an der Schule sowie über den Einsatz von Beratungsdiensten und Beratungslehrerinnen und -lehrern,
2. Vorschläge für ein Schulprogramm und zur Entwicklung, Gliederung und Organisationsänderung der Schule,
3. fachübergreifende und fächerverbindende Unterrichtsvorhaben, die sich über einen Zeitraum von mehr als vier Wochen erstrecken, unter Beachtung des Schulprogramms,
4. Grundsätze für eine einheitliche Leistungsbewertung,
5. die Bildung besonderer Lerngruppen,
6. Vorschläge für die Verteilung und Verwendung der der Schule zugewiesenen Haushaltsmittel,
7. Grundsätze für die Einführung zugelassener Schulbücher (§ 12) und die Auswahl und die Anforderung von Lernmitteln,

8. Grundsätze für die Unterrichtsverteilung und für die Stunden-, Aufsichts- und Vertretungspläne sowie für die Übertragung besonderer dienstlicher Aufgaben,
9. Vorschläge für den schulischen Fortbildungsplan,
10. Grundsätze für die Anrechnung dienstlicher Tätigkeiten sowie
11. Angelegenheiten, die ihr durch Rechts- und Verwaltungsvorschrift zugewiesen sind.

Die Gesamtkonferenz ist vor den von der Schulkonferenz nach § 136 zu treffenden Entscheidungen anzuhören. Sie kann der Schulkonferenz Vorschläge für die in § 136 genannten Angelegenheiten unterbreiten. Diese Vorschläge müssen auf der nächsten Sitzung dieser Konferenz beraten werden.

(2) Mitglieder der Gesamtkonferenz sind alle Lehrerinnen und Lehrer sowie alle sozialpädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Schule; die Schulleiterin oder der Schulleiter führt den Vorsitz.

(3) Die Gesamtkonferenz kann Ausschüsse bilden und ihnen Aufgaben zur Beratung und Beschlussfassung auf Dauer oder befristet übertragen.

(4) Für einzelne Schulstufen, Schulzweige oder Abteilungen können Teilkonferenzen eingerichtet werden.

§ 141

Fach- und Fachbereichskonferenzen

(1) Fach- und Fachbereichskonferenzen beraten über alle ein Fach, eine Fachrichtung oder einen Lernbereich betreffenden Angelegenheiten. Sie entscheiden im Rahmen der Rechts- und Verwaltungsvorschriften und der von der Schul- oder Gesamtkonferenz beschlossenen Grundsätze insbesondere über

1. didaktische und methodische Fragen des Fachs und des Lernbereichs sowie die Koordinierung von Lernzielen und Inhalten,
2. die Erstellung von Arbeitsplänen und Kursangeboten,
3. die Einführung zugelassener Schulbücher (§ 12) und die Auswahl und die Anforderung sonstiger Lehr- und Lernmittel für das Fach, die Fachrichtung oder den Lernbereich,
4. die Koordination der Leistungsbewertung,
5. Angelegenheiten fachlicher Fort- und Weiterbildung,
6. getrennten Unterricht für Schülerinnen und Schüler (§ 3 Abs. 4).

(2) Mitglieder der Fach- und Fachbereichskonferenzen sind alle Lehrerinnen und Lehrer, die eine Lehrbefähigung in dem jeweiligen Fach, der jeweiligen Fachrichtung oder dem jeweiligen Lernbereich haben oder darin unterrichten.

§ 142

Klassenkonferenzen

(1) Die Klassenkonferenz berät über alle Fragen der Unterrichts- und Erziehungsarbeit in der Klasse. Sie entscheidet im Rahmen der Rechts- und Verwaltungsvorschriften insbesondere über

1. Versetzung (§ 76), Kurseinstufung (§ 77), Zeugnisse und Abschlüsse (§ 75) sowie die Beschreibung des Arbeits- und Sozialverhaltens von Schülerinnen und Schülern (§ 74),
2. Empfehlungen für den weiteren Bildungsgang der Schülerin oder des Schülers (§ 78),
3. Umfang und gleichmäßige Verteilung der Hausaufgaben und Lernerfolgskontrollen,
4. die Koordination der Arbeit der Fachlehrerinnen und Fachlehrer sowie fächerübergreifender Unterrichtsveranstaltungen,
5. Angelegenheiten der Zusammenarbeit von Eltern, Schülerinnen und Schülern sowie Lehrerinnen und Lehrern sowie die Einzelheiten der

Mitarbeit von Eltern im Unterricht oder bei sonstigen Veranstaltungen (§ 20).

(2) Mitglieder der Klassenkonferenzen sind alle Lehrerinnen und Lehrer, die in der Klasse regelmäßig tätig sind, sowie die in der Klasse regelmäßig tätigen anderen sozialpädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Vorsitzender der Klassenkonferenz ist die Klassenlehrerin oder der Klassenlehrer. Nimmt die Klassenkonferenz die Aufgabe der Versetzungskonferenz nach § 76 Abs. 3 und 4 wahr, so leitet sie die Schulleiterin oder der Schulleiter.

(3) Soweit kein Klassenverband besteht, werden die Aufgaben der Klassenkonferenz von einer Konferenz der die Schülerinnen und Schüler unterrichtenden Lehrerinnen und Lehrer, der Semester- oder Jahrgangskonferenz, wahrgenommen.

§ 143

Konferenzen zur Unterrichtsentwicklung

(1) Klassen- (§ 142), Fach- und Fachbereichskonferenzen (§ 141) beraten regelmäßig Fragen der Unterrichtsentwicklung der Schule unter Einbeziehung der Ergebnisse von schulinternen Vergleichsarbeiten, interner und externer Evaluation unter besonderem Bezug auf die jeweilige Lerngruppe sowie den Anforderungen der Fächer und Fachbereiche.

(2) Mindestens einmal im Schuljahr werden die Konferenzergebnisse im Rahmen der pädagogischen Gesamtkonferenz beraten. Hierbei sollen konkrete Maßnahmen für die Unterrichts- und Schulentwicklung beschlossen werden. Für die Gesamtkonferenz sollen externe Berater hinzugezogen werden."

§ 144

Ausgestaltung der Rechte der Konferenzen

Aufgaben, Bildung und Verfahren der Konferenzen werden durch eine Konferenzordnung näher geregelt.

ELFTER TEIL **Schulträger**

Erster Abschnitt Schulträgerschaft

§ 145

Grundsatz

Bei Errichtung, Organisationsänderung, Aufhebung und Unterhaltung der öffentlichen Schulen wirken das Land und die Schulträger als Rechtsträger nach den Vorschriften dieses Gesetzes zusammen.

§ 146

Land, Gemeindeverbände und Gemeinden

(1) Träger der Schulen sind die kreisfreien Städte und Landkreise, soweit im Folgenden nichts anderes bestimmt ist.

(2) Die Städte Fulda, Gießen, Hanau, Marburg und Rüsselsheim sind Träger der Schulen, soweit nicht andere Schulträger Schulen in ihren Gebieten unterhalten.

(3) Kreisangehörige Gemeinden können die Übernahme der Schulträgerschaft und deren Umfang mit dem Landkreis vereinbaren. Die Vereinbarung bedarf der Zustimmung des Kultusministeriums im Einvernehmen mit dem für das Kommunalwesen zuständigen Ministerium. Die Zustimmung ist zu versagen, wenn die Gemeinde die für die Errichtung und Unterhaltung der Schulen erforderlichen Voraussetzungen nicht erfüllt oder wenn die Übernahme mit einer zweckmäßigen Organisation des Schulwesens in dem regionalen Bereich nicht zu vereinbaren ist.

(4) Entfallen die Voraussetzungen für die Trägerschaft einer Schule durch eine kreisangehörige Gemeinde, so kann die Gemeinde oder der Landkreis

die Übernahme der Schulträgerschaft auf den Landkreis verlangen. Kommt eine Einigung der Beteiligten nicht zustande, so entscheidet das Kultusministerium nach Anhörung der Beteiligten im Einvernehmen mit dem für das Kommunalwesen zuständigen Ministerium.

(5) Träger der Hessenkollegs und der landwirtschaftlichen Fachschulen ist das Land.

(6) Das Land kann Träger von Versuchsschulen (§ 17 Abs. 2), von Schulen besonderer Aufgabenstellung und von Schulen sein, die mit Hochschulen verbunden sind.

§ 147

Landeswohlfahrtsverband Hessen als Schulträger

(1) Der Landeswohlfahrtsverband Hessen ist Träger der Förderschulen von überregionaler Bedeutung einschließlich erforderlicher Schülerheime für Blinde, für Sehbehinderte, für Hörgeschädigte und für Körperbehinderte sowie der Sprachheilschulen, soweit nicht bei hinreichender Schülerzahl entsprechende Schulen von den Trägern nach § 146 Abs. 1 zu schaffen sind oder soweit der Bedarf nicht durch eine nach § 148 Abs. 1 begründete Schulträgerschaft gedeckt wird. Er ist ebenfalls Träger der Schulen für Erziehungshilfe, praktisch Bildbare und Kranke für die Kinder und Jugendlichen, die in seinen Einrichtungen untergebracht sind.

(2) Es ist Aufgabe insbesondere der Schulen für Blinde und Sehbehinderte und der Schulen für Hörgeschädigte, Schülerinnen und Schüler an allgemeinen Schulen mit Seh- und Hörauffälligkeiten zu beraten und ambulant zu fördern.

(3) Der Landeswohlfahrtsverband Hessen kann Träger von beruflichen Schulen mit sonderpädagogischer Orientierung und von Fachschulen für Sozialpädagogik sein.

(4) Schulträger nach § 146 Abs. 1 bis 3 können zur Erfüllung der ihnen obliegenden Aufgaben die Schulen des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen auf der Grundlage einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit diesem nutzen. § 148 gilt entsprechend.

§ 148

Schulverbände und Vereinbarungen

(1) Schulträger können zur gemeinsamen Erfüllung der ihnen obliegenden Aufgaben Schulverbände bilden oder öffentlich-rechtliche Vereinbarungen abschließen.

(2) Zur Förderung des Schulwesens kann das Kultusministerium im Einvernehmen mit dem für das Kommunalwesen zuständigen Ministerium nach Anhörung der beteiligten Gemeinden und Landkreise Maßnahmen nach Abs. 1 anordnen.

(3) Im Übrigen finden die Vorschriften des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit in der jeweils geltenden Fassung Anwendung. An die Stelle der darin festgelegten zuständigen Behörde tritt das Kultusministerium; es kann Befugnisse auf das Staatliche Schulamt übertragen.

§ 149

Folgen eines Schulträgerwechsels

(1) Bei einem Wechsel der Schulträgerschaft tritt der neue Schulträger in die vermögensrechtlichen Rechte und Pflichten des bisherigen Schulträgers ein. Das Gleiche gilt für Verpflichtungen aus Darlehen, die eine Gemeinde in Fällen des § 148 zur Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten gegenüber den bisherigen Schulträgern aufgenommen hat. Etwaige Verträge zwischen dem bisherigen Schulträger und dem neuen Schulträger über die Unterhaltung der Schule erlöschen. Für die bei dem Wechsel erforderlichen Rechtshandlungen werden vom Lande Hessen und von den Gemeinden Gerichtskosten, Steuern und sonstige Abgaben nicht erhoben.

(2) Abs. 1 Satz 1 und 4 gilt auch beim Übergang von Schulvermögen auf einen anderen Schulträger.

(3) Werden Grundstücke oder grundstücksgleiche Rechte, die ein Schulträger bei einem Wechsel der Schulträger ohne Entschädigung abgegeben hat, für schulische Zwecke nicht mehr benötigt, so kann der frühere Schulträger innerhalb eines Jahres nach der Entwidmung die unentgeltliche Rückübertragung verlangen. Dieser Anspruch entfällt, wenn der Schulträger für die auf ihn übergegangenen Schulanlagen Ersatzbauten errichtet.

Zweiter Abschnitt Regionale Schulentwicklung

§ 150 Schulbezeichnung und Schulnamen

(1) Jede Schule führt eine Bezeichnung, welche den Schulträger und den Schulort angibt.

(2) Der kommunale Schulträger kann der Schule auf Vorschlag oder nach Anhörung der Schulkonferenz einen Namen geben.

(3) In der Bezeichnung oder im Namen muss sich jede Schule von anderen in demselben Ort befindlichen Schulen unterscheiden.

§ 151 Schulbezirke

(1) Für jede Grundschule ist ein Schulbezirk durch Satzung des Schulträgers zu bilden; der Zuschnitt der Bezirke ist jährlich zu überprüfen und bei Bedarf zu ändern. Benachbarte Schulbezirke können sich überschneiden. Das Staatliche Schulamt und der Schulträger legen im Einvernehmen miteinander für die im Überschneidungsgebiet lebenden Schülerinnen und Schüler die jeweils zuständige Schule fest und weisen die Schülerinnen und Schüler dieser Schule mit dem Ziel zu, eine hohe Qualität des Lernens bei pädagogisch und organisatorisch sinnvoller Klassengröße zu erreichen.

(2) Schulbezirk einer Berufsschule ist das Gebiet des Schulträgers. Ist dieser Träger mehrerer Berufsschulen, hat er für jede von ihnen nach Berufsfeldern, Berufsgruppen oder Ausbildungsberufen einen Schulbezirk durch Satzung zu bilden. Die Satzung ist bei Bedarf, spätestens aber jeweils nach fünf Jahren auf die Zweckmäßigkeit der Schulorganisation zu überprüfen und erforderlichenfalls fortzuschreiben.

(3) Die Satzung bedarf der Zustimmung des Staatlichen Schulamts. Diese ist zu versagen, wenn die Satzung mit einer zweckmäßigen Schulorganisation nicht vereinbar ist.

(4) Bilden mehrere Schulträger nach § 148 einen Schulverband als Träger einer Berufsschule oder eines Teiles von ihr oder schließen sie eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung ab, so ist das Gebiet des Schulverbandes oder das durch den Geltungsbereich der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung erfasste Gebiet der Schulbezirk.

(5) Durch Rechtsverordnung können für einzelne Berufsfelder, Berufsgruppen oder Ausbildungsberufe die Gebiete mehrerer Schulträger im Benehmen mit ihnen zu einem Schulbezirk zusammengefasst werden, wenn anders eine ordnungsgemäße, den Anforderungen der Ausbildung genügende organisatorische Gestaltung des Unterrichts nicht gewährleistet ist.

(6) Das Kultusministerium wird ermächtigt, bei Einführung neuer Ausbildungsberufe nach dem Berufsbildungsgesetz für bis zu drei Schülerjahrgänge vorläufige Regelungen zu treffen.

§ 152 Schulangebot

Die Schulträger sind verpflichtet, ein Schulangebot vorzuhalten, das gewährleistet, dass Eltern den Bildungsgang ihres Kindes nach § 78 wählen können und die Übergänge in die Oberstufe (Sekundarstufe II) nach § 79 Abs. 2

und 3 sichergestellt sind. Für die Gestaltung des schulischen Angebots ist das öffentliche Bedürfnis maßgeblich; dabei sind insbesondere die Entwicklung der Schülerzahlen, das erkennbare Interesse der Eltern und ein ausgeglichenes Bildungsangebot zu berücksichtigen. Die Schulträger sind berechtigt, Fachschulen und Schulen für Erwachsene zu errichten und fortzuführen.

§ 153 Schulorganisation

(1) Schulen sollen eine Größe haben, die eine Differenzierung des Unterrichts ermöglicht und eine sinnvolle Unterrichts- und Erziehungsarbeit erlaubt. Unterschreitet in einer Klasse, einer Gruppe oder in einem Kurs die Zahl der Schülerinnen und Schüler die dafür festgesetzte Mindestzahl, wird der Unterricht nicht aufgenommen oder er erfolgt, sofern die personellen und unterrichtsorganisatorischen Voraussetzungen gegeben sind, jahrgangs- oder schulzweigübergreifend. § 71 Abs. 2 bleiben unberührt.

(2) Nähere Richtlinien, insbesondere die Mindest- und Höchstwerte für die Größe von Klassen, Gruppen und Kursen in den einzelnen Schulformen und Schulstufen, werden durch Rechtsverordnung festgelegt.

§ 154 Schulentwicklungsplanung

(1) Die Schulträger stellen Schulentwicklungspläne für ihr Gebiet auf. In den Plänen werden der gegenwärtige und zukünftige Schulbedarf sowie die Schulstandorte ausgewiesen. Für den Schulort ist anzugeben, welche Bildungsangebote dort vorhanden sind und für welche Einzugsbereiche sie gelten sollen. Bei der Schulentwicklungsplanung soll darauf hingewirkt werden, dass die Schulen in freier Trägerschaft mit Einverständnis deren Träger bei der Planung mit einbezogen werden; die regelmäßige Zahl ihrer Schülerinnen und Schüler ist bei der Prognose des Schulbedarfs zu berücksichtigen. Es sind auch die Bildungsbedürfnisse zu erfassen, die durch Schulen im Gebiet eines Schulträgers nicht sinnvoll befriedigt werden können. Die Schulentwicklungspläne müssen sowohl die langfristige Zielplanung als auch die Durchführungsmaßnahmen unter Angabe der Rangfolge ihrer Verwirklichung enthalten. Sie sind mit den benachbarten Schulträgern und mit anderen Fachplanungen, insbesondere der Jugendhilfeplanung, abzustimmen.

(2) Die Schulentwicklungspläne müssen die erforderliche Zahl von Kleinklassen für Erziehungshilfe und Sprachheilklassen (§ 54 Abs. 2) erfassen. In ihnen ist auszuweisen, in welchem Umfang die allgemeinen Schulen für den inklusiven Unterricht von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf unterhalten werden (§ 52 Abs. 2). Auf der Grundlage einer regionalen Konzeption ist ferner festzulegen, welche Berufsfelder, Berufsgruppen oder Ausbildungsberufe in den beruflichen Schulen jeweils erfasst und welche Bildungsgänge angeboten werden (§ 44 Abs. 2).

(3) Die regionale Schulentwicklungsplanung soll ein möglichst vollständiges und wohnortnahes Bildungsangebot sichern und gewährleisten, dass die personelle Ausstattung der Schulen im Rahmen der Bedarfs- und Finanzplanung des Landes möglich ist. Ist das Angebot eines Bildungsganges in der Mittelstufe (Sekundarstufe I) durch die Entwicklung der Schülerzahlen oder die Veränderung der Nachfrage gefährdet, soll die Aufhebung der örtlichen Schule und die Zusammenlegung mit einer Schule des gleichen Bildungsganges an einem anderen Ort nur dann vorgesehen werden, wenn es nicht möglich ist, den Bildungsgang durch eine kooperative oder integrierte Schule am bisherigen Standort aufrechtzuerhalten.

(4) Die Schulentwicklungsplanung soll die planerischen Grundlagen eines regional ausgeglichenen Bildungsangebots im Lande berücksichtigen. Die Ziele der Raumordnung und Landesplanung sind zu beachten. Bei der Planung der beruflichen Schulen sind die Entwicklungen der Berufsbildung und die Planungen des Landes für die Bildung schulträgerübergreifender Schulbezirke (§ 151 Abs. 5) zu berücksichtigen.

(5) Schulentwicklungspläne sind innerhalb von fünf Jahren nach der Zustimmung zu ihnen auf die Zweckmäßigkeit der Schulorganisation hin zu überprüfen und fortzuschreiben, soweit es erforderlich wird.

(6) Schulentwicklungspläne und ihre Fortschreibung bedürfen der Zustimmung des Kultusministeriums. Diese ist zu versagen, wenn der Schulentwicklungsplan den in Abs. 1 bis 4 genannten Anforderungen nicht entspricht oder wenn er mit einer zweckmäßigen Schulorganisation nicht vereinbar ist oder einer ordnungsgemäßen Gestaltung des Unterrichts entgegensteht. Das Kultusministerium kann Schulentwicklungsplänen auch unter Erteilung von Auflagen oder lediglich in Teilen zustimmen. Für die Erfüllung der Auflagen können Fristen gesetzt werden.

(7) Zur Förderung eines regional ausgeglichenen Bildungsangebots im Rahmen der Finanzplanung des Landes kann das Kultusministerium anordnen, dass mehrere Schulträger einen Planungsverband bilden. § 148 gilt entsprechend.

§ 155

Errichtung, Organisationsänderung und Aufhebung von Schulen

Beschlüsse der Schulträger über Errichtung, Organisationsänderung und Aufhebung von Schulen müssen ihre Grundlage in einem Schulentwicklungsplan haben, dem zugestimmt worden ist. Sie bedürfen der Zustimmung des Kultusministeriums. Die Zustimmung ist zu versagen, wenn der Beschluss mit dem Schulentwicklungsplan nicht vereinbar ist oder der ordnungsgemäßen, mit der Zahl der zugewiesenen Schulstellen zu vereinbarenden Gestaltung des Unterrichts entgegensteht. Das Kultusministerium kann die Befugnis zur Zustimmung auf das Staatliche Schulamt übertragen.

Dritter Abschnitt

Kommunale Schulverwaltung

§ 156

Kommunale Selbstverwaltung

Die kommunalen Schulträger üben ihre Rechte und Pflichten als Selbstverwaltungsangelegenheiten aus. Sie verwalten ihre Schulen, soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt, nach den Vorschriften der Hessischen Gemeindeordnung, der Hessischen Landkreisordnung, des Gesetzes über die Mittelstufe der Verwaltung und den Landeswohlfahrtsverband Hessen oder der Verbandssatzung.

§ 157

Schulkommissionen

(1) Die Gemeinden, die Schulträger sind, und die Landkreise bilden eine oder mehrere Schulkommissionen im Sinne des § 72 der Hessischen Gemeindeordnung und des § 43 der Hessischen Landkreisordnung. Den Schulkommissionen müssen Lehrerinnen oder Lehrer, Eltern, Schülerinnen oder Schüler sowie Vertreterinnen oder Vertreter der Kirchen und von Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, die Körperschaften des öffentlichen Rechts sind, angehören.

(2) Für Schulverbände und für Schulen des Landeswohlfahrtsverbandes gelten diese Vorschriften sinngemäß.

Vierter Abschnitt

Sonstige Bestimmungen

§ 158

Schulgesundheitspflege

Der schulärztliche Dienst ist den kreisfreien Städten und den Landkreisen zur Erfüllung nach Weisung übertragen. Die Schulgesundheitspflege umfasst den schulärztlichen und den schulzahnärztlichen Dienst. Ihre Aufgabe ist es, in Zusammenarbeit mit der Schule und den Eltern die gesundheitliche Entwicklung der Schülerinnen und Schüler durch Vorsorge zu fördern, gesundheitlichen Gefährdungen vorzubeugen und Maßnahmen zur Behebung gesundheitlicher Störungen einzuleiten.

§ 159
Schulerversicherung

(1) Die Schülerinnen und Schüler sind vom Schulträger durch Abschluss einer Versicherung gegen Sachschäden, die sie im Schulbetrieb erleiden, zu versichern, soweit nicht auf andere Weise ein Versicherungsschutz oder ein versicherungsähnlicher Schutz gewährt wird.

(2) Diese Vorschrift gilt auch für Ersatzschulen.

(3) Das Kultusministerium bestimmt die Haftungsgrenzen für den Versicherungsschutz nach Abs. 1 und erlässt Richtlinien für die Unfallverhütung und Schülerfürsorge.

ZWÖLFTER TEIL
Personal- und Sachaufwand

Erster Abschnitt
Kosten der inneren Schulverwaltung

§ 160
Personalkosten für Unterricht und Erziehung

(1) Das Land trägt die Personalkosten der öffentlichen Schulen.

(2) Für die Erteilung von Unterricht an Schülerinnen und Schüler, die aus zwingenden Gründen, die sie nicht zu vertreten haben, zum Schulbesuch nicht fähig sind, gilt Abs. 1 entsprechend.

(3) Abweichend von Abs. 1 sind die Personalkosten der Musikakademien von den Schulträgern zu tragen. Das Land erstattet den Schulträgern die Personalkosten, soweit sie auf die beruflichen Abteilungen der Akademien (Berufsfach- und Fachschulen für die musikalische Berufsausbildung) entfallen und das Ministerium für Wissenschaft und Kunst im Einvernehmen mit dem für das Finanzwesen zuständigen Ministerium seine Zustimmung erteilt hat.

(4) Personalkosten im Sinne dieses Gesetzes sind

1. die Dienstbezüge der im Beamtenverhältnis und die Vergütungen der im Angestelltenverhältnis beschäftigten Lehrerinnen und Lehrer einschließlich der Vergütungen für lehrplanmäßig zu erteilenden nebenamtlichen und nebenberuflichen Unterricht sowie die Mehrkosten für notwendige Vertretungen,
2. die Versorgungsbezüge der Lehrerinnen und Lehrer und ihrer Hinterbliebenen sowie die an deren Stelle zu gewährenden Abfindungen oder Nachversicherungsbeiträge,
3. die Umzugskosten, die Trennungsentschädigungen und ähnliche Nebenvergütungen der Lehrerinnen und Lehrer,
4. die Reisekosten der Lehrerinnen und Lehrer bei staatlichem Reiseauftrag,
5. die Beihilfen und Unterstützungen für Lehrerinnen und Lehrer und ihre Hinterbliebenen,
6. die Beiträge zu den Sozialversicherungen der Lehrerinnen und Lehrer im Angestelltenverhältnis einschließlich der nebenberuflich beschäftigten Angestellten sowie die Beiträge und Umlagen zur zusätzlichen Altersversorgung,
7. die Kosten für die gesundheitliche Überwachung der Lehrerinnen und Lehrer,
8. die Aufwandsvergütungen an Lehrerinnen und Lehrer sowie Hilfskräfte zur Durchführung von Schulwanderungen und Lehrausflügen sowie zum Aufenthalt in Landheimen und Lagern (§ 17 des Hessischen Reisekostengesetzes),
9. die Fahrkosten, die zur Wahrung des Unterrichts in dezentralisierten Schulsystemen entstehen.

(5) Abs. 4 gilt auch für die an öffentlichen Schulen tätigen sozialpädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Schulpsychologinnen und Schulpsychologen.

§ 161 Schulstellen

(1) Die nach dem Haushalt verfügbaren Schulstellen und Mittel für die Unterrichtsversorgung der Schulen werden den Staatlichen Schulämtern unter Berücksichtigung

1. des Grundbedarfs, der sich insbesondere aus den Stundentafeln für die einzelnen Schulformen und Schulstufen sowie der beruflichen Differenzierung, den Richtlinien für die Klassen-, Gruppen- und Kursgrößen und aus der Umsetzung der Arbeitszeit der Lehrerinnen und Lehrer auf die Tätigkeit an der Schule ergibt,
2. des zusätzlichen Bedarfs, der sich aus dem Zusatzunterricht für besondere Schülergruppen und in Ganztageeinrichtungen, aus dem Unterricht für die Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in der allgemeinen Schule und für Vertretungen ergibt, und
3. des Bedarfs, der sich aus der Wahrnehmung außerunterrichtlicher Funktionen im Schulbereich, aus Maßnahmen zur Weiterentwicklung des Schulwesens und aus Ermäßigungen der Arbeitszeit ergibt,

zugewiesen.

(2) Die Stellen- und Mittelzuweisung wird durch Rechtsverordnung näher ausgestaltet.

§ 162 Lernmittelfreiheit

(1) Die an der Schule eingeführten Lernmittel (Schulbücher und Lernmaterial) werden den Schülerinnen und Schülern der öffentlichen Schulen vom Land unentgeltlich zum Gebrauch überlassen. Ausgenommen sind Gegenstände, die auch der Berufsausübung dienen. Hierzu gehören auch berufliche Fachbücher, die nach Art und Umfang nicht nur für den Unterrichtgebrauch bestimmt sind. Das Kultusministerium entscheidet, welche Gegenstände als Lernmittel eingeführt werden.

(2) Schulbücher bleiben Eigentum des Landes. Sie werden den Schülerinnen und Schülern für bestimmte Zeit überlassen oder zum gemeinsamen Gebrauch bereitgestellt. Sie sind pfleglich zu behandeln. Aufwendungen für sie werden nicht erstattet. Spätestens bei Verlassen der Schule sind die Schulbücher zurückzugeben, soweit nicht das Kultusministerium etwas anderes bestimmt. Ein Zurückbehaltungsrecht besteht nicht. Die Schadensersatzpflicht bei Verlust oder Beschädigung bestimmt sich nach den gesetzlichen Vorschriften.

(3) Lernmaterial kann unentgeltlich unter Bestimmung der Verwendungsdauer zu Eigentum überlassen werden. Bei vorzeitigem Verbrauch, unsachgemäßer Behandlung oder Verlust haben die Schülerinnen und Schüler oder ihre Eltern auf eigene Kosten Ersatz zu beschaffen. Abs. 2 Satz 7 gilt entsprechend.

(4) Gegenstände geringeren Wertes und solche, die auch außerhalb des Unterrichts gebräuchlich sind, wie Schreib- und Zeichenmaterial, Schreib- und Zeichengeräte, Musikinstrumente und Taschenrechner, sowie Kochgut und Material, das die Schülerinnen und Schüler für eigene Zwecke verarbeiten, sowie zusätzliche Materialien für Vorbereitung und Durchführung von anwendungsbezogenen Projektarbeiten an zweijährigen Fachschulen, gelten nicht als Lernmaterial. Das Kultusministerium kann Gegenstände der genannten Art für einzelne Schulformen als Lernmaterial anerkennen.

(5) Die nähere Ausgestaltung der Lernmittelfreiheit erfolgt durch Rechtsverordnung.

§ 163

Landeselternbeirat, Landesschülerrat und Landesstudierendenräte

Der Landeselternbeirat, der Landesschülerrat und die Landesstudierendenräte erhalten zur Durchführung ihrer Aufgaben, der Landeselternbeirat auch für die Aufgaben der Wahlprüfungskommission, angemessene Mittel nach Maßgabe des Haushalts.

Zweiter Abschnitt
Kosten der äußeren Schulverwaltung

§ 164
Sachkosten

- (1) Die Sachkosten der öffentlichen Schulen werden von den Schulträgern aufgebracht.
- (2) Sachkosten im Sinne dieses Gesetzes sind alle Kosten, die nicht vom Land nach §§ 160 bis 163 zu tragende Kosten sind.
- (3) Zu den Sachkosten gehören insbesondere
1. die Verwaltungskosten der Schulleitung,
 2. die Kosten für Verwaltung und Unterhaltung der Schulgebäude, Schulanlagen und Schuleinrichtungen,
 3. die Kosten für Aufbewahrung der den Schulen vom Land zur Verfügung gestellten Lernmittel.

§ 165
Personalkosten der äußeren Schulverwaltung

Die Schulträger tragen ferner

1. die Personalkosten der Beamtinnen und Beamten, Angestellten, Arbeiterinnen und Arbeiter, die nicht Lehrerinnen oder Lehrer, sozialpädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind (Verwaltungspersonal, Schulassistentinnen und -assistenten, Schulhausmeisterinnen und -hausmeister, Reinigungspersonal usw.), und ihrer Hinterbliebenen,
2. die Reisekosten der Lehrerinnen und Lehrer sowie der sozialpädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für Reisen im Auftrage oder mit Zustimmung des Schulträgers,
3. die Aufwendungen für die Durchführung der gesundheitlichen Betreuung und Überwachung der Schülerinnen und Schüler und der gesundheitlichen Überwachung der in Nr. 1 genannten Bediensteten,
4. die Beiträge für die Schülerversicherung nach § 159.

§ 166
Mischfinanzierung

(1) Das Land kann den Schulträgern für Betreuungsangebote an Grundschulen (§ 18 Abs. 2) Zuschüsse nach Maßgabe des Haushalts gewähren. Für Angebote an Ganztagschulen (§ 18 Abs. 4 und 5), für die pädagogische Mittagsbetreuung (§ 18 Abs. 3) oder für Angebote im Rahmen von Projekten zur Öffnung der Schule (§ 20), die über die Stundentafeln hinausgehen, kann abweichend von §§ 160, 164 und 165 für Personal- und Sachkosten eine Mischfinanzierung aus Landesmitteln und Mitteln des Schulträgers oder Dritter vereinbart werden.

(2) Für die Bereitstellung eines Mittagstisches muss, für bestimmte Angebote nach Abs. 1 kann ein Eigenbeitrag der Eltern unter Berücksichtigung sozialer Kriterien erhoben werden.

§ 167
Sachleistungen der Schulträger

(1) Die Schulträger haben die erforderlichen Schulgebäude und Schulanlagen zu errichten, mit den notwendigen Lehrmitteln, Büchereien, Einrichtungen und technischen Hilfsmitteln einschließlich der audiovisuellen Hilfsmittel, soweit diese Bestandteil der Schuleinrichtung sind, auszustatten und ord-

nungsgemäß zu unterhalten, zu verwalten und zu bewirtschaften. Sie haben, soweit es die Lehrpläne erfordern, Fachräume, Sport- und Spielanlagen sowie Schulgärten bereitzustellen; sie sollen auch Gelegenheit für den Schwimmunterricht schaffen.

(2) Neubauten, Umbauten und Erweiterungsbauten von Schulen müssen den Anforderungen der Stundentafeln und den jeweiligen Richtlinien über Klassen-, Gruppen- und Kursgrößen entsprechen.

(3) Verfügungen des Schulträgers über Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte, die Schulzwecken unmittelbar dienen, sowie über Lehrerdienstwohnungen (Abs. 5) bedürfen der Zustimmung des Staatlichen Schulamtes. Das Gleiche gilt für Zweckentfremdungen.

(4) Die Schulträger sollen bei Bedarf und ihren Möglichkeiten entsprechend Schülerheime einrichten und unterhalten.

(5) Stellen die Schulträger Lehrerdienstwohnungen zur Verfügung, so sind auf diese die für Landesbedienstete maßgebenden Dienstwohnungsvorschriften mit der Maßgabe anzuwenden, dass an die Stelle des Landes Hessen der jeweilige Schulträger tritt.

(6) Die Schulträger tragen die Sachkosten der Schulelternbeiräte und der Schülerräte, der Kreis- und Stadtelternbeiräte und der Kreis- und Stadtschülerräte sowie die nach § 108 Abs. 1 und § 127 Abs. 4 zu erstattenden Fahrkosten.

§ 168 Schülerbeförderung

(1) Träger der Schülerbeförderung sind die Gemeinden, die Schulträger sind, die kreisfreien Städte und die Landkreise für die in ihrem Gebiet wohnenden Schülerinnen und Schüler der allgemeinbildenden Schulen der Grundstufe (Primarstufe) und der Mittelstufe (Sekundarstufe I) und für die Schülerinnen und Schüler, die die Grundstufe der Berufsschule, das erste Jahr der besonderen Bildungsgänge an der Berufsschule oder einer Berufsfachschule besuchen, durch deren Besuch die Vollzeitschulpflicht erfüllt werden kann. Abweichend von Satz 1 ist der Landeswohlfahrtsverband Hessen Träger der Schülerbeförderung für die Schülerinnen und Schüler, deren Beschulung nach § 147 Abs. 1 und 3, die Fachschulen für Sozialpädagogik ausgenommen, seine Aufgabe ist.

(2) Eine Beförderung ist notwendig, wenn die kürzeste Wegstrecke zwischen Wohnung und Schule sowie zwischen Wohnung oder Schule und einem sonstigen Ort, an dem regelmäßig lehrplanmäßiger Unterricht erteilt wird, für Schülerinnen und Schüler der Grundschule mehr als zwei Kilometer und für Schülerinnen und Schüler ab der fünften Jahrgangsstufe mehr als drei Kilometer beträgt. Unabhängig von der Entfernung kann die Beförderung als notwendig anerkannt werden, wenn der Schulweg eine besondere Gefahr für die Sicherheit und die Gesundheit der Schülerinnen und Schüler bedeutet oder eine Schülerin oder ein Schüler ihn aufgrund einer Behinderung nicht ohne Benutzung öffentlicher oder privater Verkehrsmittel zurücklegen kann. Für Schülerinnen und Schüler, die eine Förderschule besuchen, gilt Satz 1 bis 3 entsprechend; es sind ferner Art und Grad der Behinderung zu berücksichtigen.

(3) Schulweg im Sinne des Abs. 2 ist auch der Weg zwischen der Wohnung der Schülerin oder des Schülers und dem Ort der auswärtigen Unterbringung, wenn der sonderpädagogische Förderbedarf einer Schülerin oder eines Schülers den Besuch einer heim- oder anstaltsgebundenen Förderschule erforderlich macht.

(4) Die Träger der Schülerbeförderung entscheiden unter Berücksichtigung zumutbarer Bedingungen, der Interessen des Gesamtverkehrs und des Grundsatzes der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit über die Beförderungsart. Vorrangig haben die Schülerinnen und Schüler öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen. Ist deren Benutzung nicht möglich oder nicht zumutbar, können die Schulträger Schulbusse einsetzen oder die Kosten für die Benutzung privater Kraftfahrzeuge in Höhe der Wegstrecken- und Mitnahmeent-

schädigung nach dem Hessischen Reisekostengesetz erstatten, wenn der Einsatz eines Schulbusses wirtschaftlich nicht vertretbar ist.

(5) Notwendig sind die Beförderungskosten für den Besuch

1. der nach dem siebten Abschnitt des dritten Teils und dem vierten Teil dieses Gesetzes zuständigen Schule,
2. der Schule, der eine Schülerin oder ein Schüler zugewiesen worden ist (§ 151 Abs. 1). Ist der Besuch einer anderen als der zuständigen Schule gestattet worden (§ 67), sind die Fahrkosten zu erstatten, die beim Besuch der zuständigen Schule entstanden wären, höchstens jedoch die Aufwendungen für den tatsächlichen Schulweg. Wird für die Beförderung ein Schulbus eingesetzt, sind der Berechnung der erstattungsfähigen Kosten die Schülertarife eines öffentlichen Verkehrsmittels zugrunde zu legen,
3. der nächstgelegenen, aufnahmefähigen Schule, deren Unterrichtsangebot es der Schülerin oder dem Schüler ermöglicht, den gewünschten Abschluss am Ende der Mittelstufe (Sekundarstufe I) ohne Schulwechsel zu erreichen; der Entscheidung der Eltern entsprechend gilt dabei als nächstgelegen entweder die Schule, in der der gewählte Bildungsgang der Mittelstufe schulformbezogen, oder diejenige Schule, in der er integriert angeboten wird (§ 15 Abs. 3). Nr. 2 Satz 2 und 3 gilt entsprechend.

(6) Zu den notwendigen Beförderungskosten gehören auch die Fahrkosten für eine Begleitperson, wenn eine Schülerin oder ein Schüler aufgrund einer Behinderung nicht in der Lage ist, den Schulweg allein zurückzulegen.

(7) In außergewöhnlichen Härtefällen können Eltern oder Schülerinnen und Schülern auch Zuschüsse zu durch den Schulweg bedingten Beförderungskosten geleistet werden, die der Schulträger nicht als nach Abs. 1 bis 6 notwendig zu tragen hat.

(8) Die für ein Schuljahr entstandenen Beförderungskosten werden den Eltern oder den Schülerinnen und Schülern nur erstattet, wenn die Erstattung spätestens bis zum 31. Dezember des Jahres beantragt wird, in dem das Schuljahr endet.

(9) Der Träger der Schülerbeförderung kann natürlichen oder juristischen Personen des privaten Rechts mit deren Einverständnis die Befugnis verleihen, die ihm nach diesem Paragraphen obliegenden Verwaltungsaufgaben und die Durchführung von Widerspruchsverfahren im eigenen Namen und in den Handlungsformen des öffentlichen Rechts wahrzunehmen, wenn sie die Gewähr für eine sachgerechte Erfüllung der ihnen übertragenen Aufgaben bieten. Der oder die Beliehene unterliegt der Aufsicht des Trägers der Schülerbeförderung.

(10) Abs. 1 bis 9 gelten auch für Ersatzschulen.

§ 169 Medienzentren

(1) Aufgabe der Medienzentren ist die Bereitstellung von audiovisuellen, informations- und kommunikationstechnischen Hilfsmitteln für den Unterricht, die den Schulen vorübergehend überlassen werden, sowie die Entwicklung der Mediennutzung und -pflege in der Schule. Darüber hinaus haben die Medienzentren die Aufgabe, in Kooperation mit außerschulischen Einrichtungen, die sich mit Fragen der Medienkompetenz befassen, Schulen in der Erfüllung der Aufgabe nach § 3 Abs. 15 zu unterstützen.

(2) Die in § 146 Abs. 1 und 2 genannten Schulträger sind zur Errichtung und Fortführung der Medienzentren verpflichtet. Zur Leiterin oder zum Leiter des Medienzentrums soll von dessen Träger im Einvernehmen mit dem Staatlichen Schulamt eine Lehrkraft bestellt werden, deren Personalkosten das Land trägt.

(3) Die Träger der Medienzentren tragen deren Verwaltungskosten. Die Aufwendungen zur Beschaffung der in Abs. 1 aufgeführten Hilfsmittel, die den Schulen vorübergehend überlassen werden, trägt das Land. Die Schulträger leisten hierzu Beiträge. Das Kultusministerium setzt im Einvernehmen

mit dem für das Kommunalwesen zuständigen Ministerium einen Pauschalbetrag je Schülerin oder Schüler fest.

(4) Das Land und die Träger der Medienzentren wirken bei der Medienentwicklung und ihrer Einführung in den Unterricht zusammen. Sie können zu diesem Zweck öffentlich-rechtliche Vereinbarungen, insbesondere über die Grundsätze der Organisation, Wahrnehmung der Aufgaben sowie über den Erwerb und die anteilige Finanzierung von technischem Gerät, Medien oder Nutzungsrechten an Medien abschließen.

(5) Die Träger von Schulen in freier Trägerschaft, die Leistungen der Medienzentren in Anspruch nehmen wollen, haben den nach Abs. 3 festgelegten Pauschalbetrag zu entrichten.

Dritter Abschnitt Gastschulbeiträge

§ 170 Gastschulbeiträge

Die Schulträger, mit Ausnahme des Landes Hessen und des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen, können für auswärtige Schülerinnen und Schüler Gastschulbeiträge von den Schulträgern verlangen, in deren Gebiet die Schülerinnen und Schüler ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben. Bei Berufsschulen sind Gastschulbeiträge von den Schulträgern zu entrichten, in deren Gebiet die Schülerinnen und Schüler in einem Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnis stehen oder, sofern es sich um Jugendliche oder Heranwachsende ohne Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnis handelt, ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben.

§ 171 Erstattung der Beschulungskosten

Das Land erstattet den Schulträgern für Schülerinnen und Schüler aus einem anderen Bundesland, die eine Schule in Hessen besuchen, die Beschulungskosten in Höhe der Gastschulbeiträge.

§ 172 Festsetzung der Gastschulbeiträge

Das Kultusministerium setzt die Höhe der Gastschulbeiträge in Fortschreibung der durch Verordnung vom 4. April 1995 (ABl. S. 262) festgesetzten Beträge unter Berücksichtigung der durchschnittlichen Aufwendungen der Schulträger nach Maßgabe der Gemeindefinanzstatistik des Hessischen Statistischen Landesamtes jährlich für die Gruppen der allgemeinbildenden Schulen, der beruflichen Schulen in Teilzeit- und Vollzeitform und der Förderschulen jeweils für ein Haushaltsjahr fest. Der Berechnung der Leistungen sind die Zahlen auswärtiger Schülerinnen und Schüler nach dem Stichtag der letzten landeseinheitlichen Jahreserhebung zu Grunde zu legen.

DREIZEHNTER TEIL **Schulen in freier Trägerschaft**

Erster Abschnitt Allgemeine Bestimmungen

§ 173 Schulen in freier Trägerschaft

(1) Schulen in freier Trägerschaft bereichern als Ersatz- oder Ergänzungsschulen das Schulwesen des Landes. Sie erweitern das Angebot freier Schulwahl und können das Schulwesen durch besondere Inhalte und Formen der Erziehung und des Unterrichts fördern.

(2) Schulen in freier Trägerschaft können von natürlichen Personen und juristischen Personen des privaten oder des öffentlichen Rechts, jedoch nicht vom Land und von den Gemeinden oder Gemeindeverbänden errichtet und betrieben werden.

§ 174

Schulgestaltung und Aufsicht

(1) Soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt, obliegt den Trägern dieser Schulen die Schulgestaltung, insbesondere die Entscheidung über eine besondere pädagogische, religiöse oder weltanschauliche Prägung, die Festlegung der Lehr- und Unterrichtsmethoden und der Lehrinhalte und die Organisation des Unterrichts auch abweichend von den Vorschriften für die öffentlichen Schulen.

(2) Die Schulen in freier Trägerschaft unterliegen der staatlichen Schulaufsicht.

(3) Die Aufsicht beschränkt sich auf die Einhaltung der Genehmigungs- und Anerkennungsvoraussetzungen (§§ 178, 180, 181 und 183) sowie die Einhaltung der in diesem Gesetz für anwendbar erklärten Vorschriften (§ 186) und die Aufsicht über Ergänzungsschulen nach § 182 Abs. 2 und 3.

(4) Die Schulaufsichtsbehörden können sich jederzeit über die Angelegenheiten der Schule unterrichten und Unterrichtsbesuche in den Schulen in freier Trägerschaft durchführen.

§ 175

Bezeichnung

Schulen in freier Trägerschaft müssen eine Bezeichnung führen, die eine Verwechslung mit öffentlichen Schulen ausschließt. Ein Zusatz, der auf die staatliche Genehmigung oder Anerkennung hinweist, ist zulässig.

§ 176

Geltung sonstiger Vorschriften

(1) Weitergehende gewerbliche Vorschriften über die Zulassung von Schulen in freier Trägerschaft oder die Erteilung von Privatunterricht bleiben unberührt.

(2) Soweit durch andere gesetzliche Bestimmungen eine besondere Genehmigung für Schulen in freier Trägerschaft vorgeschrieben wird, ist eine Genehmigung nach diesem Gesetz nicht erforderlich.

Zweiter Abschnitt

Ersatzschulen

§ 177

Ersatzschulen

(1) Schulen in freier Trägerschaft sind Ersatzschulen, wenn sie in ihren Lehr- und Erziehungszielen Bildungsgängen entsprechen, die nach diesem Gesetz oder aufgrund dieses Gesetzes vorhanden oder grundsätzlich vorgesehen sind. Abweichungen in der Lehr- und Erziehungsmethode und in den Lehrstoffen sind möglich.

(2) Die Gewährung von Beihilfen an Ersatzschulen wird durch besonderes Gesetz geregelt.

§ 178

Genehmigung von Ersatzschulen

(1) Ersatzschulen dürfen nur mit Genehmigung des Staatlichen Schulamtes, das auch die Rechtsaufsicht ausübt, errichtet und betrieben werden. Die Genehmigung ist vor Errichtung der Schule zu erwirken.

(2) Mit der Genehmigung erhält die Schule das Recht, schulpflichtige Schülerinnen und Schüler aufzunehmen.

(3) Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die Schule in freier Trägerschaft in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurücksteht, die für die Führung einer Schule erforderliche Zuverlässigkeit des Trägers und die Eignung der Schulleitung gegeben sind und wenn eine Sonderung

der Schülerinnen und Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird.

(4) Die Schule muss Formen der Mitwirkung von Eltern und Schülerinnen und Schülern nach dem achten und neunten Teil dieses Gesetzes dem Wesen der Schule in freier Trägerschaft entsprechend gewährleisten.

§ 179

Versagung und Widerruf der Genehmigung

(1) Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die Voraussetzungen nach § 178 Abs. 3 und 4 nicht erfüllt sind oder wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.

(2) Die Genehmigung ist zu widerrufen, wenn die Voraussetzungen nach § 178 und nach Abs. 1 nicht gegeben waren oder später weggefallen sind.

(3) Die Genehmigung erlischt, wenn die Schule nicht binnen eines Jahres eröffnet, wenn sie geschlossen oder ohne Zustimmung des Staatlichen Schulamtes ein Jahr lang nicht betrieben wird.

§ 180

Anerkannte Ersatzschulen

(1) Einer Ersatzschule, die die Gewähr dafür bietet, dass sie dauernd die Genehmigungsvoraussetzungen (§ 178) erfüllt, kann die Eigenschaft einer anerkannten Ersatzschule verliehen werden. Die Entscheidung trifft das Kultusministerium, bei Berufsfach- und Fachschulen für musikalische Berufsausbildung das Ministerium für Wissenschaft und Kunst.

(2) Mit der Anerkennung erhält die Ersatzschule das Recht, nach den für öffentliche Schulen geltenden Vorschriften Prüfungen abzuhalten und Zeugnisse zu erteilen. Sie hat bei der Aufnahme von Schülerinnen und Schülern die für öffentliche Schulen gegebenen Anordnungen zu beachten.

(3) Die Anerkennung ist zu widerrufen, wenn die Voraussetzungen nicht mehr vorliegen oder die Aufnahmevorschriften nicht beachtet werden.

§ 181

Lehrkräfte an Ersatzschulen

(1) Die Anforderungen an die wissenschaftliche Ausbildung der Lehrkräfte sind nur erfüllt, wenn eine fachliche und pädagogische Ausbildung sowie Prüfungen nachgewiesen werden, die der Ausbildung und den Prüfungen der Lehrkräfte an den entsprechenden öffentlichen Schulen im Werte gleichkommen. Auf diesen Nachweis kann in Ausnahmefällen verzichtet werden, wenn die wissenschaftliche und pädagogische Eignung der Lehrerin oder des Lehrers durch gleichwertige Leistungen nachgewiesen wird.

(2) Die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte an einer Ersatzschule ist nur genügend gesichert, wenn

1. über das Anstellungsverhältnis ein schriftlicher Vertrag abgeschlossen ist,
2. der Anspruch auf Urlaub festgelegt und die regelmäßige und Höchstpflichtstundenzahl geregelt ist,
3. die Gehälter und Vergütungen bei entsprechenden Anforderungen hinter den Gehältern der Lehrkräfte an gleichartigen öffentlichen Schulen nicht wesentlich zurückbleiben und in regelmäßigen Zeitabständen gezahlt werden,
4. für die Lehrkräfte eine Anwartschaft auf Versorgung erworben wird, die wenigstens den Bestimmungen der Angestelltenversicherung entspricht.

(3) Lehrerinnen und Lehrer des Landes können unter Fortfall der Bezüge für eine bestimmte Zeit zur Unterrichtserteilung an Ersatzschulen beurlaubt werden.

(4) Auf Antrag des Trägers einer anerkannten Ersatzschule kann das Staatliche Schulamt einer hauptamtlich an dieser Schule beschäftigten Lehrkraft,

die die beamtenrechtlichen Voraussetzungen für die Einstellung in den öffentlichen Schuldienst erfüllt, für die Dauer ihrer Tätigkeit an der Schule gestatten, eine den Amtsbezeichnungen vergleichbarer Lehrerinnen und Lehrer an öffentlichen Schulen entsprechende Bezeichnung mit dem Zusatz "im Privatschuldienst" zu führen. Die Gestattung darf frühestens zu dem Zeitpunkt ausgesprochen werden, in dem die Lehrerin oder der Lehrer im öffentlichen Schuldienst zur Anstellung oder Beförderung anstehen würde. Ein Anspruch auf eine entsprechende Verwendung bei einer Übernahme in den öffentlichen Schuldienst wird dadurch nicht begründet. Das Recht der juristischen Personen des öffentlichen Rechts, Amtsbezeichnungen zu verleihen, bleibt unberührt.

(5) Abs. 4 gilt für eine an eine Ersatzschule beurlaubte Lehrkraft des Landes sinngemäß, wenn sie dort Aufgaben wahrnimmt, die einem höherwertigen Amt entsprechen.

Dritter Abschnitt Ergänzungsschulen

§ 182 Ergänzungsschulen

(1) Andere als die nach § 177 genehmigungspflichtigen Ersatzschulen sind Ergänzungsschulen.

(2) Der Betrieb einer Ergänzungsschule ist dem Staatlichen Schulamt vor Aufnahme des Unterrichts anzuzeigen.

(3) Das Staatliche Schulamt kann die Fortführung einer Ergänzungsschule untersagen, um Schäden oder Gefahren abzuwenden, die durch Mängel im Charakter oder in den Fähigkeiten des Unterhaltsträgers, der Schulleiterin oder des Schulleiters, der Lehrkräfte oder durch Mängel in den Einrichtungen der Schule den Schülerinnen und Schülern oder der Allgemeinheit drohen.

(4) Die Landesregierung kann durch Rechtsverordnung auch für Ergänzungsschulen die Genehmigungspflicht einführen, wenn der Besuch dieser Schulen für die Ausübung eines Gewerbes oder eines Berufes vorausgesetzt wird.

§ 183 Anerkannte Ergänzungsschulen

(1) Das Kultusministerium kann einer Ergänzungsschule, die eine Ausbildung vermittelt, an der ein öffentliches Interesse besteht, die Eigenschaft einer anerkannten Ergänzungsschule verleihen, wenn der Unterricht nach seinen Zielen, den Einrichtungen der Schule und der wirtschaftlichen Seriosität des Trägers sowie der fachlichen Vorbildung und Fähigkeit der Lehrkräfte und Schulleitung geeignet ist, das von der Schule angestrebte Ausbildungsziel zu erreichen.

(2) Eine Ergänzungsschule, die eine berufliche Ausbildung vermittelt, erhält mit der Anerkennung das Recht, selbst unter dem Vorsitz einer Vertreterin oder eines Vertreters der staatlichen Schulaufsicht Prüfungen abzunehmen. Der Unterricht ist auf der Grundlage eines vom Kultusministerium erforderlichenfalls im Benehmen mit dem zuständigen Fachministerium genehmigten Lehrplans zu erteilen.

(3) Bei Ergänzungsschulen, die überwiegend oder ausschließlich eine musikalische oder künstlerische Ausbildung vermitteln, tritt bei den Entscheidungen nach Abs. 1 und 2 an die Stelle des Kultusministeriums das Ministerium für Wissenschaft und Kunst.

(4) Die nähere Ausgestaltung der Prüfungen erfolgt nach Maßgabe des § 80 durch Rechtsverordnung.

Vierter Abschnitt
Privatunterricht

§ 184
Privatunterricht

(1) Das Staatliche Schulamt kann die erwerbsmäßige Erteilung von Privatunterricht untersagen, um Schäden oder Gefahren abzuwenden, die durch Mängel im Charakter oder in den Fähigkeiten der oder des Unterrichtenden den Schülerinnen und Schülern oder der Allgemeinheit drohen.

(2) Die Landesregierung kann durch Rechtsverordnung für einzelne Arten von erwerbsmäßigem Privatunterricht bestimmen, dass die Aufnahme des Unterrichts dem Staatlichen Schulamt anzuzeigen ist. Sie kann des Weiteren bestimmen, dass für den Unterricht Minderjähriger eine ausreichende fachliche Vorbildung nachzuweisen ist. In der Rechtsverordnung ist festzulegen, was als ausreichende fachliche Vorbildung der oder des Unterrichtenden gilt.

VIERZEHNTER TEIL
Gemeinsame Bestimmungen

§ 185
Geltung für Schulen in öffentlicher Trägerschaft

(1) Dieses Gesetz gilt mit Ausnahme des dreizehnten Teils für die Schulen in öffentlicher Trägerschaft im Lande Hessen.

(2) Öffentliche Schulen im Sinne dieses Gesetzes sind Schulen, deren Träger das Land, eine Gemeinde, ein Gemeindeverband, ein Schulverband oder der Landeswohlfahrtsverband Hessen ist.

(3) Auf die Hessenkollegs und die Musikakademien (Berufsfach- und Fachschulen für die musikalische Berufsausbildung) findet das Gesetz Anwendung, soweit sich aus der Sache nichts anderes ergibt.

§ 186
Geltung für Schulen in freier Trägerschaft

(1) Auf Schulen in freier Trägerschaft (§ 173) finden über den dreizehnten Teil hinaus die Bestimmungen dieses Gesetzes Anwendung, wenn und soweit dies ausdrücklich bestimmt ist.

(2) Die Regelungen zur Schulpflicht (vierter Teil), die Pflichten von Eltern sowie von Schülerinnen und Schülern betreffen, bleiben unberührt.

§ 187
Geltungsausschluss

(1) Dieses Gesetz findet keine Anwendung auf

1. Ausbildungsstätten für nichtärztliches Fachpersonal im Gesundheitswesen,
2. Verwaltungsschulen,
3. Ausbildungsstätten, die weder öffentliche noch Schulen in freier Trägerschaft sind,
4. Einrichtungen der Erwachsenenbildung,
5. Hochschulen.

(2) Unterrichtsgeld- und Lernmittelfreiheit (§ 3 Abs. 11 und § 162) besteht auch an den Ausbildungsstätten für nichtärztliches Fachpersonal im Gesundheitswesen und für landwirtschaftlich-technische sowie für milchwirtschaftlich-technische Assistentinnen und Assistenten, sofern deren Träger das Land, eine Gemeinde, ein Gemeindeverband oder der Landeswohlfahrtsverband Hessen ist.

§ 188 Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. als Schulpflichtige oder Schulpflichtiger nach Vollendung des 14. Lebensjahres die Pflichten nach §§ 61, 62 Abs. 1, § 64 Abs. 1 bis 3 oder § 65 Abs. 1 verletzt,
2. die Pflicht, die Schulpflichtigen zur regelmäßigen Teilnahme am Unterricht und an Unterrichtsveranstaltungen anzuhalten und sie bei der zuständigen Schule an- und abzumelden (§ 68 Abs. 1), verletzt,
3. die Pflichten nach § 68 Abs. 3 verletzt.

(2) Ordnungswidrig handelt auch, wer vorsätzlich Schulpflichtige oder die in § 68 Abs. 2 und 3 genannten Personen durch Missbrauch des Ansehens, Überredung oder andere Mittel dazu bestimmt, die Vorschriften über die Schulpflicht zu verletzen.

(3) Ordnungswidrig handelt ferner, wer

1. ohne eine nach § 178 Abs. 1 erforderliche Genehmigung eine Ersatzschule oder entgegen einem Verbot der Fortführung nach § 182 Abs. 3 eine Ergänzungsschule betreibt oder leitet,
2. vorsätzlich oder fahrlässig gegen die Anzeigepflicht nach § 182 Abs. 2 verstößt,
3. entgegen einem Verbot nach § 184 Abs. 1 Privatunterricht erteilt.

(4) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße geahndet werden. Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist die untere Schulaufsichtsbehörde.

§ 189 Straftaten

(1) Wer einen anderen der Schulpflicht dauernd oder hartnäckig wiederholt entzieht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu einhundertachtzig Tagessätzen bestraft.

(2) Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein. Antragsberechtigt ist die untere Schulaufsichtsbehörde. Der Antrag kann zurückgenommen werden.

§ 190 Einschränkung von Grundrechten

Das Grundrecht der körperlichen Unversehrtheit (Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG) wird nach Maßgabe des § 72 Abs. 1 und 4 (Verpflichtung zu besonderen Untersuchungen, Schulgesundheitspflege), das Grundrecht der Freiheit der Person (Art. 2 Abs. 2 Satz 2 GG) wird nach Maßgabe der §§ 61, 62 Abs. 1, § 64 Abs. 1 bis 3, § 65 Abs. 1 und § 70 Abs. 4 eingeschränkt.

§ 191 Verträge des Landes

Verträge des Landes Hessen mit den Kirchen sowie Staatsverträge bleiben unberührt.

FÜNFZEHNTER TEIL **Zuständigkeit zum Erlass von Rechtsverordnungen und Anordnungen**

§ 192 Zuständigkeit

(1) Die Kultusministerin oder der Kultusminister ist zum Erlass der Rechtsverordnungen und der Anordnungen nach § 3 Abs. 6, § 5 Abs. 3 und 4, § 6 Abs. 4, § 10 Abs. 4, § 11 Abs. 5, § 12 Abs. 2 und 5, § 14 Abs. 3, § 16 Abs. 7, § 19 Abs. 3, § 23, § 25 Abs. 2, §§ 29 und 34 Abs. 2, §§ 40, 45, 48, 56 und 71 Abs. 4, § 74 Abs. 7, § 75 Abs. 5, § 76 Abs. 6, § 77 Abs. 3, §§ 81, 82 und 83 Abs. 11, § 84 Abs. 9, § 85 Abs. 1, §§ 86, 92 und 96 Abs. 1, §§ 103, 109 und 125 Abs. 4, § 144, § 151 Abs. 5, § 153 Abs. 2, § 161 Abs. 2, § 162 Abs. 5, § 183 Abs. 4 zuständig.

(2) Die Ministerin oder der Minister für Wissenschaft und Kunst ist für den Geschäftsbereich dieses Ministeriums zum Erlass der Rechtsverordnungen nach den in Abs. 1 aufgeführten Vorschriften zuständig.

(3) Die für das Gesundheitswesen zuständige Ministerin oder der dafür zuständige Minister ist für den Erlass der Rechtsverordnungen zur Schulgesundheitspflege nach § 72 Abs. 5 sowie nach § 162 Abs. 5 für die Ausbildungsstätten für nichtärztliches Fachpersonal im Gesundheitswesen zuständig.

(4) Die für die Landwirtschaft zuständige Ministerin oder der dafür zuständige Minister ist zum Erlass der Rechtsverordnungen nach § 162 Abs. 5 für die Ausbildungsstätten für landwirtschaftlich-technische und für milchwirtschaftlich-technische Assistentinnen und Assistenten zuständig.

(5) Der Erlass der Rechtsverordnungen nach § 11 Abs. 5, § 92 Abs. 2, § 103 und § 153 Abs. 2 bedarf des Einvernehmens der für die Finanzen zuständigen Ministerin oder des dafür zuständigen Ministers.

SECHZEHNTER TEIL **Übergangs- und Schlussbestimmungen**

§ 193 Übergangsvorschrift

(1) Soweit nach diesem Gesetz vorgesehen ist, dass Beschlüsse der Schulkonferenz vorliegen müssen, um über Organisationsformen oder Verfahrensweisen zu entscheiden, bedarf es einer solchen Entscheidung nur, wenn Organisationsformen oder Verfahrensweisen geändert werden sollen, die an der betreffenden Schule zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes bestanden. Einer erneuten Entscheidung bedarf es, wenn Organisationsformen oder Verfahrensweisen, die nach diesem Gesetz von der Schulkonferenz beschlossen werden können, zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes an der Schule im Rahmen eines Schulversuches eingeführt worden waren.

(2) Zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes bestehende Eingangsstufen (§ 22) können fortgeführt werden.

(3) Zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes bestehende Förderstufen (§ 25) können fortgeführt werden.

§ 194 Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. August 2011, § 192, die in § 192 Abs. 1 aufgeführten Vorschriften sowie § 122 Abs. 2 und 3 treten am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Begründung:**A. Allgemeiner Teil:**

Jedes Kind hat Anspruch auf bestmögliche Bildung. Um dies zu erreichen, bedarf es grundsätzlicher Änderungen in unserem Bildungssystem. Denn die schulische Bildung in Hessen führt dazu, dass die Kinder von Beginn an in Bildungsgewinner und Bildungsverlierer aufgeteilt werden und der soziale Status der Eltern über die Bildungschancen der Kinder entscheidet. Es gelingt nicht, alle Begabungen eines Kindes zu entfalten. Zu viele Kinder werden zu früh auf ihrem individuellen Bildungsweg zurückgelassen. Zu wenige Kinder erreichen einen Abschluss, der ihnen die Chance auf einen hochqualifizierten Berufsweg eröffnet.

Um dies zu verändern, ist ein Paradigmenwechsel in der Bildungspolitik unumgänglich. Deswegen verpflichtet sich der Gesetzgeber in dem vorliegenden Gesetz zu folgenden Grundsätzen:

Kein Kind wird zurück gelassen - Lernen fördern!
Unterschiedlichkeiten voraussetzen - Lernen individualisieren!
Verschiedenheiten anerkennen - Respekt vor Besonderheiten!
Benachteiligungen erkennen und mildern - Erziehungsleistung stärken!
Selbstverantwortung altersgemäß erproben - Erfahrungsräume schaffen!
Hohe Ansprüche an das Lernen aller Kinder und Jugendlichen - Lernen fordern!

Der Bildungsauftrag aller Bildungseinrichtungen muss sich mit seinen Zielen an diesen Grundsätzen orientieren. Die Gesellschaft hat die Verantwortung für ihre Umsetzung und muss die geeigneten Bedingungen zu ihrer Realisierung herstellen. Die Herstellung von Chancengleichheit ist von zentraler Bedeutung und Grundgedanke dieses Gesetzes. Statt auf Auslese und Selektion setzt der Gesetzgeber damit auf Förderung und Integration in einem inklusiven Schulsystem. Durch die Erschließung aller Begabungspotentiale wird Hessen zukunftsfähig, denn ein hohes Bildungsniveau der Bevölkerung ist die Grundlage für unsere zukünftige Leistungsfähigkeit. Dies gilt erst recht im Lichte des demografischen Wandels, denn nur durch eine möglichst breite gute und sehr gute Bildung und Ausbildung der jungen Menschen können die Unternehmen ihren Fachkräftebedarf und damit ihre Konkurrenzfähigkeit sichern. Gute Bildung ist für das einzelne Kind ebenso wichtig wie für die wirtschaftliche und technologische Entwicklung unseres Landes. Nur so können wirtschaftliche Prosperität, gesellschaftlichen Wohlstand und die Zukunftsfähigkeit des Landes insgesamt dauerhaft sichern. Dazu brauchen wir ein leistungsförderndes Bildungssystem, das auch alle Altersgruppen im Sinne der Forderung nach "Lebensbegleitendem Lernen" erreicht.

Mit der Ratifizierung der UN-Konvention für Menschen mit Behinderungen hat die Diskussion darüber, ob für eine begabungsgerechte Förderung unterschiedlich anspruchsvolle Schulformen notwendig sind, einen weiteren Schub erhalten. In der Konvention ist das Ziel eines ‚Inklusiven‘ Schulsystems‘ festgeschrieben. Nicht nur die Hauptschule sondern auch die Praxis unseres Förderschulsystems steht in der Konsequenz der UN-Konvention zur Disposition. Somit muss auch die Frage neu gestellt werden, ob eine Aufteilung der Kinder nach Klasse für ein leistungsstarkes Bildungssystem notwendig ist und wie eine gesellschaftliche Akzeptanz der Schule für Alle gefördert werden kann.

B. Besonderer Teil:

zu § 1:

Abs. 1 übernimmt die Regelung des §1 Abs. 1 HSchG.

In Abs. 2 wird die bestehende Regelung des §1 Abs. 2 HSchG redaktionell leicht verändert und um eine Vorschrift ergänzt, der zufolge staatliches Handeln Diskriminierungen aktiv vorbeugen muss.

zu § 2:

Die Regelungen von § 2 übernehmen im Wesentlichen die Regelungen von § 2 HSchG.

Darüber hinaus werden folgende Ergänzungen vorgenommen: In Abs. 2 Nr. 6 werden die interreligiöse und interkulturelle Bildung als Bestandteil des Bildungsauftrags der Schule gesondert definiert. In Nr. 7 wird das die Begegnung und der vorurteilsfreie Umgang mit Menschen mit Behinderung als Teil des Bildungsauftrags der Schule festgeschrieben und damit der UN-

Konvention für Menschen mit Behinderung Rechnung getragen. Ferner wird in einer neuen Nr. 8 bestimmt, dass Menschen mit und ohne Behinderung als gleichberechtigte Individuen in unserer Gesellschaft und das gemeinsame Lernen als Gewinn für sich und ihre Mitmenschen begriffen werden soll.

In Abs. 3 wird Förderung und Motivation der Kinder in den Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schulen aufgenommen.

In Abs. 4 wird die veraltete Bezeichnung "Europäische Gemeinschaft" zu "Europäische Union" aktualisiert.

zu § 3:

Abs. 1 bis Abs. 4 übernehmen die Regelungen von § 3 Abs. 1 bis 4 HSchG.

Abs. 5 übernimmt die Regelungen von § 3 Abs. 9 HSchG.

Abs. 6 bestimmt, dass die Schule zur Verwirklichung ihres Bildungs- und Erziehungsauftrags eng mit den Trägern der Jugendhilfe zusammenarbeitet.

Abs. 7 stellt eine besondere Schutzvorschrift gegen Misshandlungen aller Art von Kindern und Jugendlichen dar. Hier ist festgelegt, dass die Schule unverzüglich in geeigneter Weise auf den Verdacht von Missbrauch zu reagieren hat und dass sie die fachlich zuständigen und qualifizierten Stellen einzuschalten hat.

Abs. 8 übernimmt die Regelungen von § 3 Abs. 5 HSchG.

Abs. 9 regelt im Grundsatz die Umsetzung der UN-Konvention für Menschen mit Behinderungen, indem die Entwicklung der hessischen Schulen nach diesem Gesetz zu inklusiven Schulen festschreibt.

Abs. 10 legt das Grundprinzip der individuellen Förderung aller Kinder und Jugendlichen fest.

Abs. 11 übernimmt die Regelungen von § 3 Abs. 7 HSchG.

Abs. 12 bis Abs. 14 übernehmen die Regelungen von § 3 Abs. 10 bis 12 HSchG.

In Abs. 15 wird getragen von den Beschlüssen der Kultusministerkonferenz der Grundsatz, dass medienpädagogische Inhalte in das unterrichtliche Geschehen in der Verantwortung der Schule integriert werden sollen, im Gesetz verankert.

In Abs. 16 wird den beruflichen Schulen ein eigener Weiterbildungsauftrag für Erwachsene aller Alterstufen zu Zusammenarbeit mit den Trägern der Weiterbildung gegeben.

Abs. 17 und Abs. 18 übernehmen die Regelungen von § 3 Abs. 13 und 14.

zu § 4:

Die Regelungen von § 4 übernehmen mit einigen redaktionellen Änderungen bei den Querverweisen die Regelungen von § 4 Abs. 1 und 2.

zu § 5:

Die Regelungen von § 5 übernehmen im Wesentlichen die Regelungen von § 4a Abs. 1 bis 4 zu Lehrplänen und nehmen neue Regelungen zu Kerncurricula auf.

In Abs. 1 werden die Kerncurricula Grundlage des Unterrichts im Regelfall definiert. Nur in den Fällen, in denen Kerncurricula nicht erlassen sind, bilden die Lehrpläne die Grundlage des Unterrichts.

In Abs. 2 wird bestimmt, dass die Entwürfe der Kerncurricula ebenso wie die Entwürfe der Lehrpläne dem Landesschulbeirat mit der Möglichkeit zur Erörterung vorgelegt werden.

In Abs. 3 bestimmt, dass Kerncurricula durch Rechtsverordnung für erlassen werden und regelt das nähere Verfahren.

zu § 6:

Die Regelungen von § 6 übernehmen im Wesentlichen die Regelungen von § 5 HSchG.

Abweichend hierzu wird in Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe f) das Unterrichtsfach Ethik dem Religionsunterricht gleichwertig verankert sowie in Buchstabe h) eine erste Fremdsprache in der Grundschule verbindlich festgelegt.

In Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe c) wird die Einführung einer zweiten Fremdsprache nicht mehr auf den gymnasialen Bildungsgang beschränkt sowie in Buchstabe m) wird das Unterrichtsfach Ethik dem Religionsunterricht in der Mittelstufe gleichwertig verankert.

In Abs. 3 werden die Regelungen zum Wahlpflichtunterricht an Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe c) angepasst. Da nunmehr eine zweite Fremdsprache in der Mittelstufe obligatorisch ist, kann sie sachlogisch nicht mehr im Wahlpflichtbereich gleich welcher Schulform angesiedelt sein. Ferner wird die dritte Fremdsprache nicht alleine dem Wahlunterricht des gymnasialen Bil-

dungsgang zugeordnet, sondern kann an allen Bildungsgängen angeboten werden.

zu § 7:

Die Regelungen von § 7 übernehmen im Wesentlichen die Regelungen von § 6 HSchG.

In Abs. 2 wird die Definition der Lernbereiche, die aus einzelnen Fächern gebildet werden, redaktionell neu gefasst.

In Abs. 3 wird die Entscheidung über die fächerübergreifende Unterrichtung von Fächern in den Lernbereichen der Schulkonferenz als dem zentralen, demokratisch zusammengesetzten Entscheidungsgremium der Schule zugeordnet.

zu § 8:

Die Regelungen von § 8 übernehmen die Regelungen von § 7 HSchG.

zu § 9:

In Abs. 1 werden die Regelungen von § 8 Abs. 1 HSchG übernommen und es wird klar gestellt, dass Ethik ordentliches Unterrichtsfach ist (vgl. § 6).

In Abs. 2 und 3 werden die Regelungen von § 8 Abs. 2 und 3 übernommen.

In Abs. 4 wird bestimmt, dass die Schülerinnen und Schüler bzw. die Eltern vor dem 14. Geburtstag ein Wahlrecht zwischen Religionsunterricht und einem Ethikunterricht haben.

zu § 10:

In Abs. 1 wird bestimmt, dass Kinder anderer Herkunftssprache oder aus zweisprachigen Elternhäusern eine besondere Förderung erhalten, damit sie im Unterricht mit deutschsprachigen Kindern erfolgreich mitarbeiten können.

In Abs. 2 wird ein Anrecht auf Förderung in der deutschen Sprache für die Kinder begründet, die keine ausreichenden Deutschkenntnisse haben.

In Abs. 3 wird bestimmt, dass die Förderung der Mehrsprachigkeit in der Grundschule durch einen herkunftssprachlichen Unterricht erfolgt. In der Sekundarstufe I soll diese Förderung dadurch fortgesetzt werden, dass Unterricht in der Herkunftssprache als Wahlpflichtfach oder als zweite bzw. dritte Fremdsprache angeboten wird.

Abs. 4 enthält eine Verordnungsermächtigung zur näheren Ausgestaltung des Unterrichts in der Herkunftssprache.

zu § 11:

Die Regelungen von § 11 übernehmen im Wesentlichen die Regelungen von § 9 HSchG.

Abweichend hierzu wird in Abs. 4 Nr. 1 die Entscheidung über eine Abweichung von der Stundentafel in die Kompetenz der Schulkonferenz gestellt.

In Abs. 5 wird als Folgeänderung zu Abs. 4 in der Verordnungsermächtigung ebenfalls auf die Schulkonferenz und nicht mehr auf die Schulleiterin oder den Schulleiter Bezug genommen.

zu § 12:

Die Regelungen von § 12 übernehmen die Regelungen von §10 HSchG.

zu § 13:

Die Regelungen von § 13 Abs. 1 und 2 übernehmen die Regelungen von § 11 Abs. 1 und 2 HSchG.

In Abs. 3 Nr. 1 werden Haupt und Realschule als eigenständige Schulformen gestrichen und an ihrer Stelle die Schulform der erweiterten Realschule eingeführt. Dies trägt der Tatsache Rechnung, dass die Hauptschule als eigenständige Schulform einerseits die Kinder und Jugendlichen nicht optimal fördern kann und dies andererseits dazu geführt hat, dass sie bei den Eltern keine Akzeptanz mehr erfährt. Die Versuche der letzten Jahrzehnte, die Hauptschule als eigenständige Schulform zu stärken, sind gescheitert und werden beendet.

Abs. 4 enthält eine Folgeänderung aus Abs. 3 Nr. 1.

Abs. 5 übernimmt die Regelungen aus § 11 Abs. 5 HSchG.

Abs. 6 enthält eine Folgeänderung aus Abs. 3 Nr. 1 und bestimmt, dass der gymnasiale Bildungsgang an schulformbezogenen Gesamtschulen generell bis zu Jahrgangsstufe 10 geht.

Abs. 7 übernimmt die Regelungen aus § 11 Abs. 8 HSchG

Abs. 8 bestimmt, dass Schulen mehrere Standorte haben können. Dies trägt insbesondere der Sicherung hochwertiger Bildungsangebote in der Fläche bei zurück gehenden Schülerzahlen Rechnung.

zu § 14:

In Abs. 1 wird die Möglichkeit der Weiterentwicklung von Schulen aller Schulformen zu Gemeinschaftsschulen geregelt. Viele internationale Schulstudien haben gezeigt, dass Schülerinnen und Schüler in einem leistungsheterogenen Umfeld, bei individueller Förderung und gemeinsamem Lernen ihre Potentiale besser entfalten können, als dies in einem gegliederten Schulwesen der Fall ist. Dies ist unabhängig von der formalen Schulform, vielmehr kommt es auf den gezielten Einsatz pädagogischer Methoden an. Die Entscheidung darüber, ob sich eine Schule zu einer Gemeinschaftsschule weiterentwickeln möchte, muss von Schule und Schulträger gleichermaßen getragen und freiwillig auf der Grundlage eines pädagogischen Konzepts getroffen werden.

In Abs. 2 werden die Bildungsziele als sich auf allen schulischen Anspruchsniveaus befindliche definiert.

In Abs. 3 werden die zentralen pädagogischen Prinzipien einer Gemeinschaftsschule noch einmal aufgeführt.

In Abs. 4 wird bestimmt, dass eine Gemeinschaftsschule als echte Ganztagschule in offener oder gebundener Form geführt wird. Die Schule legt in ihrem pädagogischen Konzept, das der künftigen Arbeit als Gemeinschaftsschule zugrunde liegt, fest, ob sie als Ganztagschule in offener oder gebundener Form arbeiten will. Das Gesetz begründet für beiden Formen einen Rechtsanspruch.

In Abs. 5 wird bestimmt, dass die Gemeinschaftsschule bis zur Jahrgangsstufe 8 auf Ziffernnoten verzichten kann, dass Nichtversetzung stattfinden sondern stattdessen individuelle Förderung erfolgt; die Möglichkeit der freiwilligen Wiederholung einer Jahrgangsstufe nach § 76 Abs. 4 bleibt unberührt. Dementsprechend wird auf äußere Fachleistungsdifferenzierung verzichtet.

zu § 15:

Die Regelungen der Abs. 1 - 3 übernehmen mit einer redaktionellen Änderung die Regelungen von § 12 Abs. 1 - 3 HSchG.

In Abs. 4 wird als Folgeänderung zu § 14 der Bildungsweg der Gemeinschaftsschule eingefügt.

zu § 16:

Die Regelungen in § 16 übernehmen im Wesentlichen die Regelungen von §13 HSchG.

Abweichend hierzu wird in Abs. 5 ergänzt, dass der Abschluss der Fachoberschule zur Aufnahme eines gestuften Studiengangs an einer Universität berechtigt.

zu § 17:

Die Regelungen in § 17 übernehmen die Regelungen von §14 HSchG.

zu § 18:

Die Regelungen in § 18 übernehmen im Wesentlichen die Regelungen in §15 HSchG.

Abweichend hierzu ist in Abs. 6 näher bestimmt, dass insbesondere inklusiv arbeitende Schule zu Ganztagschulen in offener und gebundener Form weiter entwickelt werden können. Damit wird dem besonderen Auftrag, der aus der UN-Konvention für Menschen mit Behinderung entsteht, Rechnung getragen. Ferner wird bestimmt, dass Gemeinschaftsschulen unabhängig davon nach § 14 Abs. 4 als Ganztagschulen geführt werden.

zu § 19:

Die Regelungen von § 19 übernehmen die Regelungen von § 15a HSchG.

zu § 20:

Die Regelungen von § 20 übernehmen die Regelungen von § 16 HSchG.

zu § 21:

In Abs. 1 werden die Regelungen von § 17 Abs. 1 HSchG übernommen mit der Ergänzung, dass in der Grundschule "alle" Kinder bis Jahrgangsstufe 4 unterrichtet werden. Diese Ergänzung betont den Anspruch des Gesetzgebers, das hessische Schulwesen als ein inklusives Schulwesen auszugestalten.

In Abs. 2 werden die Regelungen von § 17 Abs. 2 HSchG übernommen.
In den Abs. 3 und 4 wird der Schuleingang in Klassestufen 1 und 2 neu geordnet und die Schuleingangsstufe, die die Kinder in der Regel in zwei, aber auch in einem oder in drei Jahren durchlaufen können, für alle Grundschulen eingeführt.

In Abs. 5 werden die Regelungen von § 17 Abs. 4 HSchG übernommen.

zu § 22:

In Abs. 1 wird analog zu § 18 Abs. 1 HSchG die besondere Funktion der Eingangsstufen definiert. Vorklassen hingegen, die in § 18 Abs. 1 HSchG ebenfalls näher definiert waren, entfallen ersatzlos. Damit entfallen auch die Regelungen von § 18 Abs. 2 HSchG.

In Abs. 2 werden die Eingangsstufen näher bestimmt.

In Verbindung mit § 193 Abs. 4 ergibt sich, dass bestehende Eingangsstufen zwar weiter geführt, aber keine neuen eingerichtet werden können.

zu § 23:

Verordnungsermächtigung zur näheren Ausgestaltung der Grundschule.

zu § 24:

Die Jahrgangsstufen 5 und 6 werden als Bindeglied zwischen der Grundschule und den Bildungsgängen der Sekundarstufe definiert.

zu § 25:

In Abs. 1 werden die Funktion und die Aufgabe der Förderstufe definiert.

In Abs. 2 wird zur näheren Ausgestaltung der Förderstufe eine Verordnungsermächtigung ausgebracht. Insgesamt können so die gesetzlichen Regelungen von § 22 HSchG deutlich gestrafft werden.

In Verbindung mit § 193 Abs. 5 ergibt sich, dass bestehende Förderstufen zwar weiter geführt, aber keine neuen eingerichtet werden können.

zu § 26:

Die Regelungen von § 26 definieren die neu begründete Schulform der erweiterten Realschule, die die eigenständigen Schulformen der Hauptschule und der Realschule ablöst (vgl. § 13 Abs. 3 Nr. 1 b).

In Abs. 1 wird geregelt, dass in der erweiterten Realschule die Bildungsgänge der Haupt- und der Realschule zusammengefasst werden.

In Abs. 2 wird der Bildungsauftrag der Schulform näher ausgeführt.

In Abs. 3 wird festgelegt, dass sie in der Regel die Jahrgangsstufen 5 - 10 umfasst und dass die erweiterte Realschule mit einem ganztägigen Angebot nach § 18 Abs. 1 Nr. 2 bis 4 ausgestattet wird.

In Abs. 4 werden die Abschlüsse näher bestimmt, die nach erfolgreichem Besuch erworben werden können.

In Abs. 5 wird definiert, dass die dort aufgeführten Abschlüsse nach einer erfolgreichen Teilnahme an einer Prüfung, die landesweit einheitlichen Anteilen hat, erworben werden.

zu § 27:

Die Regelungen in § 27 Abs. 1 und 2 übernehmen im Wesentlichen die Regelungen von § 24 Abs. 1 und 2 HSchG. Abweichend davon wird in Abs. 2 die Sekundarstufe I des Gymnasiums bis Klasse 10 festgelegt. Damit wird die Rückkehr zu G9 am Gymnasium als Regel vollzogen.

In Abs. 3 wird festgelegt, dass das Zeugnis der Klasse 9 und das der Klasse 10 des Gymnasiums zur Teilnahme an den Prüfungen zum Erwerb des Hauptschulabschlusses sowie des Realschulabschlusses berechtigt.

In Abs. 4 wird das Gymnasium verpflichtet sicherzustellen, dass die Schülerinnen und Schüler, die das Gymnasium nach Jahrgangsstufe 9 oder 10 verlassen, an den Prüfungen nach Abs. 3 teilnehmen. So soll sichergestellt werden, dass kein Kind das Gymnasium ohne Abschluss verlässt.

zu § 28:

In § 28 werden die Regelungen der §§ 25 bis 27 HSchG zusammengefasst. Abs. 1 übernimmt mit einigen redaktionellen Änderungen die Regelungen von § 25 Abs. 1 HSchG.

Abs. 2 übernimmt die Regelungen von § 25 Abs. 2 HSchG.

Abs. 3 bestimmt, dass die Mittelstufe an Gesamtschulen die Jahrgangsstufen 5 bis 10 umfasst.

Abs. 4 übernimmt im Wesentlichen die Regelungen von § 27 Abs. 1 HSchG.

Abs. 5 übernimmt die Regelungen von § 27 Abs. 2 HSchG.

Abs. 6 übernimmt die Regelungen von § 27 Abs. 3 HSchG mit der Maßgabe, dass die Entscheidung über die in Abs. 5 näher bestimmten inneren Organisationsmaßnahmen von der Schulkonferenz getroffen wird.

Abs. 7 übernimmt im Wesentlichen die Regelungen von § 26 Abs. 1 HSchG. Abweichend davon wird Organisation nach Bildungsgängen § 13 angepasst und die Dauer des gymnasialen Bildungsgangs auf 6 Jahre festgesetzt. Dies folgt der Vorgabe des Gesetzgebers, dass eine generelle Rückkehr zu G9 erreicht werden soll.

zu § 29:

Verordnungsermächtigung zur näheren Ausgestaltung der Mittelstufe.

zu § 30:

In § 30 werden die Regelungen von § 29 HSchG übernommen.

zu § 31:

In § 31 werden die Regelungen von § 30 HSchG übernommen.

zu § 32:

In Abs. 1 wird die Organisation der Oberstufe in einem flexiblen Kurssystem bestehend aus optionalen Einführungskursen und in die Abiturwertung einzubringende Qualifikationskurse definiert. Die starre Organisation in Einführungsphase und Qualifikationsphase wird aufgegeben. So ist ein flexibler Durchlauf durch die Oberstufe bis zur Abiturprüfung in einer Zeit von zwei bis vier Jahren möglich.

In Abs. 2 wird die nähere Ausgestaltung der Einführungs- und Qualifikationskurse festgelegt.

In Abs. 3 wird die Organisation des Unterrichts in Grund- und Leistungskursen festgelegt.

In Abs. 4 wird die Möglichkeit des Erwerbs der Fachhochschulreife näher bestimmt.

In Abs. 5 werden die Regelungen von § 31 Abs. 6 HSchG übernommen.

zu § 33:

In § 33 werden die Regelungen von § 32 HSchG übernommen.

zu § 34:

In Abs. 1 und 2 werden im Wesentlichen die Regelungen von § 33 Abs. 1 und 2 HSchG übernommen. Abweichend hierzu wird in Abs. 2 das Fach "Ethik" in den Katalog der Fächer aufgenommen, die mit Genehmigung des Staatlichen Schulamts als Leistungsfach eingerichtet werden können.

In Abs. 3 wird festgelegt, dass Art und Umfang des Angebots Kursangebots von den personellen und sächlichen Voraussetzungen der Schule sowie der Schülerzahl abhängig ist.

In Abs. 4 und 5 werden die Regelungen von § 33 Abs. 4 und 5 HSchG übernommen.

Zu § 35:

Abs. 1 bestimmt, dass die Belegung der Einführungskurse in der gymnasialen Oberstufe freiwillig ist und der Schüler oder die Schülerin nach Beratung durch den Klassenlehrer oder die Klassenlehrerin der Jahrgangsstufe 10 die Entscheidung über die Anwahl von Einführungskursen trifft.

Abs. 2 übernimmt sinngemäß die Regelungen von § 34 Abs. 1 HSchG und legt die Belegpflichten bei den Qualifikationskursen bis zum Erwerb der Hochschulreife fest. Alternativ zu Religion kann nunmehr auch Ethik gewählt werden.

Abs. 3 übernimmt weitgehend die Regelung von § 34 Abs. 2 HSchG mit der Maßgabe, dass auch das Fach Deutsch in den Katalog aufgenommen wird, aus dem ein Leistungsfach gewählt werden muss. Dadurch wird Wahlmöglichkeit nach Begabung und Neigung erweitert.

Abs. 4 übernimmt die Regelungen von § 34 Abs. 3 HSchG.

zu § 36:

In § 36 werden die Regelungen von § 35 HSchG übernommen.

zu § 37:

In § 37 werden die Regelungen von § 35a HSchG übernommen.

zu § 38:

In § 38 werden die Regelungen von § 36 HSchG übernommen.

zu § 39:

In § 39 werden die Regelungen von § 37 HSchG übernommen und ergänzt in Abs. 3 die Berechtigung zum Studium eines gestuften Studiengangs an einer Universität als Konsequenz aus der so genannten Bologna-Reform zur Herstellung eines einheitlichen Hochschulraums in Europa.

zu § 40:

Verordnungsermächtigung zur näheren Ausgestaltung der studienqualifizierenden Bildungsgänge der Oberstufe.

zu § 41:

Die Abs. 1 bis 5 übernehmen die Regelungen von § 39 Abs. 1 bis 5 HSchG. In Abs. 6 wird die Möglichkeit eröffnet, bei einem Mangel an betrieblichen Ausbildungsplätzen subsidiär vollzeitschulische Ausbildungsplätze anzubieten und somit Jugendlichen ohne betrieblichen Ausbildungsplatz eine Ausbildungsmöglichkeit zu eröffnen. Der Abschluss des vollzeitschulischen Ausbildungsgangs berechtigt zur Teilnahme an einer Prüfung nach Berufsbildungsgesetz.

Abs. 7 übernimmt die Regelungen von § 39 Abs. 6 HSchG.

zu § 42:

In § 42 werden die Regelungen von § 41 HSchG übernommen und in Abs. 6 ein fehlerhafter Verweis korrigiert.

zu § 43:

In § 43 werden die Regelungen von § 42 HSchG übernommen.

zu § 44:

In § 44 werden die Regelungen von § 43 HSchG übernommen mit der Maßgabe, dass in Abs. 2 die Schulkonferenz als Entscheidungsgremium an die Stelle der Gesamtkonferenz tritt.

zu § 45:

In § 45 werden die Regelungen von § 44 HSchG übernommen.

zu § 46:

In § 46 werden die Regelungen von § 45 HSchG übernommen.

zu § 47:

In § 47 werden die Regelungen von § 46 HSchG übernommen und darüber hinaus in Abs. 3 eine Regelung aufgenommen, die eine nachgewiesenen Arbeitslosigkeit als Zugangsvoraussetzung für Abendgymnasium und Hessenkolleg fest schreibt. Damit wird diese bereits in der Vorordnung niedergelegte Regelung auf Gesetzesebene gehoben.

zu § 48:

Verordnungsermächtigung zur näheren Ausgestaltung der Schulen für Erwachsene.

zu § 49:

In § 49 werden die Regelungen von § 48 HSchG übernommen.

zu § 50:

In Abs. 1 werden die Regelungen von § 49 Abs. 1 übernommen. In Abs. 2 wird festgelegt, dass sonderpädagogische Förderung in der Regel in den allgemeinbildenden und beruflichen Schulen erfolgt. Allerdings wird auch sichergestellt, dass dem Elternwunsch nach Beschulung in Förderschulen Rechnung zu tragen ist. Die Eltern erhalten damit eine echte Wahlmöglichkeit.

zu § 51:

In § 51 werden die Regelungen von § 50 HSchG übernommen mit der Klarstellung in der Überschrift und in Abs. 1, dass das Ziel der Inklusion gemäß UN-Konvention für Menschen mit Behinderung in den Blick genommen wird. Folglich wird der Terminus "Integration" durch den Terminus "Inklusion" ersetzt.

zu § 52:

In Abs. 1 wird bestimmt, dass der inklusive Unterricht an den allgemeinbildenden Schulen in enger Abstimmung mit den Förderzentren durchgeführt wird und dabei Förderschullehrer eingebunden werden.

In Abs. 2 wird bestimmt, dass der inklusive Unterricht an den allgemeinbildenden Schulen in integrierten und teilintegrierten Angeboten stattfindet.

zu § 53:

In § 53 werden im Wesentlichen die Regelungen von § 52 HSChG übernommen. Es erfolgt eine redaktionelle Änderung dahingehend, dass der Terminus "gemeinsamen Unterricht" durch den Terminus "inklusive Unterricht" ersetzt wird.

zu § 54:

In Abs. 1 werden die Aufgaben der Förderschulen und deren äußere Organisation näher bestimmt.

In Abs. 2 werden die Aufgaben der sonderpädagogischen Förderzentren näher bestimmt.

In Abs. 3 werden die Regelungen von § 53 Abs. 3 übernommen.

In Abs. 4 wird bestimmt, dass die Förderschulen mit Ausnahme der Schulen für Kranke mit Klasse 5 beginnen. Bis dahin findet der Unterricht für alle Kinder in der Grundschule statt (vgl. § 21 Abs. 1). Sie werden als lernzielgleiche oder lernziendifferente Schulen geführt.

In Abs. 5 werden die Regelungen von § 53 Abs. 5 übernommen.

zu § 55:

In Abs. 1 und 2 werden die Regelungen von § 54 Abs. 1 und 2 übernommen.

In Abs. 3 sichert ein weit reichendes Elternwahlrecht in der Frage, ob das Kind sonderpädagogische Förderung an einer allgemeinbildenden Schule oder an einer Förderschule erhalten soll. Die Regelung geht davon aus, dass die Eltern - sofern sie keinen anders lautenden Antrag stellen - eine Beschulung in einer allgemeinbildenden Schule bevorzugen.

In Abs. 4 wird das Verfahren der Zuordnung der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf an die zuständige Förderschule sowie zum Sonderunterricht näher bestimmt.

In Abs. 5 wird der Förderausschuss, der auf Antrag der Eltern eingerichtet wird, näher bestimmt.

In Abs. 6 werden die Aufgaben des Förderausschuss nach Abs. 5 definiert.

zu § 56:

Verordnungsermächtigung zur näheren Ausgestaltung der sonderpädagogischen Förderung.

zu § 57:

In § 57 werden die Regelungen von § 56 HSChG übernommen.

zu § 58:

In § 58 werden die Regelungen von § 57 HSChG übernommen.

zu § 59:

In Abs. 1 werden die Regelungen von § 58 Abs. 1 HSChG übernommen. Zusätzlich wird der Schule durch Beschluss der Schulkonferenz die Möglichkeit eröffnet, einen zweiten Einschulungstermin einzurichten.

In Abs. 2 werden die Regelungen von § 58 Abs. 1 HSChG weitgehend übernommen.

In Abs. 3 wird festgelegt, dass schulpflichtige Kinder, die nicht über hinreichende deutsche Sprachkenntnisse verfügen, ein Anrecht auf entsprechende Sprachförderung haben. Eine Rückstellung vom Schulbesuch oder eine Beschulung in Vorklassen findet nicht statt.

zu § 60:

In Abs. 1 werden die Regelungen von § 59 Abs. 1 HSChG übernommen.

In Abs. 2 wird bestimmt, dass sich die Vollzeitschulpflicht für Schülerinnen und Schüler, die den Hauptschulabschluss nicht erreicht haben, um ein Jahr verlängert sowie auf Antrag der Eltern in besonderen Fällen um ein weiteres Jahr verlängern kann.

In Abs. 3 werden die Regelungen von § 59 Abs. 1 HSChG übernommen.

zu § 61:

In § 61 werden die Regelungen von § 60 HSchG übernommen.

zu § 62:

In § 62 werden die Regelungen von § 61 Abs. 1 und 2 HSchG übernommen.

zu § 63:

In Abs. 1 und 2 werden die Regelungen von § 62 Abs. 1 und 2 übernommen.

In Abs. 3 wird die Berufsschulpflicht bis zum 18. Lebensjahr festgesetzt.

In Abs. 4 bis 6 werden die Regelungen von § 62 Abs. 4 bis 6 HSchG übernommen.

zu § 64:

In § 64 werden die Regelungen von § 63 HSchG übernommen.

zu § 65:

In § 65 werden die Regelungen von § 64 HSchG übernommen.

zu § 66:

In § 66 werden im Wesentlichen die Regelungen von § 65 HSchG übernommen. In Abs. 2 wird davon abweichend bestimmt, dass die Schulpflicht nur ausnahmsweise auf Dauer ruhen kann.

zu § 67:

In § 67 werden die Regelungen von § 66 HSchG übernommen mit der Maßgabe, dass Gestattungen künftig im Einvernehmen mit der kommunalen Schulträger von dem staatlichen Schulamt genehmigt werden können.

zu §§ 68 bis 70:

In §§ 68 bis 70 werden die Regelungen von §§ 67 bis 69 HSchG übernommen.

zu § 71:

In § 71 werden im Wesentlichen die Regelungen von § 70 HSchG übernommen. Abweichend hiervon ist gemäß Abs. 4 bei Kapazitätsbeschränkungen von Schulen nicht nur das Benehmen sondern das Einvernehmen mit dem Schulträger herzustellen.

zu §§ 72 und 73:

In §§ 72 und 73 werden die Regelungen von §§ 71 und 72 HSchG übernommen.

zu § 74:

In Abs. 1 werden die Regelungen von § 73 Abs. 1 HSchG übernommen.

In Abs. 2 werden die Regelungen von § 73 Abs. 2 HSchG übernommen mit der Maßgabe, dass bei der Leistungsbewertung der Lernerfolg der Schülerin oder des Schülers zu berücksichtigen ist.

In Abs. 3 bis 5 werden die Regelungen von § 73 Abs. 3 bis 5 übernommen.

In Abs. 6 wird der Schulkonferenz ein Entscheidungsrecht darüber, ob die Leistungsbewertung im Arbeits- und Sozialverhalten Noten oder eine andere Information der Eltern erfolgen soll, eingeräumt.

In Abs. 7 werden die Regelungen von § 73 Abs. 6 übernommen.

zu § 75:

In § 75 werden die Regelungen von § 74 HSchG übernommen.

zu § 76:

In Abs. 1 werden die Regelungen von § 75 Abs. 1 HSchG übernommen.

In Abs. 2 werden die Regelungen zur Nichtversetzung und Wiederholung am Bildungsgang des Gymnasiums geregelt.

In Abs. 3 bis 6 werden im Wesentlichen die Regelungen von § 75 Abs. 4 bis 7 HSchG übernommen.

zu § 77:

In § 77 werden die Regelungen von § 76 HSchG übernommen.

zu § 78:

In Abs. 1 und 2 werden mit einer Anpassung der zur Wahl stehenden Schularten sowie der Streichung des letzten Satzes in Abs. 1 die Regelungen von § 77 Abs. 1 und 2 übernommen.

In Abs. 3 wird die Beratungsfunktion der Klassenkonferenz bei der Wahl des weiterführenden Bildungsgangs betont und die Entscheidungsbefugnis der Eltern gestärkt.

In Abs. 4 werden die Regelungen von § 77 Abs. 5 übernommen.

zu §§ 79 bis 83:

In §§ 79 bis 83 werden die Regelungen von §§ 78 bis 82 HSchG übernommen.

zu § 84:

In Abs. 1 bis 5 werden die Regelungen von § 83 Abs. 1 bis 5 HSchG übernommen.

In Abs. 6 werden die Regelungen von § 83 Abs. 6 HSchG übernommen mit einer redaktionellen Anpassung zu den Schulpsychologen (nicht mehr "schulpsychologischer Dienst")

In Abs. 7 bis 9 werden im Wesentlichen die Regelungen von § 83 Abs. 7 bis 9 HSchG übernommen mit der Maßgabe, dass in der Rechtsverordnung gemäß Abs. 9 näher zu bestimmen ist, welche Sicherheitsmaßnahmen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten innerhalb und außerhalb der Schule zu berücksichtigen sind.

zu §§ 85 bis 88:

In §§ 85 bis 88 werden die Regelungen von §§ 84 bis 87 HSchG übernommen.

zu § 89:

In Abs. 1 werden die Regelungen von § 88 Abs. 1 HSchG übernommen, allerdings wird die Einschränkung der Dienstvorgesetztenfunktion der Schulleiterin oder des Schulleiters auf die Erfordernisse der Selbstverwaltung der Schule gestrichen. Damit erhält der Schulleiter oder die Schulleiterin nach Maßgabe dieses Gesetzes sowie der Dienstordnung voll Dienstvorgesetztenfunktion.

In Abs. 2 bis 4 werden die Regelungen von § 88 Abs. 2 bis 4 übernommen.

zu § 90:

In § 90 werden die Regelungen von § 89 HSchG übernommen mit der Maßgabe, dass der Schulkonferenz in Abs. 2 ein Recht zur Stellungnahme zu den Bewerberinnen und Bewerbern für das Amt des Schulleiters oder der Schulleiterin sowie in Abs. 3 ein Anhörungsrecht zu der vorläufigen Beauftragung als Schulleiterin oder als Schulleiter eingeräumt wird.

zu §§ 91 und 92:

In §§ 91 und 92 werden die Regelungen von §§ 90 und 91 HSchG übernommen.

zu § 93:

In Abs. 1 und 2 werden die Regelungen von § 92 Abs. 1 und 2 HSchG übernommen.

In Abs. 3 werden die Aufgaben der Schulaufsicht auf der Basis von § 92 Abs. 1 HSchG präzisiert.

zu § 94:

In Abs. 1 wird die Fachaufsicht auf die Bereiche eingeschränkt, die nicht im Rahmen der Selbstverantwortung in die Zuständigkeit der Schulen fallen.

In Abs. 2 werden im Wesentlichen die Regelungen von § 93 Abs. 1 HSchG übernommen. Abweichend hiervon wird die Rechtsaufsicht auf bestehende Rechts- und Verwaltungsvorschriften, das Schulprogramm sowie aufsichtsbehördliche Anordnungen beschränkt.

In Abs. 3 und 4 werden die Regelungen von § 93 Abs. 2 und 3 HSchG übernommen.

zu §§ 95 bis 99:

In §§ 95 bis 99 106 werden die Regelungen von §§ 94 bis 98 HSchG übernommen.

zu § 100:

In § 100 werden die Regelungen von § 99 HSchG übernommen mit der Ergänzung der Schulträger als Partner in der engen Zusammenarbeit bei der Weiterentwicklung des Schulwesens.

zu § 101:

In § 101 werden die Regelungen von § 99a HSchG übernommen.

zu § 102:

In § 102 werden im Wesentlichen die Regelungen von § 99b HSchG übernommen. In Abs. 1 wird zusätzlich bestimmt, dass sich die Beratungsfunktion des Instituts für Qualitätsentwicklung auch auf die kommunalen Schulträger erstreckt.

Zu §§ 103 bis 106:

In §§ 103 bis 106 werden die Regelungen von §§ 99c bis 102 übernommen.

zu § 107:

In Abs. 1 werden die Regelungen von § 103 Abs. 1 HSchG übernommen.

In Abs. 2 werden die Regelungen von § 103 Abs. 2 HSchG übernommen und durch ein Recht zur Stellungnahme des Betroffenen in der Frage des Ausschlusses aus dem Elternbeirat ergänzt.

In Abs. 3 werden die Regelungen von § 103 Abs. 3 HSchG übernommen.

zu §§ 108 bis 111:

In §§ 108 bis 111 werden die Regelungen von § 104 bis 107 HSchG übernommen.

zu § 112:

In Abs. 1 und 2 werden die Regelungen von § 108 Abs. 1 und 2 HSchG übernommen.

In Abs. 3 werden die Regelungen von § 108 Abs. 3 HSchG übernommen und durch eine Verfahrensvorschrift ergänzt. Der zu Folge kann der Schulleiter oder die Schulleiterin den Schulelternbeirat nach Fristsetzung einladen, wenn der oder die Vorsitzende dies trotz Antrag eines Fünftels der Mitglieder nicht tut.

In Abs. 4 werden die Regelungen von § 108 Abs. 4 HSchG übernommen.

zu §§ 113 bis 117:

In §§ 113 bis 117 werden die Regelungen von §§ 109 bis 113 HSchG übernommen.

zu § 118:

In Abs. 1 werden die Regelungen von § 114 Abs. 1 HSchG übernommen.

In Abs. 2 werden die Regelungen von § 114 Abs. 2 HSchG übernommen und an die Änderungen bei den Schulformen angepasst. Dementsprechend erhalten die erweiterte Realschule sowie die Gemeinschaftsschule je eine Vertreterin oder einen Vertreter, die eigene Vertreterin oder den eigenen Vertreter der Hauptschule wird gestrichen. Im Folgenden werden entsprechende redaktionelle Anpassungen durchgeführt.

In Abs. 3 bis 4 werden die Regelungen von § 114 Abs. 3 und 4 HSchG übernommen.

In Abs. 5 werden die Regelungen von § 114 Abs. 5 HSchG übernommen und durch eine Regelung zur Geschäftsordnung von Kreis- und Stadtelternbeiräten ergänzt wird. Hier wird klar gestellt, dass der KEB/SEB die Geschäftsordnung zur rechtlichen Prüfung vorzulegen hat. Bestehen keine rechtlichen Einwände hat das Staatliche Schulamt die Geschäftsordnung zu genehmigen.

In Abs. 6 bis 8 werden die Regelungen von § 114 Abs. 6 bis 8 HSchG übernommen.

zu § 119:

In § 119 werden die Regelungen von § 115 HSchG übernommen.

zu § 120:

In Abs. 1 bis 4 werden die Regelungen von § 116 Abs. 1 bis 4 übernommen.

In Abs. 5 werden die Regelungen von § 116 Abs. 5 HSchG übernommen und an die Änderungen bei den Schulformen angepasst. Dementsprechend

erhalten die erweiterte Realschule sowie die Gemeinschaftsschule je zwei Vertreterin oder einen Vertreter, die Vertreterinnen oder Vertreter der Hauptschule werden gestrichen.

In Abs. 6 bis 8 werden die Regelungen von § 116 Abs. 6 und 8 HSchG übernommen.

In Abs. 9 werden im Wesentlichen die Regelungen von § 116 Abs. 9 HSchG übernommen. Die Regelung zur Geschäftsordnung des Landeselternbeirats wird geändert. Hier wird klar gestellt, dass der LEB die Geschäftsordnung dem Hessischen Kultusministerium zur rechtlichen Prüfung vorzulegen hat. Bestehen keine rechtlichen Einwände hat das Hessische Kultusministerium die Geschäftsordnung zu genehmigen.

In Abs. 10 werden die Regelungen von § 116 Abs. 10 HSchG übernommen.

zu §§ 121 bis 125:

In §§ 121 bis 125 werden die Regelungen von §§ 117 bis 121 HSchG übernommen.

zu § 126:

In § 126 werden im Wesentlichen die Regelungen von § 122 HSchG übernommen mit der Maßgabe in Abs. 1, dass auch an der Grundschule Klassensprecher zu wählen sind.

zu §§ 127 bis 131:

In §§ 127 bis 131 werden die Regelungen von §§ 123 bis 127 übernommen.

zu § 131:

In § 131 werden die Regelungen von § 127 HSchG übernommen.

zu § 132:

In Abs. 1 werden die Regelungen von § 127a Abs. 1 HSchG übernommen.

In Abs. 2 wird bestimmt, dass die Schulen des Landes als nicht rechtsfähige öffentliche Anstalten begründet werden, die mit Wirkung für die Rechtsträger der Schulen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel Rechtsgeschäfte eingehen können - sie erhalten hierfür eine grundsätzliche Ermächtigung. Ferner wird das Verfahren zum Abschluss dieser Rechtsgeschäfte näher bestimmt.

In Abs. 3 werden die Regelungen von § 127a Abs. 3 HSchG übernommen mit der Maßgabe, dass die eigenständige Bewirtschaftung der den Schulen zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel festgeschrieben wird und den optionalen Charakter verliert.

In Abs. 4 wird bestimmt, dass den Einzelschulen auf der Grundlage einer Vereinbarung zwischen dem Land und dem jeweiligen Schulträger ein gemeinsames Budget zur Verfügung gestellt werden kann.

In Abs. 5 wird bestimmt, dass die Schule insbesondere zur Unterstützung des Erwerbs von Handlungskompetenz Schülerfirmen einrichten können. Schülerfirmen können auch in Zusammenarbeit mit Dritten eingerichtet werden. Soweit es zur Erreichung der Bildungs- und Erziehungsziele förderlich ist, können Schülerfirmen auch Leistungen gegenüber Dritten erbringen.

In Abs. 6 werden die Regelungen von § 127a Abs. 4 HSchG übernommen.

zu § 133:

In Abs. 1 werden die Bereiche näher erläutert, auf die sich die pädagogische Selbstverantwortung der einzelnen Schule bezieht und der rechtliche Rahmen abgesteckt. Dabei wird ebenfalls festgelegt, dass die Schule hierbei Chancengleichheit, Durchlässigkeit der Bildungsgänge, die Standards und die Voraussetzungen für die Anerkennung der Abschlüsse zu wahren hat.

In Abs. 2 wird festgelegt, dass die Schule dies in demokratischem Miteinander aller am Schulleben beteiligten Gruppen zu tun hat indem die Schule ihre Selbstverantwortung in partnerschaftlichem Zusammenwirken von Eltern und Schülerinnen und Schülern ihrem Alter entsprechend sowie Lehrkräften und sonstigen an der Schule tätigen Personen wahrnimmt.

In Abs. 3 bis 8 werde die Regelungen von § 127b Abs. 1 bis 6 übernommen.

zu § 134:

In Abs. 1 wird bestimmt, dass Schulen mit erweiterter Selbstverantwortung über die in den §§ 132 und 133 hinaus Eigenverantwortung in den Gestaltung ihres schulischen Lebens erhalten.

In Abs. 2 wird den Schulen ermöglicht, von den Regelungen dieses Gesetzes abweichende Schulverfassungen, Leitungsstrukturen und Beteiligungsmechanismen anzuwenden, soweit diese die nach diesem Gesetz festgelegten Rechte der Schülerinnen und Schüler, Eltern und eines gemeinsamen Entscheidungsgremiums der Schulgemeinde nicht einschränken.

In Abs. 3 wird für die selbstverantwortliche berufliche Schule bestimmt, dass diese ein Qualitätsmanagementsystem aufzubauen hat.

In Abs. 4 wird bestimmt, dass die Schule die Umsetzung der erweiterten Selbstverantwortung in ihren Gremien beschließen kann und muss. Mit dem Schulträger ist in den Fragen, die ihn betreffen, Einvernehmen herzustellen.

In Abs. 5 wird den Rechtsträgern der Schulen die Möglichkeit eröffnet, die Schule oder einen Schulverbund als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts zu begründen.

In Abs. 6 werden die Staatliche Schulaufsicht, das Amt für Lehrerbildung und das Institut zur Qualitätsentwicklung verpflichtet, die Schulen mit erweiterter Selbstverantwortung zu unterstützen.

zu § 135:

In § 135 werden die Regelungen von § 128 HSchG übernommen.

zu § 136:

In § 136 werden die Entscheidungsrechte der Schulkonferenz näher bestimmt. In Abgrenzung zu § 129 HSchG findet eine deutliche Ausweitung der Entscheidungsrechte der Schulkonferenz statt. Folgende Entscheidungsrechte treten hinzu:

- Abweichungen von der Stundentafel (§ 11 Abs. 5)
- Zusammenfassung von Fächern zu Lernbereichen und die Umsetzung der Aufgabengebiete (§ 7 Abs. 3 und 4)
- Einführung eines zweiten Einschulungstermin zum Beginn des zweiten Schulhalbjahres in der Grundschule (§ 59 Abs. 1),
- Auswahl der Fremdsprache in der Grundschule und den Verzicht auf Ziffernnoten in der 3. Jahrgangsstufe
- Verzicht auf Ziffernnoten zur Beurteilung des Arbeits- und Sozialverhaltens (§ 74 Abs. 1)
- Art, Umfang und Beginn der Fachleistungsdifferenzierung in der Integrierten Gesamtschule (§ 28 Abs. 4) sowie des schulzweigübergreifenden Unterrichts in der schulformbezogenen (kooperativen) Gesamtschule (§ 28 Abs. 7)
- Stellung des Antrags auf Weiterentwicklung der Schule zu einer Gemeinschaftsschule (§ 14).
- Einrichtung von Fachrichtungen und Schwerpunkten in beruflichen Schulen (§ 44 Abs. 2),

zu § 137:

In Abs. 1 werden die Anhörungsrechte der Schulkonferenz näher bestimmt. Einige vormalige Anhörungsrechte nach § 130 HSchG sind in den Katalog der Entscheidungsrechte nach § 136 übergegangen. Folgende Anhörungsrechte treten zusätzlich hinzu:

Anhörung zu den Bewerberinnen und Bewerbern für das Amt der Schulleiterin oder des Schulleiters (§ 90 Abs. 2)

Anhörung vor der Entscheidung über die Beauftragung einer Bewerberin oder eines Bewerbers für die vorläufige Beauftragung als Schulleiterin oder Schulleiter (§ 90 Abs. 3)

In Abs. 2 werden die Regelungen von § 130 Abs. 2 HSchG übernommen.

zu §§ 138 und 139:

In §§ 138 und 139 werden die Regelungen von §§ 131 und 132 HSchG übernommen.

zu § 140:

In Abs.1 werden die Entscheidungsrechte der Gesamtkonferenz näher bestimmt. Der Katalog der Entscheidungsrechte nach § 133 Abs. 1 HSchG wird um die in die Zuständigkeit der Schulkonferenz überführten Kompetenzen reduziert.

In Abs. 2 bis 4 werden die Regelungen von § 133 Abs. 2 bis 4 übernommen.

zu §§ 141 und 142:

In §§ 141 und 142 werden die Regelungen von §§ 134 und 135 HSchG übernommen.

zu § 143:

In Abs. 1 werden die Aufgaben dieser neuen Form der Konferenz näher bestimmt. Dem zu Folge haben die Konferenzen zur Unterrichtsentwicklung die Aufgabe, auf der Grundlage von internen und externen Evaluierungen die Qualität des Unterrichts zu verbessern.

In Abs. 2 wird das Verfahren der Konferenz näher geregelt.

zu §§ 144 bis 147:

In §§ 144 bis 147 werden die Regelungen von §§ 136 bis 139 HSchG übernommen.

zu § 148:

In Abs. 1 werden die Regelungen von § 140 Abs. 1 HSchG übernommen.

In Abs. 2 werden die Regelungen von § 140 Abs. 2 HSchG ohne den letzten Halbsatz übernommen.

In Abs. 3 werden die Regelungen von § 140 Abs. 3 HSchG übernommen.

zu § 149:

In § 149 werden die Regelungen von § 141 HSchG übernommen.

zu § 150:

In Abs. 1 wird bestimmt, dass jede Schule eine Bezeichnung führt, die den Schulträger und den Schulort angibt.

In Abs. 2 und 3 werden die Regelungen von § 142 Abs. 2 und 3 übernommen.

zu §§ 151 und 152:

In §§ 151 und 152 werden die Regelungen von §§ 143 und 144 HSchG übernommen.

zu § 153:

In Abs. 1 werden allgemeine Vorgaben zur Größe von Schulen und zu dem Kursangebot gemacht. Hiernach sind bei der Klassenbildung die Mindest- und Höchstwerte zu beachten.

In Abs. 2 wird eine Verordnungsermächtigung zur näheren Ausgestaltung der Richtlinien ausgebracht.

zu § 154:

In § 154 werden im Wesentlichen die Regelungen von § 145 HSchG übernommen. Abweichend hiervon wird

- in Abs. 1 präzisiert, dass bei der Schulentwicklungsplanung darauf hingewirkt werden soll, dass die Schulen in freier Trägerschaft mit Einverständnis deren Träger bei der Planung mit einbezogen werden,
- in Abs. 2 bestimmt, dass der Schulentwicklungsplan festlegen muss, in welchem Umfang inklusiver Unterricht an allgemeinbildenden Schulen eingerichtet wird,
- in Abs. 4 bestimmt, dass bei Gefährdung eines Bildungsganges in der Mittelstufe (Sekundarstufe I) durch die Entwicklung der Schülerzahlen oder die Veränderung der Nachfrage, die Aufhebung der örtlichen Schule und die Zusammenlegung mit einer Schule des gleichen Bildungsganges an einem anderen Ort nur dann vorgesehen werden kann, wenn es nicht möglich ist, den Bildungsgang durch eine kooperative oder integrierte Schule am bisherigen Standort aufrechtzuerhalten.

zu §§ 155 bis 166:

In §§ 155 bis 166 werden die Regelungen von §§ 146 bis 157 HSchG übernommen.

zu § 167:

In § 167 werden im Wesentlichen die Regelungen von § 158 HSchG übernommen. Abweichend hierzu wird in Abs. 1 der Begriff "Fachräume" eingefügt. Die Ergänzung führt praktisch nicht zu Mehrkosten der Schulträger, da sie ohnehin für die Bereitstellung auch der Fachräume verantwortlich sind. Es dient lediglich der Klarstellung.

zu § 168:

In § 168 werden die Regelungen von § 161 HSchG übernommen.

zu § 169:

In § 169 werden die Regelungen von § 162 HSchG übernommen mit der Ergänzung in Abs. 1, dass die Medienzentren die Schulen in der Erfüllung ihrer Aufgabe der medienpädagogische Bildung und Erziehung nach § 3 Abs. 14 unterstützen sollen.

zu §§ 170 bis 174:

In §§ 170 bis 174 werden mit einigen wenigen redaktionellen Änderungen die Regelungen von §§ 163 bis 167 HSchG übernommen.

zu § 175:

In § 175 werden die Regelungen von § 168 Satz 1 und 3 HSchG übernommen.

zu §§ 176 bis 191:

In §§ 176 bis 191 werden die Regelungen von §§ 169 bis 184 HSchG übernommen.

zu § 192:

In Abs. 1 werden die Zuständigkeiten der Kultusministerin oder des Kultusministers bei der Verordnungsgebung und der Anordnung nach diesem Gesetz festgelegt.

In Abs. 2 werden die Zuständigkeiten der Ministerin oder des Ministers für Wissenschaft und Kunst bei der Verordnungsgebung nach Abs. 1 festgelegt.

In Abs. 3 werden die Zuständigkeiten der Ministerin oder des Ministers für das Gesundheitswesen bei der Verordnungsgebung nach diesem Gesetz festgelegt.

In Abs. 4 werden die Zuständigkeiten der Ministerin oder des Ministers für Landwirtschaft bei der Verordnungsgebung nach diesem Gesetz festgelegt.

In Abs. 5 wird bestimmt, welche Rechtsverordnungen nur im Einvernehmen mit der Ministerin oder dem Minister für Finanzen erlassen werden darf.

zu § 193:

In Abs. 1 wird das Verfahren zu Organisationsänderungen und Verfahrensweisen im Rahmen der Kompetenzen der Schulkonferenz geregelt.

In Abs. 2 wird festgelegt, dass bestehende Eingangsstufen fortgeführt werden können.

In Abs. 3 wird festgelegt, dass bestehende Förderstufen fortgeführt werden können.

zu § 194:

In § 194 werden die Regelungen zum Inkrafttreten näher bestimmt.

Wiesbaden, 21. September 2010

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel